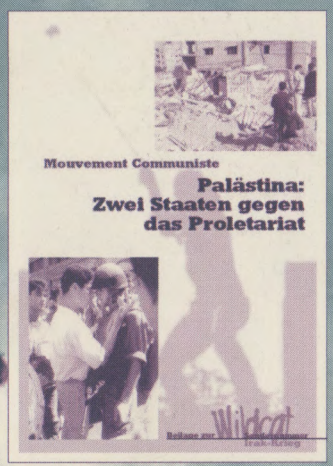
Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 85 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

Wildcat

Sondernummer
Irak-Krieg

kostet 3 Euro

Beilage zu Palästina: Zwei Staaten gegen das Proletariat



- **Schmierstoff der Ausbeutung: Öl**
- **Krieg und Krise des Kapitals**
- **Harass the Brass: GIs gegen das Militär**
- **Widerstand gegen den Krieg in den USA**

US-Militärtechnik versagt oder

FRAGGING? *

* als »fragging« wird die Tötung von Offizieren durch die eigenen Soldaten bezeichnet (oft mittels »fragmentation grenades«)

Wildcat-Sonderheft zum Krieg, März 2003

Inhaltsverzeichnis: Seite

Editorial 1
Die erste Regel des Friedens: Respektiere Deine Feinde
Zusammenfassung eines Essays der *Midnight Notes* an die US-Friedensbewegung 5
Krise des Kriegs und Grenzen des Kapitalismus 7
»A History of Bombing« von Sven Lindqvist –
eine Buchempfehlung 15

Antikriegsbewegung
»Harass the Brass« [»Störfeuer aufs Lametta«]
Einige Anmerkungen zur Subversion der US-Streitkräfte 17
Die neue Antikriegsbewegung in den USA 23
»Ich sehe eine neue Stufe« 25
Blockaden in Mannheim 27
Bericht aus Down Under – Antikriegsbewegung in Australien 28
Demos in Britannien: 22.02.03 29
Demobericht aus Magdeburg und Berlin 30

Dollarkrise und Kreditbubble
Andre Gunder Frank: Die USA als Papiertiger 31
Loren Goldner: Historische Parallelen? Deutschlands Drängen zum Krieg in den
30er Jahren und der gegenwärtige Krieg der Cheney-Bush-Regierung 38
Krieg im Focus der Medienberichterstattung:
»Kriegstrommeln« von Mira Beham – ein Buchtipp 40

Erdöl und Proletariat im Nahen Osten
Kriege gegen das Erdölproletariat 41
Krieg und Arbeiter im Iran 49
Fakten zum Erdöl 54
»Arbeiter und Bauern im modernen Mittleren Osten« –
eine Besprechung des Buchs von Joel Beinin 61
»Der Schock der Barbarei« –
eine Besprechung des Buchs von Gilbert Achcar 63
Frieden stiften, Krieg verstaatlichen –
Zu Herfried Münklers »Die neuen Kriege« 65
Legionäre und Piraten
Schurkenstaaten, Staatskollaps und neue Kriege 68

Kontakte:
Shiraz e.V., Postfach 30 12 06, 50782 Köln – wildcat@wildcat-www.de
Shiraz e.V., Postfach 60 13 28, 14413 Potsdam
Welt in Umwälzung: www.umwaelzung.de – wiu@wildcat.rhein-neckar.de
Regionale Kontakte:
freiburg@wildcat-www.de • leipzig@wildcat-www.de. • koeln@wildcat-www.de
potsdam@wildcat-www.de • stuttgart@wildcat-www.de

Archiv und Aktuelles: http://www.wildcat-www.de

Abos: Wer an der Diskussion teilnehmen will, soll die Wildcat abonnieren. Einzelexemplare kosten 3 Euro, 6 Ausgaben im Abo 15 Euro. Sonderheft Krieg: 10 Expl. + 1Thekla 17: 10 Euro
Schriftliche Bestellungen an Shiraz e.V., Postfach 30 12 06, 50782 Köln, und Überweisung an:
Shiraz e.V., Kto.-Nr. 7064-509, Postbank Köln, BLZ 370 100 50. V.i.S.d.P.: P. Müller

KRIEG

Heute vor 58 Jahren warfen 334 Bomber der amerikanischen Streitkräfte in einer Nacht 120 000 Feuerbomben auf Tokio. Die durch keine militärische Strategie gerechtfertigte Aktion ist längst der kollektiven Amnesie zum Opfer gefallen. Im Gedächtnis blieben allein die Atombomben von Hiroshima und Nagasaki - auch sie durch keine militärischen Erfordernisse gerechtfertigt! -, die den Sieg über Japan zu einer Demonstration der industriell-technologischen Überlegenheit der USA umpolten ... Gegenwärtig erleben wir das seltsame Schauspiel, dass ein militärisch, technologisch und industriell absolut überlegenes Land ein anderes Land (eine Diktatur) via UNO dazu zwingt, seine Waffen (nicht alle) zu vernichten, ehe der Krieg beginnt, den die USA für unvermeidlich halten.
Viele KriegsgegnerInnen haken an der Frage ein, ob der Krieg »multilateral« oder »unilateral« geführt wird, während seit zwölf Jahren die Menschen im Irak sterben und klar ist, dass der nächste Krieg auch wieder vor allem die Proleten im Irak abschlachten wird. Es ist schwer nachvollziehbar, warum die Frage, ob mit oder UNO-Mandat bombardiert wird, für viele Menschen von so großer Bedeutung ist. Es ist moralisch nachvollziehbar, »den Bombenkrieg verhindern« als Ziel zu sehen, für das (fast) jedes Mittel recht ist - aber auch das ist politisch eine Falle! Schon einmal ist die Friedensbewegung diesbezüglich auf die Schnauze gefallen: »Embargo statt Bomben« skandierte sie vor dem zweiten Irakkrieg - und bekam Embargo und Bomben!! Immer noch sterben weltweit sehr viel mehr Menschen an Hunger, schlechter Versorgung, »Naturkatastrophen«, die keine sind ... als durch Krieg.
Das Spiel vom bösen und vom guten Bullen: Rumsfeld bereitet den Krieg vor, während Powell via UNO die Legitimation und die Zahlungswilligkeit der »Alliierten« organisiert. Auch wenn die Falken in der Bush-Regierung machtstrategisch sich auf dieses Spiel nur gezwungenermaßen eingelassen haben - sie fürchten, der »Multilateralismus« könne die USA schwach erscheinen lassen -, weil ihr Schoßhund Blair die UNO-Zustimmung braucht (zum einen aufgrund des innenpolitischen Drucks, dem er ausgesetzt ist, zum anderen ist Großbritannien - im Gegensatz zu den USA - dem Internationalen Strafgerichtshof beigetreten, britische Soldaten könnten mithin belangt werden, wenn sie an einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg teilnehmen). Trotzdem schien alles wunderbar zu laufen für die Herren der Welt ... - Warum hat es diemal nicht funktioniert? Warum sind an allen Ecken und Enden Widersprüche zwischen den Herrschenden aufgeplatzt?

Als wir uns vorgenommen haben, eine Sondernummer gegen den Krieg zu machen, stellten wir und das recht einfach vor - ich erinnere

Es ist fast nicht zu glauben, wie eng das Beziehungsgeflecht bei unseren Feinden gestrickt ist, und wie wenige Namen man braucht, um beinahe alle wichtigen Geschichten zu erzählen: die des Afghanistankriegs genauso wie die Geschichte mit Nordkorea: Rumsfeld, Cheney, Wolfowitz, Bush (jun. und sen.), Saddam Hussein, Powell ... diese Schauspieler haben alle mehrere Rollen besetzt. Heute erzählen wir die Geschichte von Saddam und Rumsfeld, die geht ungefähr so: Im Dezember 1983 und März 1984 besucht der Rumsfeld (Nahost-Beauftragter des US-Präsidenten Ronald Reagan) den Saddam Hussein (der gerade dabei war, den Krieg gegen den Iran zu verlieren), um ihn aufzurüsten. Saddam bekam u.a. biologische und chemische Waffen, neueste US-Hubschrauber und anderes Kriegsgerät, was er dann prima gegen den Iran und gegen die eigene Bevölkerung einsetzen konnte (Halabja). Anfang 1991 greift dann Bush sen. den Irak an, rüstet Saddam ab und vernichtet die regulären Truppen, bevor sie einen Aufstand gegen Saddam machen konnten – der wurde im Stück nämlich noch gebraucht – z.B. um mit den Hubschraubern und seinen Elitetruppen die Aufstände

beauftragte Kansteiner erinnert (!) an die derzeit größte Auslandsinvestition, die 1000 km-Pipeline vom Tschad nach Kamerun, 4 Mrd. Dollar von ChevronTexaco und Exxon und deutet an, die Investitionen könnten noch ausgeweitet werden. Kamerun exportiert für 100 Mio. Dollar in die USA und ist stark vom IWF abhängig! Guinea: will die Beziehungen zu den USA verbessern. Die USA zahlen jährlich 25 Mio. Dollar Entwicklungshilfe und 3 Mio. für den Grenzschutz. Die USA sind militärisch präsent, bilden aus und unterstützen die Armee im Kampf gegen Liberia. Aber 85 Prozent der Bevölkerung sind Muslime ...

Israel will zusätzlich 4 Mrd. Dollar Militärhilfe über die nächsten vier Jahre und 8 Mrd. Kreditbürgschaften, um die angeschlagene Ökonomie zu sichern. Jordanien möchte 1,5 Mrd. Dollar als Ausgleich für seine Kosten bei einem Krieg. Ägypten erwartet im Kriegsfall einen Verlust von 1,6 Mrd. Dollar für seine vom Tourismus abhängige Wirtschaft und möchte eine schnellereAuszahlung der vorgesehenen 415 Mio. Dollar.

Herauskommen wird keine »coalition of the willing«, bestenfalls eine »coalition of the coerced«. Es gibt auch die Spekulation, dass Bush sich nicht wegen Blair und Powell auf den »multilateralen Prozess« eingelassen habe, sondern ganz einfach, weil die USA den Krieg nicht alleine bezahlen könnten. Trotz der großen Versprechungen und massivem Druck ist es nicht sicher, ob sich die USA die Mehrheit im Sicherheitsrat zusammenkaufen können. Die Koalition der Kriegswilligen ist eher zu einem Gradmesser des Machtverfalls der Supermacht geworden.

Es ist deutlich geworden, daß Bush jun.'s Aussage »wer nicht für uns ist, ist gegen uns« in traumwandlerischer Präzision die strategische Situation der USA auf den Punkt gebracht hat. So etwas zu wissen und danach handeln (zu können!), macht eine Supermacht aus. So etwas sagen (zu müssen), signalisiert das Ende einer Supermacht; so was zu sagen und es nicht umsetzen zu können, ist das Ende. Die US-Regierung scheint in einer Weise mit dem Rücken an der Wand zu stehen und alles auf eine Karte zu setzen, dass auch hier Bush jun. mit seiner angelernten Cowboy-Sprache den Sargnagel auf den Kopf traf als er Journalisten zurief »you bet!« (»Darauf könnt Ihr wetten, daß ich in den Krieg ziehen werde!«)
Das Ausmaß, in dem die US-Regierung in diesen Tagen (und auf offener Bühne!) drohen müssen, macht den Verfall ihrer Hegemonialstellung deutlich - sie scheinen nur noch die Option zu haben, als einzige Weltmacht abzudanken oder die verlorene Hegemonie durch imperiale Machtausübung zu ersetzen. Durch den Krieg könnten sie versuchen, ihre politische, militärische und währungspolitische Dominanz so stabil zu halten, dass sie danach von Kriegsbeteiligten, Unterworfenen und treulosen Vasallen gleichermaßen Tribut einfordern können.
Philippinen, Dschibuti, Palästina, Kolumbien, Afghanistan, Nordkorea ... die Liste der Länder, in denen die USA oder ihre engsten Verbündeten momentan Krieg führen oder kurz davor stehen, es zu tun, ist sehr lang - das kostet sehr viel Geld. Dazu kommen Entwicklungen in Argentinien, Bolivien, Südkorea ..., die eine Überwindung des Kapitalismus wieder in den Blick nehmen - das kostet sehr viel Legitimation. Die Außenverschuldung, das Handelsdefizit, die Verschuldung der Firmen und »Konsumenten« stehen alle auf historischen Rekordmarken. Warum greifen die USA in einer solchen Situation ein kleines Land an, das militärisch und wirtschaftlich am Boden liegt? Warum ist das Bush-Regime regelrecht davon besessen, den wahrscheinlich unpopulärsten Krieg in der Geschichte anzufangen? Hätten sie nicht Wichtigeres zu tun? Vielleicht müssen sie es ja gerade deswegen tun, weil sie Wichtigeres zu tun hätten.
Wallerstein kam in seinem Buch »After Liberalism« 1995 zum Schluß, die USA hätten den Golfkrieg 1991 nicht gewonnen, denn es habe sich gezeigt, dass sie nur einen solchen Konflikt zur Zeit ausfechten können, nicht zwei - und schon gar nicht alle! Zur Zeit ist es buchstäblich so, daß die USA nicht mehr genügend Daumen haben, um alle Löcher im Damm zu stopfen. Deswegen Irak - weil es ein Land ist, das militärisch nichts entgegensetzen kann, weil es in einer Region liegt, die absolut entscheidend für die »fordistische« Phase des Kapitalismus war und ist, weil es den Zusammenhang der beiden Pfeiler der US-amerikanischen Macht (Militär und Dollar) einerseits absichern könnte, andererseits herausgefordert hat (zu diesen Zusammenhängen siehe die Artikel von André Gunder Frank, Loren Goldner und zum Öl in der hinteren Häfte des Hefts).
Wir haben zum zweiten Mal eine Beilage zu Palästina gemacht; ein entscheidender Konflikt auf geostrategischer Ebene - ein sehr trauriges Kapitel vom proletarischen Standpunkt.

9.3.2003

Die erste Regel des Friedens:

Respektiere deine Feinde

Ein Essay der Midnight Notes an die US-amerikanische Friedensbewegung

In diesem Text vom November 2002 untersuchen die *Midnight Notes,* die Gründe des drohenden Krieges und die Möglichkeiten der Antikriegsbewegung. Sie arbeiten zwei wichtige Punkte raus: die Bush-Regierung handelt aus einer Situation der Schwäche, in dem Zwang, (diesen) Krieg führen zu *müssen* – das ist gefährlich, soll Angst machen und deswegen sollten wir unsere »Feinde respektieren«. Aber dieses »Krieg führen müssen«, keine Legitimation mehr zu haben, Angst machen zu müssen, ist zugleich ihre größte Schwäche. **Sie** haben keine andere Möglichkeit, **wir** können auf die Hoffnungen und das Verlangen der Menschen auf eine andere Welt setzen.

Zwei schwache Argumente der Antikriegsbewegung

Der Krieg führt zu vielen Toten und er verletzt die Souveränität eines Landes.

Es ist richtig, dass ein Krieg zu Millionen Toten führen wird, aber viele sagen, wenn Saddam Hussein an der Macht bleibt, hat das auch weitere Tote zur Folge. Im Namen der ›nationalen Souveränität‹ kommt es immer wieder zu Kriegen und Gemetzeln. Wir sollten die Ebene dieser beiden Argumente verlassen:

»Wir müssen neue Argumente finden, die sowohl die Argumente unserer Gegner stechen als auch die Bewegung nicht von innen spalten. – Warum ist die Antikriegsbewegung in ihrer Argumentation so unzulänglich geblieben? Unserer Ansicht nach liegt das daran, dass sie keinen Respekt vor ihren Gegnern in der Bush-Administration hat und dass sie die grundlegende Logik, der zu folgen die Regierung bei ihrem Handeln gezwungen ist, nicht versteht. Sie sieht nur einen Präsidenten, der die Grammatik nicht beherrscht, einen Geheimdienstmann als Vizepräsident ... Und daraus zieht sie den Schluß, das seien lediglich Lakaien einer von der Ölindustrie geschmierten rechten Verschwörung. Der größte Fehler bei jedem Kampf besteht jedoch darin, seine Gegner nicht ernst zu nehmen .«

Der Zwang zum Krieg

»Die frühen neunziger Jahre waren für Neoliberalismus und Globalisierung eine bemerkenswerte Zeit des Triumphs... Bis Juli 1997 schienen die Anhänger dieser politischen Ökonomie unbesiegbar. Dann schlug die ›Asienkrise‹ zu. Seither kam es zu einer atemberaubenden Kehrtwende. Der Neoliberalismus wurde in noch kürzerer Zeit in Frage gestellt, als er für seine Triumphe gebraucht hatte. Wir müssen das Platzen der Börsenblase, die Rezessionen, die Zusammenbrüche von Finanzsystemen, die dramatischen Abwertungen und die Fiaskos der dot.coms hier nicht im Detail ausbreiten. Sie stellen eine internationale Krise des Neoliberalismus und der Globalisierung dar...

Und genau zum Zeitpunkt dieses Zusammenbruchs war eine internationale Anti-Globalisierungs-Bewegung in den großen Städten des Planeten auf die Straße gegangen, um die Institutionen der neoliberalen Ordnung herauszufordern. Diese oppositionelle Bewegung drückte eine machtvolle Systemkritik aus, deren Wahrheit sich im Moment des Aussprechens buchstäblich vor den Augen der Welt materialisierte.«

»Gleichermaßen problematisch war die Tatsache, dass dieses neoliberale Regime nicht in der Lage war, die Löhne und Einkommen eines entscheidenden Teils des US-Proletariats und der ›Mittelklassen‹ in der Dritten Welt zu erhöhen. Oft wird der

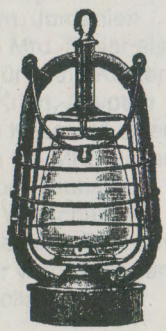
Aus Platzgründen können wir hier nur die wichtigsten Teile bringen. Der ganze Text ist auf unserer Webseite:

www.wildcat-www.de/aktuell/a022war2.htm

Neoliberalismus als Ein-Fünftel-Gesellschaft bezeichnet: man müsse nur die Einkommen von mindestens einem Fünftel der Bevölkerung eines Landes oder der Welt dramatisch steigern, dann könne man die restlichen vier Fünftel dazu zwingen mitzumachen... Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wurde immer offensichtlicher, dass der Neoliberalismus nicht einmal dazu imstande war.«

»Wenn ein System in die Krise kommt, haben die Strategen der herrschenden Klassen oft etwas anderes in petto. Aber eben nicht immer. Im Falle des Neoliberalismus / der Globalisierung gibt es im Moment kein alternatives System, das sie aus dem Ärmel ziehen könnten. Das System muß erhalten werden, sonst ...«

»An diesem Punkt sollte die Antikriegsbewegung einen Moment innehalten. Die Regierung Bush kommt nicht in Zeiten an die Macht, in denen das Geschäft ganz normal läuft, sondern inmitten einer Systemkrise, die weit über eine konjunkturelle Delle hinausgeht. Die Antwort der Bush-Regierung auf die Krise des Liberalismus ist einfach: Krieg.«



Der Irak komme nicht zufällig ins Fadenkreuz: er besitzt die zweitgrößten Ölreserven und ist Mitglied der OPEC, die »zerschlagen oder umgewandelt« werden müsse, um die Energiequellen zu kontrollieren, die auf Öl beruhende Akkumulation« wieder einzuleiten und die Krise zu überwinden.

Was bedeutet das für die Antikriegsbewegung?

»Es ist nicht abzusehen, wie viele Regionen der Welt in den nächsten Jahren dermaßen in die Krise getrieben werden, in eine chronisch so schlechte und unhaltbare Lage, dass die Menschen in diesen Regionen versucht sein werden, die Regeln des neoliberalen Spiels zu brechen.«

»Die zweite Schwäche der Politik der Bush-Regierung liegt in der Annahme, dass die US-Soldaten in den kommenden Kriegen des Neoliberalismus keine Verluste erleiden dürfen. Diese Annahme ist Teil des Gesellschaftsvertrags, der dem Leben in den USA heute zugrunde liegt - und wird oft auch ›Vietnam-Syndrom‹ genannt. Um garantieren zu können, dass die Ölfelder privatisiert werden und ein ›Regimewechsel‹ zur Auflösung oder Umwandlung der OPEC führt, muß das US-Militär den Irak aber für lange Zeit besetzen. Und die Aktion einer Militärmaschine unter der Powell-Doktrin der ›Übermacht‹ kann zum größten Feind der eigenen Truppen werden. Es sind diese Faktoren, nicht die Invasion selbst, die zu größeren Verlusten unter den US-Soldaten führen werden und damit zu einer Verletzung des US-Gesellschaftsvertrags. Die Antikriegsbewegung muß die US-Arbeiterklasse klar und deutlich vor dieser Gefahr warnen.«

»Die Arbeiter werden sowieso die ersten Opfer dieser Militarisierung sein. Am Anstieg der Gefangenenzahlen in den Knästen, dem Angriff auf *Habeas Corpus* [Recht auf Haftprüfung durch ein ›unabhängiges Gericht‹], dem Ende der Sozialhilfe und den drakonischen Änderungen bei der Einwanderungspolitik sieht man, dass in den USA eine neue Ära von Halbsklavenarbeit ohne Vertrag eingeführt wurde. Dieser Trend wurde von der Bush-Regierung gestärkt, indem sie unter dem Etikett ›Krieg gegen den Terrorismus‹ die vertraglich abgesicherten Rechte der Arbeiter angriff.«

»Die Antikriegsbewegung sollte betonen, dass die Invasion im Irak Teil einer allgemeinen Strategie eines endlosen Kriegs ist, der Leben, Freiheit und Eigentum der US-Bevölkerung aufs Spiel setzt, um ein Wirtschaftssystem zu sichern, das sich in einer tiefen Krise befindet. Wenn wir diese politische Richtung einschlagen, können wir die Grundlagen für eine wirkliche Veränderung der politischen Debatte und Stimmung in diesem Land legen.«

Die Schlußparole: Keine Angst!

»Die Antikriegsbewegung sollte das Verlangen und die Hoffnungen der US-Bevölkerung ansprechen, von allgemeiner Gesundheitsversorgung bis zu einer gesunden Umwelt. Genauso müssen wir auch die Forderungen der Anti-Globalisierungsbewegung der neunziger Jahre in unsere Demonstrationen, Foren und Programme hineintragen.« ●

http://www.midnightnotes.org

Krise des Kriegs und Grenzen des Kapitalismus

Die angekündigte Bombardierung eines kleinen Landes mit 23 Millionen Einwohnern ist zur Zerreißprobe des internationalen Staatensystems geworden, in dessen Ordnungsrahmen sich die Welt in den letzten sechzig Jahren entwickelt hat. In den Debatten über das Für und Wider und die Gründe für die Bomben auf Bagdad geht es schon längst nicht mehr nur um die Situation im Nahen Osten. Es geht um die Frage, wie die Welt zukünftig regiert und beherrscht werden soll. Wessen Herrschaft steht auf dem Spiel? Und warum muß der Irak, der nach 23 Kriegsjahren am Boden liegt, als Ziel einer politischen und militärischen Machtdemonstration herhalten?

Die Welt gerät aus den Fugen

Als die Ablehnung des Kriegs durch die deutsche Regierung radikaler wurde, als sie ursprünglich gemeint war, als die Achse Paris-Berlin-Moskau vor die Schweinwerfer trat ..., da dämmerte es, dass wir einen epochalen Bruch erleben – das Ende einer Weltordnung, wie wir sie kennen. Davon war auch schon 1989/90 die Rede, als mit dem Untergang des Realsozialismus der Kalte Krieg für beendet erklärt wurde. Aber erst jetzt wird deutlich, dass sich nicht einfach der Mitspieler der USA in Luft aufgelöst hatte. Der gesamte Ordnungsrahmen war weggebrochen, in dem – gegen alle Erwartungen! – der Kapitalismus nach der ersten Schreckenshälfte des 20. Jahrhunderts noch einmal hatte aufblühen können.

Um sich den Kriegskurs der USA zu erklären, wird in der linken Debatte als erstes zu vertrauten Rastern gegriffen: der Kampf ums Öl, die Konkurrenz von Wirtschaftsblöcken, Euro gegen Dollar, das imperialistische Ringen von Staaten um Weltherrschaft, die Flucht einer Regierung aus der »innenpolitischen« Krise in kriegerische »Außenpolitik«. Oder es wird der Vergleich mit dem Niedergang des Britischen Empires zu Anfang des letzten Jahrhunderts bemüht, der dem jetzigen Niedergang der USA verdammt ähnlich sieht. All dies ist nicht falsch und fängt einzelne Momente des gegenwärtiges Umbruchs ein. Es sind Puzzlesteine, aus denen sich dieses merkwürdige Gemisch aus Draufgängertum und Zögerlichkeit zur Bombardierung Bagdads zusammensetzt. Aber reicht es hin, um das Neue in der Situation zu verstehen, woraus auch neue Handlungsmöglichkeiten entstehen können?

Ende oder Anfang eines »amerikanischen Jahrhunderts«

In ihrem Widerstand gegen den Krieg teilen viele ein Bild von den USA als Supermacht, gegen deren Entscheidungen nur moralischer oder symbolischer Protest möglich ist. Ironischerweise sind es gerade die Falken, die militärischen Scharfmacher in den USA, die sich da nicht so sicher sind. 1997 wurde das Projekt »The New American Century« gegründet, um Bush's Wahlkampf gegen Clinton zu unterstützen. Schon der Name drückt das Problem aus: es *gab* ein amerikanisches Jahrhundert, aber es ist höchst zweifelhaft, ob es noch einmal eins *geben wird*. Grundidee des Projekts ist die »full spectrum dominance« der USA auf allen Gebieten weltweit. Einer ihrer Hauptfeinde bei der Verwirklichung eines »neuen amerikanischen Jahrhunderts« ist China, das mit Militärbasen umringt und in Schach gehalten werden soll – oder wie einer ihrer En-

thusiasten ernsthaft sagte: »Nach Bagdad: Peking.« Das Projekt ist keine Gruppe von Spinnern, sondern der Kern der heutigen Regierung gehörte zu ihren Begründern: Dick Cheney, Donald Rumsfeld, Paul Wolfowitz, Jeb Bush, Richard Perle und Zalmay Khalilzad, den Bush erst zum Sonderbeauftragten für Afghanistan und jetzt für den Irak machte.

Diese Leute haben zwar verstanden, dass ein weiteres »amerikanisches Jahrhundert« äußerst fraglich ist. Aber sie denken in den vertrauten Kategorien staatlicher Hegemonie und eines gegebenen Rahmens von Weltwirtschaft, Währungssystemen und zwischenstaatlichen Machtverhältnissen. Wie in der linken Debatte werden diese Verhältnisse als der sichere Boden unterstellt, auf dem sich dann politische Veränderungen wie die Ablösung einer Supermacht durch eine andere vollziehen. Könnte es nicht sein, dass eben dieser Boden zur Zeit ins Wanken gerät? Dass so natürlich erscheinende Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens auf diesem Planeten wie Staat, Geld oder Unternehmen und Lohnarbeit sich in Krise befinden?

Das 20. Jahrhundert – der gerettete Kapitalismus

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts stand es nicht gut um den Kapitalismus. Nicht nur linke Kritiker, sondern auch konservative Denker sahen sein Ende und den Übergang zu einer anderen Form von Gesellschaft – die wurde damals meistens »Sozialismus« genannt – voraus. Nach einer blutigen dreißigjährigen Schreckensphase nahm diese Gesellschaftsform aber noch einmal einen ungeahnten Aufschwung und konnte das Leben auf dem ganzen Planeten umkrempeln und dominieren. Politisch und militärisch stand dieser Aufschwung unter der Führerschaft einer neuen Macht, den USA. Sie löste das Britische Empire ab, das im 19. Jahrhundert aufgrund seiner besonderen Produktionsweise, seiner militärischen Dominanz und seiner Kontrolle der internationalen Handelswege und des internationalen Geldwesens der konfliktreichen und widersprüchlichen Entwicklung des Kapitalismus eine globale Zwangsjacke verpaßt hatte.

Von einer neuen Produktionsweise ...

England hatte den Scheitelpunkt seiner industriellen Überlegenheit über den Rest der Welt um 1880 erreicht. Damals betrug der Anteil seiner Industrieproduktion am weltweiten Ausstoß etwa 23 Prozent, gefolgt von den USA mit knapp 15, China mit 12,5 und Deutschland mit 8,5 Prozent. Zwanzig Jahre später hatten sich die Verhältnisse umgekehrt: die USA führten mit etwa 24 Prozent vor England mit 18,5 Prozent und steigerten ihren Anteil bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs auf 32 Prozent. 1913 hatte auch Deutschland mit 15 Prozent das stagnierende Mutterland der ersten industriellen Revolution (14 Prozent) leicht überholt, was allerdings auch den absoluten Höchstwert in seiner Geschichte darstellte – Chinas Anteil war auf knapp vier Prozent zurückgegangen. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts steigerten die USA ihren Anteil auf den absoluten Höchstpunkt von fast 45 Prozent im Jahr 1953 (das Doppelte von dem, was England jemals erreicht hatte), um danach bis in die 80er Jahre wieder auf etwa 30 Prozent zurückzufallen. Der Hauptgrund dafür lag nicht in einem gewachsenen Anteil Europas an der Weltindustrieproduktion, der bei etwa 25 Prozent stagnierte, sondern in der Zunahme der industriellen Produktion in Japan und der »Dritten Welt« (nach Bairoch 1982). Ab den 80er Jahren fielen die USA industriell immer weiter hinter der globalen Entwicklung zurück – was für einige der ehemaligen Industriezentren in den USA eine regelrechte Deindustrialisierung bedeutete.

Hinter den statistischen Zahlen verbirgt sich die Durchsetzung und anschließende Krise einer neuen Produktionsweise in den USA, die vor allem in der Organisation des Arbeitsprozesses und der Kontrolle der gesellschaftlichen Arbeit dem englischen Produktionssystem überlegen war. Unter den verkürzten Bezeichnungen »Taylorismus« und »Fordismus« hat dieses amerikanische Produktionssystem später weltweite Berühmtheit erlangt und

sich über die USA hinaus durchgesetzt, aber sein Ausgangspunkt liegt früher.
In den 60er und 70er Jahren des 19. Jahrhunderts expandierte die Textilindustrie in den USA. Sie übernahm dabei die technologisch weitentwickelste Maschinerie aus England, nicht aber deren Arbeitsorganisation, die der Kontrolle der Unternehmer über den Arbeitsprozeß Grenzen setzte. In den amerikanischen Fabriken wurde eine ausgeweitete Macht des Managements über eine Arbeitskraft durchgesetzt, die zu einem großen Teil aus Einwanderern aus europäischen und asiatischen, und nach dem Bürgerkrieg auch aus ehemaligen Sklaven aus den Südstaaten bestand. Durch diese Ausweitung der Machtbefugnisse des Managements in den Fabriken konnte hier im Unterschied zu England die Zusammenarbeit von tausenden ArbeiterInnen im Produktionsprozeß in viel größerer Dimension organisiert werden, was der US-Industrie einen deutlichen Produktivitätsvorsprung verschaffte.

... zur gesellschaftlichen Stabilität ...

Die Durchsetzung dieser Produktionsweise ist eine blutige Geschichte von Klassenkämpfen, proletarischen Aufständen und ihrer Niederschlagung. Entscheidend für die industrielle Vormachtstellung der USA war es, dass diese Produktionsweise durch den Zweiten Weltkrieg und in seiner Folge zur Grundlage einer »arbeiterfreundlichen« Eindämmung des Klassenkonflikts werden konnte, die neben innenpolitischer Repression (McCarthy usw.) den ArbeiterInnen eine Perspektive gesellschaftlicher Integration und steigenden Konsums bot. Dieses Gesellschaftsmodell strahlte als der »american way of life« nach Außen und wurde anderen industrialisierten Ländern zum Vorbild. Die Marshall-Plan-Hilfen und der Kapital*export* der USA in den 50er Jahren galten als Beweis für die Bereitschaft der USA, anderen Ländern, insbesondere den Kriegsverlierern Deutschland und Japan beim Anschluß an dieses »progressive« Gesellschaftsmodell unter die Arme zu greifen.

Eine Produktionsweise ist selbst ein Prozess, eine historische Entwicklung – in der sich Umwälzungen der gesellschaftlichen Reproduktion (des Reichtums wie der Klassenverhältnisse) nach einem bestimmten Muster vollziehen. Das grundlegende Muster der gesamten kapitalistischen Entwicklung ist die Ausweitung der städtischen Lohnarbeit als *der* proletarischen Reproduktionsweise. Produktionsweise bezeichnet eine Phase dieser Ausweitung, bei der es gelingt, einen bestimmten Typus von Maschinerie, Arbeitsorganisation und Arbeitskraft so zu kombinieren, dass sich Kapital verwerten und der Klassengegensatz kontrollieren läßt.

Das amerikanische System der Massenindustrie beruhte darauf, eingewanderte und bäuerliche Arbeitskräfte in einen durchorganisierten und geplanten Produktionsprozess einbinden zu können. Die gesellschaftliche Stabilität ergibt sich aus der Dynamik, durch die das Kapital die Proletarier mit der Hoffnung an sich binden kann, ihren Kindern werde es einmal besser gehen. Das »goldene Zeitalter« nach dem Zweiten Weltkrieg bestand in der Ausweitung des Arbeiterkonsums auf Kühlschränke, Waschmaschinen und vor allem das Auto, sowie auf der Fähigkeit neue, aus dem Süden oder dem Ausland in die Industriezentren eingewanderte Proletarier in die Fabriken zu bringen. Auf dieser Dynamik basiert das Phänomen, dass sich große Teile der Arbeiterklasse als »Mittelschicht« begreifen und entsprechend verhalten.

... und internationalen Hegemonie

Industrielle Produktion beruht darauf, Rohstoffe zu neuen Investitionsgütern und Konsumwaren zu verarbeiten. Ihr Erfolg beruht auch darauf, wie und zu welchen Kosten über Rohstoffe verfügt werden kann, die für die bestimmte Produktionsweise zentral sind. Im Mittelpunkt der englischen industriellen Revolution hatten die drei Grundstoffe Baumwolle, Kohle und Eisen gestanden. Sie blieben weiterhin wichtig, aber die Überlegenheit der US-Industrie war mit neuen Stoffen verbunden – wobei die Ablösung der Kohle durch Erdöl eine besondere Rolle spielte. Öl wurde zur Grundlage einer Produktion, die auf dem Verbrennungsmotor beruhte und damit ein ganzes

Jahrhundert prägte: er revolutionierte sowohl den Transport und damit auch die Kriegsführung und schuf mit dem Automobilismus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein neues Modell des Arbeiterkonsums.

Zur Sicherstellung der Rohstoffe für ihre industrielle Expansion hatten sich die europäischen Großmächte überseeische Gebiete als Kolonien angeeignet und unterworfen. Die USA entwickelten ähnlich imperiale Beziehungen in ihrem Hinterland Lateinamerika – aber schon nach dem Ersten Weltkrieg hatten sie mit der Wilson-Doktrin (»Selbstbestimmungsrecht der Völker«) eine neue Form der Beherrschung von Rohstoffländern eingeführt, die die alte europäische Form des Kolonialismus unterlaufen sollte. Mit dem Konzept staatlicher »Souveränität« und einer nachholenden wirtschaftlichen »Entwicklung« konnten sie die Klassenkämpfe in diesen Ländern im Prozeß der Dekolonialisierung auffangen und neutralisieren. Der »american way of life« war für sie aber nicht vorgesehen, weil ihnen eine andere Funktion in der internationalen Arbeitsteilung zukam. Durch die Entkolonialisierung verloren das Britische Empire und die anderen Kolonialländer ihren exklusiven Zugriff auf die Rohstoffresourcen – zum Beispiel auf die Ölfelder im Nahen Osten. Das Nachgeplänkel dieses Machtkampfs, der mit der militärischen Überlegenheit der USA im Zweiten Weltkrieg schon entschieden war, bildete die Suez-Krise 1956: als England, Frankreich und Israel in einer koordinierten militärischen Aktion versuchten, die von Nasser vollzogene Nationalisierung des Suez-Kanals rückgängig zu machen, wurden sie von den USA (und der Sowjetunion) zurückgepfiffen. In der »Dritten Welt« verschafften sie sich damit einen Achtungserfolg und das Image des zivilisierten Hegemons gegenüber der schäbigen Brutalität der alten Kolonialherren – und hatten den europäischen Staaten endgültig klargemacht, dass ihr Vorgehen in *jedem* Teil der Welt von den USA abhängig war. Anerkannt und erfolgreich war diese Politik, weil die USA nicht einfach ihr nationales Sonderinteresse *gegen* andere Sonderinteressen durchsetzen, sondern mit ihrer Macht und Stärke allgemeine Bedingungen der kapitalistischen Entwicklung sicherten – in dieser Region vor allem den ungehinderten Zugriff auf Öl, und weltweit die Sicherung staatlicher Herrschaft gegen Unruhe und proletarische Revolten (z.B. im Korea-Krieg).

Anders gesagt: nicht weil sie als der besondere Staat USA auftraten, wurden sie hegemonial, sondern weil sie für die weltweite Kapitalistenklasse zur Verkörperung des neuen erfolgreichen Booms der kapitalistischen Produktionsweise in den 50er und 60er Jahren wurden. Es war die erneute materielle Ausweitung der kapitalistischen Produktionsweise und ihres Klassenverhältnisses, auf denen die politische Vormachtstellung der USA beruhte – und von der sie daher auch abhängig war.

... durch militärische Überlegenheit und gesichertes Weltgeld

Am deutlichsten zeigte sich dies an den zwei Säulen ihrer Macht, die ihr heute noch geblieben sind und die zunehmend wackliger werden (siehe den Beitrag von André Gunder Frank in diesem Heft): ihrer militärischen Überlegenheit und ihrer Kontrolle des internationalen Zahlungsmittels, des Weltgeldes. In den zwei Weltkriegen hatten die USA eine militärische Stärke eingebracht, die in erster Linie auf der Überlegenheit ihrer industriellen Produktion und ihren gigantischen Produktionsreserven beruhte (in der Endphase des Krieges produzierten die USA allein im Jahr 1944 90 000 Flugzeuge, mehr als die deutsche Wehrmacht hätte abschießen können). Die Rolle der industriellen Produktion für die Kriegsführung im Kapitalismus war zum ersten Mal im amerikanischen Bürgerkrieg 1861-65 demonstriert worden, in dem eine halbe Million Menschen ums Leben kamen. In diesem historisch ersten industriellen Gemetzel war die industrielle Waffenproduktion der Nordstaaten zum entscheidenden Faktor geworden. Am Ende des Zweiten Weltkriegs stellte die moderne industrielle Technologie eine neue Dimension des automatisierten Gemetzels vor, die sekundenschnelle atomare Vernichtung.

Der moderne Krieg lebte nicht nur von der Industrieproduktion, er hatte ihr in den beiden Weltkriegen auch einen ungeheuren Auftrieb verschafft. Zwischen 1941 und 1945 stieg das Bruttoinlandsprodukt der USA um 50 Prozent – so stark wie noch nie zuvor –, was vor allem auf der Rüstungsindustrie beruhte: deren Anteil an der Gesamtwirtschaft schnellte zwischen 1939 und 1943 von 2 auf 40 Prozent herauf. Nach dem Krieg verfügten die USA über ein immenses industrielles Potential, dem die Nachfrage fehlte. Die Marshall-Plan-Hilfen und der Kapitalexport verschufen diesem Potential eine Nachfrage nach Investitionsgütern aus den kriegsgeschädigten Ökonomien Europas und Japans.

Auf der industriellen Produktion beruhte auch die zweite Säule, die Kontrolle des internationalen Geldflusses. Die Exportüberschüsse der USA hatten tonnenweise Gold in die Tresore ihres Bankensystems gespült. Die Verfügung über große Mengen des damals anerkannten internationalen Zahlungsmittels bildete die Basis ihres Vorschlags einer neuen Regulierung des globalen Finanzsystems für die Nachkriegszeit. Die Etablierung eines fest an das Gold gebundenen US-Dollars (Bretton Woods 1944) sollte Krisen wie 1929-32 verhindern und ein stabiles internationales Kreditwesen ermöglichen. Im Rahmen dieser Geld- und Kreditordnung konnte sich die internationale Arbeitsteilung wieder ausweiten, die in der Kriegszeit 1914-45 stagnierte oder zurückgegangen war. Dieser Rahmen war nicht, wie heute von den Verfechtern der Kapitalmarktregulierung (Tobin, attac usw.) behauptet wird, der Grund für den einmaligen wirtschaftlichen Aufschwung in der Prosperitätsphase 1947-1963 – im Gegenteil, seine Stabilität war selber auf die Dynamik der Produktion und die Stabilität der Ausbeutung angewiesen, wie sich Anfang der 70er Jahre zeigen sollte.

Bomben und Geld – Synonyme für tödliche Vernichtung und abstrakten Reichtum – sind die unverzichtbaren Klammern einer Gesellschaftsordnung, die sich nur in Gegensätzen entwickeln kann: zwischen arm und reich, zwischen Verhungern und Überfluss, zwischen dem Verlust des Lebens durch Arbeit und dem Genuss der Produkte der Arbeit. Das »goldene Zeitalter« des Nachkriegskapitalismus hob diese Gegensätze nicht auf, es bot lediglich die Perspektive, dass sich die Verhältnisse der Proletarier auf der Welt durch Lohnarbeit, Industrialisierung und Entwicklung verbessern könnten. Es stand aber zugleich unter dem Eindruck eines fortgeführten Krieges. Mit dem Abwurf der Atombomben über Hiroshima und Nagasaki, die für den Kriegsverlauf im Pazifik keine militärische Rolle mehr spielten, demonstrierten die USA ihre militärische Überlegenheit. Mit der Spaltung in West und Ost entstand ein Kriegszustand zwischen zwei Blöcken, der jedem der beiden zur Stabilisierung von gesellschaftlicher und staatlicher Ordnung in seinem Einflussbereich diente. Nur aufgrund des Kalten Kriegs konnte die militärische Stärke als das gemeinsame Interesse und der gemeinsame Schutz der westlichen Industrieländer ausgegeben und praktiziert werden. Die NATO diente den USA als Sicherung ihrer hegemonialen Stellung gegenüber Westeuropa, galt aber vertraglich als Verteidigung gegen den Osten. Für ihre weltweiten Militärbasen war der »kommunistische Feind« und dessen »Eindämmung« die wichtigste Legitimation. Als nach 1990 diese Klammer wegfiel, unter der sich die US-Dominanz als legitime Führerschaft der »freien Welt« präsentieren ließ, hatten die USA einen akuten Mangel an »Feinden der Freiheit«.

Der »Feind der Freiheit« im eigenen Land

Die Gegnerschaft von Machtblöcken und die Rivalität zwischen Nationalstaaten hatte in der ganzen Geschichte des Kapitalismus immer wieder verdeckt, dass der Inhalt der staatlichen Konkurrenz die gemeinsame Beherrschung des globalen Klassenkonflikts durch die herrschende Klasse war. Entscheidend für die Durchsetzung der USA als Hegemonialmacht war es, dass die neue Produktionsweise als ein überlegenes Modell der Eindämmung des Klassenkonflikts funktionierte.

Die oppositionellen Bewegungen, die aus den Kämpfen der Proletarier entstanden, hatten selbst Anteil an dieser Eindämmung, weil sie die Perspektive der Veränderung immer wieder auf den Staat lenkten – als Arbeiterbewegung in Form von Gewerkschaften und Parteien oder als Befreiungsbewegungen in der sogenannten »Dritten Welt«. Die revolutionäre Bedeutung des weltweiten Kampfzyklus und der globalen Wirtschaftskrise in den 70er Jahren lag darin, dass sie zugleich eine Krise des Profits und eine Abwendung der »systemfeindlichen Bewegungen« vom Staat beinhaltete (siehe Wallerstein: Utopistik). Aus dieser Krise hat sich der globale Kapitalismus bis heute nicht erholt – er hat nur ihren akuten Ausbruch immer weiter und immer blutiger hinauszögern können.

Das »neue Rom« – Imperium oder »failing state«?

Nach dem 11.9. ist von rechten Historikern und Politikern in den USA die verbliebene Supermacht der Welt als »neues Rom« beschrieben worden und als Antwort auf das Auseinanderfallen des internationalen Staatensystems wird offen ein neuer Imperialismus und Kolonialismus gefordert, ganz so, als ließe sich das Rad der Zeit mal eben um hundert Jahre zurückdrehen. Der Golfkrieg 1991, die Bombardierung Jugoslawiens 1999 und Afghanistans 2001 waren alles Versuche, die Stellung der USA und damit die staatliche Ordnung des internationalen Kapitalismus mit militärischen Mitteln aufrechtzuerhalten. In diesen Debatten und Kriegen drückt sich aber die Krise und der Niedergang dieser Ordnung in den 80er und 90er Jahren des letzten Jahrhunderts aus.

Die ganzen Vorschläge – Protekorat, Kolonialstatus, die guten Seiten des Imperialismus (»the rich mans burden«) oder auch das noch an Souveränität erinnernde »nation building« – enthalten keinerlei Perspektive von Entwicklung, Wohlstand oder Eindämmung des Klassenkonflikts durch einen neuen Schub von Industrialisierung, wie im Kosovo oder in Afghanistan zu besichtigen ist. Der Anfang der 90er Jahre geprägte Begriff »failing states« dient einerseits zur Rechtfertigung verstärkter militärischer Gewalt zur Kontrolle des Proletariats im »Süden« – er ist aber zugleich der Versuch, sich eine grundlegendere Wahrheit durch Projektion vom Leib zu halten: das globale Versagen von Staatlichkeit, das ebenso die USA selber und die übrigen Industrieländer betrifft.

Die heutige Umbruchsituation besteht nicht darin, dass in einem intakten Staatensystem einzelne Randstaaten »versagen« oder eine hegemoniale Macht von einer anderen abgelöst wird – sondern dass sich die Form der Staatlichkeit, die gewaltsame Klammer um eine vom Klassengegensatz zerrissene Gesellschaft in der Krise befindet. Die Krise der USA als hegemonialer Macht im Staatensystem ist zugleich die Krise dieses Staatensystems und von Staatlichkeit überhaupt.

Auslaufmodell Kapitalismus

Mit der Krise der Produktionsweise, die dem Kapitalismus eine neue Blütezeit und den USA ihre hegemoniale Stellung verschafft hatte, brach die materielle Basis für die Stabilität dieser Weltordnung weg. Die 80er und 90er Jahre waren davon geprägt, das Fehlen dieser produktiven Basis durch das Ausspielen von Bomben und Geld zu kompensieren. Mit der Aufhebung der Bindung des Dollars ans Gold 1971 und der Freigabe seines Wechselkurses 1973 schufen die USA die Voraussetzung dafür, ihre verloren gegangene industrielle Dominanz durch die Kontrolle der internationalen Finanzmärkte zu ersetzen. Die materielle Produktion weitete sich global weiter aus, vor allem in Asien. Aber dies führte zu keiner Verbesserung der Profitraten. Der ökonomische Maßstab für den Erfolg kapitalistischer Verwertung, der Profit, stagnierte in den 80er und 90er Jahren weiter. An seine Stelle trat die Aufblähung der internationalen Kreditmenge, d.h. von Geld, dessen Wert eine Spekulation auf die erfolgreiche Ausbeutung in der Zukunft ist.

Doch diese Zukunft materialisierte sich nicht. In den 90er Jahren wurde gleich zweimal mit lautem Getöse der Beginn einer neuen Produktionsweise verkündet: in der Krise Anfang der 90er Jahre das Modell der »schlanken Produktion«, der »Gruppenarbeit« und der flexiblen Zulieferketten. Nach diesem Hype des »Toyotismus« kam in der zweiten Hälfte der 90er Jahre der Hype des Internets und der »New Economy«. Aber beide Modelle führten zu keiner Verbesserung der Profitraten im nicht-finanziellen Unternehmenssektor. Die Attraktivität des japanischen Produktionsmodell hatte in erster Linie auf dem günstigen Wechselkurs des Yen zum Dollar beruht und der Verbilligung des Transports aufgrund einmalig niedriger Ölpreise. Das Internet schuf keine Profite, sondern entpuppte sich als technologische Vision, die das Fieber an den Aktienmärkten angestachelt hatte.

Gegenüber der Arbeiterklasse funktionierten diese Modelle als defensive Antworten des Kapitals. Sie zersetzten alte Strukturen und schufen eine neue Ideologie von »kreativer Arbeit« und »Leistung«, mit der alte kollektive Absicherungen der Lohnarbeit zurückgedrängt wurden. Durch die Umkehrung der internationalen Kapitalströme vertiefte sich das internationale Gefälle zwischen Arm und Reich, zwischen boomenden Regionen in Asien und der Verelendung in Afrika und Teilen Lateinamerikas. Es waren destruktive Strategien, die dem Kapitalismus zu keinem neuen Aufschwung verhalfen und seine Legitimation weiter zersetzten.

Das historisch Neue an der Krise in den 70er Jahren bestand in der aktiven Rolle, die das weltweite Proletariat in ihr gespielt hatte. Im Kampfzyklus 1968-73 hatten die weltweiten Jugendrevolten, die Kämpfe der FabrikarbeiterInnen im Norden und die Aufstände des Proletariats im Süden die kapitalistische Verwertung blockiert. Die Flucht des Kapitals in die fiktive Verwertung auf den Finanzmärkten war auch das Zurückweichen vor der erneut drohenden Revolution. Mit der Ausweitung der Geldmenge und des Kreditvolumens vermieden es die Regierungen, die Krise in voller Wucht auf die Arbeiterklasse durchschlagen zu lassen. Die zunehmende Krise der Staatsverschuldung, der immer weiter angestiegene Anteil der Sozialausgaben am Bruttosozialprodukt sind Folgen des Ausweichens vor dem Klassenkonflikt.

Schnittpunkt Bagdad

Militärisch läßt sich dieses Dilemma des Weltkapitalismus nicht lösen, aber Bomben sind das einzige Mittel der Konterrevolution, was ihnen noch bleibt. Und für die USA sind sie das letzte Mittel, eine Staatenwelt zusammenzuhalten, in der heillose Uneinigkeit darüber besteht, wie sich das Dilemma lösen ließe. Der Irak ist seit Anfang der 90er Jahre ins Zentrum eines nur noch militärisch geführten Kampfes um die »Neue Weltordnung« geraten, weil sich hier die verschiedenen Momente der Krise verdichten. Nach der Revolution im Iran wurde er hochgerüstet, um die revolutionären Bestrebungen in dieser Region in Krieg zu ersticken. Neben Saudi-Arabien, auf das die USA den Krieg im Falle eines Regierungsumsturzes ausweiten möchten, bietet der Irak die besten Möglichkeiten, den internationalen Ölmarkt zu kontrollieren, von dem wiederum das Gewicht des Dollars abhängt. Geopolitisch hoffen die USA, vom Irak aus ihren Einfluss im Nahen Osten zurückzugewinnen und sich damit wieder als Garant der weltweiten Energieversorgung behaupten zu können.

Und die bisherigen Ankündigungen zum Ablauf eines Angriffs auf den Irak machen deutlich, dass es auch einfach darum geht, ohne die Gefahr eigener Verluste ihre neuesten Waffentechnologien der ganzen Welt vorzuführen. Wie der Erfinder der Strategie »shock and awe« (Schocken und Schrecken), die an Bagdad erprobt werden soll, betont, soll das Zerstörungspotential der neuen Bomben so groß sein und so plötzlich wirken, dass damit die Grenze zwischen konventioneller und atomarer Kriegsführung verwischt wird. Es ist klar, warum dies so wichtig ist. Die militärische Über-

legenheit der USA leidet an dem Defekt, dass sie zu einem großen Teil auf einer Waffentechnologie beruht, die seit 1945 nicht mehr eingesetzt werden konnte: Atombomben. Die Entwicklung sogenannter »taktischer Atomwaffen«, die Kündigung des ABM-Sperrvertrages im Juni letzten Jahres und die immer wieder angekündigte Möglichkeit des Einsatzes von Atomwaffen im Krieg gegen den Irak – all dies sind die verzweifelten Versuche, die letzten Karten eines Systems auszuspielen, das sich im Abstieg befindet. Und hier kommt ein weiteres Problem hinzu: Seit ihrer Niederlage im Vietnam-Krieg waren die USA nicht mehr in der Lage, einen »richtigen Krieg« zu führen. Mit dem überstürzten Abzug aus dem Libanon und dem Debakel in Somalia hatten sie sich noch weiter in der Rolle des Weltpolizisten blamiert. Der

Bagdad

schnelle Sieg in Afghanistan entwickelt sich gerade unter den Augen der Weltöffentlichkeit zu einer ähnlichen langfristigen Niederlage. Fatalerweise sind es gerade diese Niederlagen, die in der Machtlogik einer absteigenden Supermacht das Vorzeigen immer neuer »Siege« erfordern.

Während wir dies schreiben, bereiten sich beide Seiten auf den Krieg vor und auf beiden Seiten ist man sich bewußt, dass es um einen Krieg gegen das Proletariat geht. Während die US-Truppen zusammen mit NGOs die Grenzen gegen den Ansturm von Flüchtlingen sichern, die dem Krieg und der Armut entkommen wollen, läßt das irakische Baath-Regime an den Rändern des größten Slumviertels in Bagdad – Saddam City mit über zwei Millionen (in Wirklichkeit wohl viel mehr) Einwohnern – Gräben ausheben, um die Proletarier daran zu hindern, in den Kriegswirren die reicheren Viertel der Stadt zu plündern oder den sozialen Aufstand zu wagen. Saddam Hussein weiß nur zu gut, dass seine Macht 1991 weniger durch die amerikanischen Bomben gefährdet war als durch die sozialen Aufstände nach dem Krieg.

Eine neue Supermacht?

Nach den großen Demonstrationen am weltweiten Aktionstag Mitte Februar kommentierte die *New York Times* (17.2.): »Die Spaltung in der westlichen Allianz am Irak und die riesigen Antikriegsdemonstrationen überall auf der Welt an diesem Wochenende erinnern uns daran, dass es immer noch zwei Supermächte auf dem Planeten geben könnte: die USA und die öffentliche Meinung der Welt.« Auf die »öffentliche Meinung« sollten wir nicht allzuviel geben, aber in dem breiten Umschwenken der Regierungen auf der ganzen Welt gegen diesen Krieg kommt ein sozialer Gegensatz gegen Krieg und Herrschaft zum Ausdruck. Kriege werden nicht nur aus militärischen Gründen unführbar, sondern auch dann, wenn sie nicht mehr als Legitimation von Macht, Nationalismus und Chauvinismus funktionieren. Wenn offensichtlich wird, dass es nur noch um die Verteidigung einer Weltordnung geht, die uns nichts mehr zu bieten hat und an die niemand mehr die Perspektive eines besseren Lebens bindet.
Es ist sehr wahrscheinlich, dass in den nächsten Wochen einige Regierungen, die mit dem Rücken an der Wand stehen, ihren Soldaten die Bombardierung Bagdads befehlen werden. Aber damit werden sie die Legitimation dieser Weltordnung weiter untergraben und die wirkliche zweite Supermacht, das globale Proletariat, von dem all ihr Reichtum und ihre Macht abhängig sind, gegen sich haben. ●

Ein paar Tips zum Weiterlesen:

Robert Brenner: *Boom und Bubble*, VSA-Verlag 2002

Immanuel Wallerstein: *Adler im Sturzflug*, Subtropen, 9.11.02; *Utopistik*, Promedia Wien 2002

Giovanni Arrighi: *Der globale Markt. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen dem Anfang und dem Ende des 20. Jahrhunderts*, Journal für Entwicklungspolitik, Nr. 4/2000

André Gunder Frank / Marta Fuentes-Frank: *Widerstand im Weltsystem*, Promedia Wien 1990

Fred Moseley: *Die US-amerikanische Wirtschaft am Ende des Jahrhunderts: Am Beginn einer neuen Ära der Prosperität?* Wildcat-Zirkular Nr. 55

Wildcat-Zirkular Nr. 56/57 mit Texten zur Krise

Das Ende der Entwicklungsdiktaturen, Wildcat-Zirkular Nr. 65

Wie stark sind die USA, junge welt, 8.8.2002

... und natürlich die übrigen Hinweise in diesem Heft!

A History of bombing

Buchempfehlung

Am 5. Februar 2003 trat US-Außenminister Powell im UN-Sicherheitsrat vor die Presse – hinter ihm ein verhängtes Bild: es war die Kopie von Picassos berühmtem Gemälde »Guernica«, das an den Luftangriff der Legion Condor gegen die spanische Stadt am 26 April 1937 erinnert.

Eine symbolhafte Aktion: auch der drohende Irak-Krieg wird ein »asymmetrischer«, aus der Luft geführter Krieg sein. An das Sterben unten wollte Powell die Weltpresse nicht erinnern.

Der deutsche Angriff auf die baskische Stadt Guernica war jedoch nicht der erste Bombenangriff aus der Luft, wie der schwedische Autor Sven Lindqvist in seinem Buch *A History of Bombing* betont. Auch war der Bombenkrieg nicht die Erfindung einer einzelnen Nation, sondern der gesamten industrialisierten Staatenwelt. In Jules Vernes Roman *Robur der Eroberer* von 1886 wird dargestellt, was später Wirklichkeit werden sollte. In einer Illustration gleitet ein Flugzeug majestätisch über Paris, der Hauptstadt Europas, und strahlt mit einem machtvollen Scheinwerfer die dunklen Gassen aus, was von den Bürgern entzückt wahrgenommen wird. Im nächsten Bild schwebt das gleiche Luftschiff genauso majestätisch über Afrika, hier allerdings drückt sich seine zivilisierende »Polizeifunktion« darin aus, dass es Bomben auf entsetzt davon preschende schwarze »Kriminelle« und »Wilde« schmeißt, um ein »Verbrechen« zu verhindern.

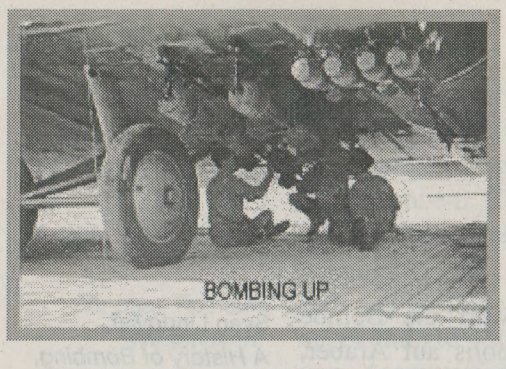
Das Bild des Wilden, den man von der Ferne und von Oben mittels Bomben »zivilisiert« bzw. vernichtet, sollte auch die Wirklichkeit des Bombenkrieges begleiten: der Gegner musste zum Barbaren, zum »anderen« stilisiert werden. Die ersten Bombenangriffe gehen so auch zurück auf den Kolonialismus. Lindqvist beschreibt, dass die erste Bombe der Geschichte am 1. November 1911 fiel: Ein italienischer Leutnant warf die Bombe nahe des libyschen Tripolis auf Araber, die sich gegen die Kolonialtruppen der Italiener erhoben haben. In den folgenden Jahren und Jahrzehnten bombardierten nahezu alle Kolonialmächte und versuchten so Aufstände niederzuschlagen: Frankreich in Marokko, England in Indien, Ägypten, Afghanistan, Somaliland und Iran. Während des sog. »Dritten Afghanischen Krieges« 1919 wurden Bombenangriffe auf Dacca, Jalalabad und Kabul von einem britischen Bomberkommander namens Arthur Harris befehligt. Auch der Irak wurde schon damals Ziel der britischen Bomben. Die Strategie der Bombardierungen nannte sich *Control without occupation*: ein Land, das sich der türkischen Herrschaft entledigt hatte und die britische nicht annehmen wollte, sollte durch Bombardierungen mürbe gemacht werden.

Angesichts des bekannten Schicksals von Guernica fragt Lindqvist, wer die Stadt namens Chechaouen kennt, die sich in Marokko nicht unweit von Guernica befindet. Sie wurde wie Guernica bombardiert, allerdings zwölf Jahre früher. Guernica wurde von deutschen Legionären angegriffen, die für den Faschisten Franco kämpften, Chechaouen von Amerikanern unter französischem Oberkommando, die dem Interesse der spanischen Kolonialmacht dienten.

Die Ungleichzeitigkeit der Erinnerung an diese beiden Städte zeigt, dass sich der bürgerliche Antifaschismus in

Sven Lindqvist, *A History of Bombing*, 2001 New York, New Press.

Guernica 1937



der Mainstream-Geschichtsschreibung eher durchgesetzt hat, als eine Kritik der barbarischen Kriegsführung der Kolonialländer. Warum das so ist? Lindqvist gibt eine einfache Antwort: Weil Guernica in Europa liegt. In Guernica waren WIR es die gestorben sind.

Als General Ludendorff 1935 *Der totale Krieg* schrieb und ihn propagierte, gingen in seine Vorstellungen die Erfahrungen der totalen Kolonialkriege gegen die Völker Afrikas und Asiens ein. Lindqvists Verdienst ist es, die koloniale Kriegsführung mittels Bomen ins historische Bewußtsein zu rufen.

Auch in den jüngst wieder aufflammenden Debatten über den »Bombenkrieg« spiegelt sich ein Eurozentrismus, gemischt mit nationalistischer Vergangenheitsbewältigung und passend zur künftigen Außenpolitik. In Deutschland pendelt diese bürgerliche Geschichtspolitik zwischen der Selbststilisierung »der Deutschen« zum »Opfer« (Dresden usw.), um für heute eine »Friedensdiplomatie« gegen England und die USA historisch zu unterfüttern, und dem neueren Bekenntniskult, »Täter« zu sein (Goldhagen- bzw. Wehrmachtsdebatte), um nach 1945 bzw. mit der heutigen »sauberen Truppe« als geläuterte Nation dazustehen. So konnte dann die vergangenheitsbewältigte rot-grüne Regierung den Krieg gegen Jugoslawien ohne größere Widerstände durchziehen.

Die (wiederholte) Bombardierung eines Lagerraums des Roten Kreuz in Kabul – am 26. Oktober 2001 durch US-Bomber

Bei der jüngsten Debatte um »die Deutschen« als Opfer der Luftangriffe, die durch das Buch *Der Brand* von Jörg Friedrich angefacht wurde, muss der Klassencharakter der Bombardierungen ausgeblendet werden, um die Nazi-Ideologie der »Volkgemeinschaft« bürgerlich-demokratisch zu verlängern. Doch Luftangriffe trafen nicht eine »Nation« oder »die Deutschen«, sondern gerade die Arbeiterwohnviertel Die Bombardierungen von Arbeitersiedlungen hatten das Ziel, die Fehlzeiten in den Fabriken zu erhöhen und die Fabrikarbeiter und ihre Familien zu demoralisieren. Lindqvist gibt zwar an, dass Arthur Harris, Kommandant der britischen Angriffe auf deutsche Städte, an einen Aufstand der deutschen Arbeiterklasse gegen den Nazismus glaubte, aber tatsächlich bewirkten die Bombardierungen das Gegenteil. Bis heute führt diese Kriegsführung dazu, die Proletarier und Armen zu demoralisieren; die Bomben wirken einschüchternd und halten sie klein. Diese Kriegsführung sieht in der »Zivilbevölkerung« das Rohmaterial des Krieges und versucht darüber, eigenständige Klassenfronten im Kriegsverlauf, die für die Herrschenden auf beiden Seiten der offiziellen Front gefährlich werden könnten, zu unterbinden.

Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges wurde die Atombombe zur wichtigsten Machtdemonstration im sich anbahnenden Kalten Krieg. Der Abwurf der ersten A-Bomben auf Hiroshima und Nagasaki durch die USA erfolgten im Hinblick auf die Sowjetunion, hinzu kam später noch die »gelbe Gefahr«, also das kommunistische China. Die ehemaligen Kolonialmächte wie Frankreich bombten weiter, z.B. in Algerien. Die USA warfen viermal so viele Bomben auf Indochina ab wie im Zweiten Weltkrieg: 8 000 000. Tonnen. Während des Zweiten Weltkriegs flog die US-Luftwaffe 30 Prozent Flächenbombardements, im Vietnamkrieg 80 Prozent. Lindqvist zitiert gegen Ende seines Buches den französischen General Pierre Gallois, der den Irak unmittelbar nach dem Golfkrieg 1991 besuchte und den jüngsten großen Bogen der Bombardierungen beschreibt: »Ich fuhr 2500 Meilen in meinem Wagen herum. In den Dörfern war alles zerstört. Wir fanden Bombenteile von 1968, die wohl vom Vietnam-Krieg übrig geblieben waren. Es war die gleiche Art des Bombardierens, die ich vor einem halben Jahrhundert im Zweiten Weltkrieg betrieben hatte.« ● *H.*

Harass the Brass

[dt. etwa: Störfeuer aufs Lametta; ins Grab den Stab]

Einige Anmerkungen zur Subversion der US-Streitkräfte

Ein Freund von mir war während des Golfkriegs [1991 gegen den Irak] in der US-Armee. Er erzählte mir, daß bei George Bushs Truppenbesuch in Saudiarabien viele der Mannschaftsdienstgrade, die sich in dessen Nähe befanden, Gewehr und Munition abgenommen bekamen. Auch die Schlagbolzen der Gewehre wurden entfernt. Wenn das so war, zeigt das, daß Bush und seine Betreuer von den großen Konzernen wohl Angst hatten vor den US-Freiwilligen, die Bush wenig später in seiner erfolglosen Kampagne zur Wiederwahl umbringen würde.

Die unterdrückte Geschichte des Vietnamkriegs zeigt, daß der Oberbefehlshaber guten Grund hatte, den Truppen zu mißtrauen und sie zu fürchten. Unsere Herren möchten gerne, daß wir vergessen, was während des Vietnamkriegs geschah, und wir sollen vergessen, was ihren Krieg besiegte -- und die Bedeutung des Widerstands gegen den Krieg durch die Freiwilligen, Männer wie Frauen.

Bis ins Jahr 1968 war die Desertionsquote der US-Truppen in Vietnam niedriger als in früheren Kriegen. Aber 1969 hatte sich die Quote vervierfacht. Und das war nicht auf Südostasien beschränkt, die Anzahl der Deserteure unter den GIs stieg weltweit an. Befehlsverweigerung wurde für die Soldaten an der Front zu einer wichtigen Übung, wenn sie fürchterliche Verletzungen oder gar den Tod vermeiden wollten. Schon 1969 setzte sich eine gesamte Kompanie der 196. Leichten Infanteriebrigade auf dem Schlachtfeld nieder. Etwas später im selben Jahr weigerte sich eine Schützenbrigade der berühmten 1st Air Cavalry Division -- vor den Kameras von CBS TV -- schlichtweg, einen gefährlichen Pfad hinunter zu marschieren. In den folgenden zwölf Monaten kam die 1st Air Cavalry auf 35 Verweigerungen von Kampfeinsätzen.

Der Widerstand unter den Bodentruppen steigerte sich bis 1970 und 1971 von sanften Formen des politischen Protests und der Befehlsverweigerung bis hin zu einer massenhaften und weit verbreiteten ›Quasi-Meuterei‹. Soldaten begaben sich auf ›Suchen und Vermeiden‹-Missionen, bei denen sie Zusammenstöße mit den Vietnamesen absichtlich umgingen und oft drei Tage lange Parties abhielten, anstatt zu kämpfen.

Der Text ist aus einer Broschüre, die *Antagonism* gemacht hat. Sie heißt

Olive-Drab Rebels
Subversion of the US Armed Forces in the Vietnam War

und kann als PDF hier geholt werden:
www.geocities.com/CapitolHill/Lobby/3909/olivedrab/

Die Klassengesellschaft im US-Militär:

***Brass*:**
(Messing; das Material, aus dem die Orden sind) – Slang für höhere Offiziere, ›hohe Tiere‹.

Enlisted men: ›freiwillig'‹angeworbene Soldaten; in den USA ist eine der wenigen Chancen für Leute aus armen Gegenden bzw. Familien, etwas zu werden, halbwegs zu Kohle zu kommen und vielleicht was von der Welt zu sehen, sich für ein paar Jahre freiwillig bei der Armee zu verpflichten. Man bleibt dann Mannschafts-, höchstens Unteroffiziersdienstgrad, d.h., man kann sozusagen bis zum Vorarbeiter aufsteigen, es ist wie bei jedem anderen Arbeiterjob. Das ändert sich dann im Kriegsfall; denn da wird man gern mal eben verheizt. In den US-Truppen dient ein überdurchschnittlich hoher Anteil von Angehörigen ethnischer Minderheiten mit dunklerer Hautfarbe: »Armut verpflichtet«.

SP4: Specialist 4, Hauptgefreiter

Lifers: Berufssoldaten (life: lebenslang), nur diese können höher als zum Unteroffizier aufsteigen.

1970 kam die Armee schon auf 65 643 Deserteure, was ungefähr vier Infanteriedivisionen entspricht. Der Oberst der Marines Robert D. Heinl Jr., ein altgedienter Frontkommandeur mit über 27 Jahren Erfahrung bei den Marines und Autor des Buchs *Soldiers of the Sea*, schrieb in einem Artikel, der am 7. Juni 1971 im *Armed Forces Journal* veröffentlicht wurde: »Unsere Armee, die jetzt in Vietnam bleibt, ist dem Zusammenbruch nahe. Einzelne Einheiten vermeiden den Kampf, oder haben ihn schon verweigert, und bringen ihre Offiziere und Unteroffiziere um...«. Heinl führt einen Artikel aus der New York Times an, der einen Freiwilligen mit folgenden Worten zitierte: »Die amerikanischen Kasernen auf den größeren Stützpunkten sind praktisch entwaffnet. Die *lifers* haben uns unsere Waffen weggenommen ... und es gab auch einige Vorfälle von *Fragging* im Bataillon.«

»Unsere Armee, die jetzt in Vietnam bleibt, ist dem Zusammenbruch nahe. Einzelne Einheiten vermeiden den Kampf, oder haben ihn schon verweigert, und bringen ihre Offiziere und Unteroffiziere um...«

Frag incidents oder *Fragging* war in Vietnam Soldatenslang für das Umbringen von strengen, unpopulären und aggressiven Offizieren und Unteroffizieren. Anscheinend kommt der Begriff von Freiwilligen, die ihre Handgranaten dazu benutzten, ihre Befehlshaber loszuwerden. Heinl schrieb: »Wie überall berichtet wird, wurden Prämien zwischen 50 und 1.000 Dollar auf den Kopf von Vorgesetzten ausgesetzt, die die gemeinen Soldaten und *SP4* ausgelöscht haben wollten.« Kurz nach dem verlustreichen Angriff auf den Hamburger Hill Mitte 1969 lobte die Untergrundzeitung der GIs in Vietnam *GI Says* öffentlich 10.000 Dollar auf den Kopf von Oberstleutnant Weldon Honeycutt aus, dem Offizier, der den Angriff befohlen und angeführt hatte.

Mittlerweile hat das Pentagon Zahlen veröffentlicht, die belegen, daß es 1970 mit 209 mehr als doppelt soviele Tote durch Fragging gab wie 1969 (96). Die Bekanntgabe des Todes eines Offiziers löste beim Truppenkino oder Biwakieren bestimmter Einheiten Jubel aus. »Anhörungen vor dem Kongreß im Jahr 1973 ergaben Schätzungen, nach denen rund drei Prozent der Verluste an Offizieren und Unteroffizieren in Vietnam zwischen 1961 und 1972 von Fraggings herrührten. Aber diese Zahlen erfaßten lediglich die Tötungen durch Handgranaten und nicht die Offiziere, die durch automatische Waffen, Handfeuerwaffen und Messerstechereien (!) zu Tode kamen. Die Anklagevertreter der Militärgerichtsbarkeit der US-Armee schätzten, daß lediglich zehn Prozent der *Fragging*-Versuche dazu führten, daß jemand vor Gericht gestellt wurde. In der Americal Division, die von schwacher Kampfmoral heimgesucht wurde, wurden die Fraggings 1971 auf etwa eins pro Woche geschätzt. Außerdem wurde Kriegsmaterial sabotiert und zerstört.

Bis 1972 hatten Freiwillige um die 300 Antikriegs- und antimilitaristische Zeitungen herausgegeben mit Namen wie *Harass the Brass*, *All Hands Abandon Ship* [etwa: Alle Mann von Bord] und *Star Spangled Bummer* [Sternenpenner]. Die *Ft. Lewis-McCord Free Press* schrieb: »Der wahre Feind in Vietnam sind die *lifers*, *the Brass* ...« Auf Stützpunkten in Asien, Europa und in den USA kam es zu Krawallen und Antikriegsdemonstrationen. Anfang der 70er Jahre war die Regierung gezwungen, sich aus dem Bodenkrieg zurückzuziehen und zu einem ›Luftkrieg‹ überzugehen; teilweise weil ein großer Teil der Bodentruppen, die eigentlich in den Kampf ziehen sollten, das mächtigste Militär der Welt durch Sabotage und Widerstand lähmte.

Aufgrund des Übergangs zu einer Strategie des ›Luftkriegs‹ wurde die Marine zu einer bedeutenden Quelle des Widerstands gegen den Krieg. Als Antwort auf den in der Marine vorherrschenden Ras-

»Der wahre Feind in Vietnam sind die *lifers*, *the Brass* ...«

sismus rebellierten schwarze und weiße Soldaten ab und an gemeinsam. Die bedeutendste dieser Rebellionen ereignete sich im November 1972 vor der Küste Südkaliforniens an Bord der *USS Constellation*. Einigen schwarzen Matrosen drohte die unehrenhafte Entlassung, daraufhin hielt eine Gruppe von über hundert schwarzen und weißen Matrosen ein eineinhalbtägiges *Sit-In* ab. Der Kommandant brachte die *Constellation* wieder nach San Diego zurück, weil er befürchtete, im Falle einer auf See ausbrechenden Meuterei die Kontrolle über das Schiff zu verlieren. Hundertzweiunddreißig Matrosen erhielten die Erlaubnis, an Land zu gehen. Einige Tage später verweigerten sie den Befehl, wieder an Bord zu gehen, und begannen trotzig am 9. November einen Streik auf dem Kai. Trotz der Schwere der Rebellion wurde kein einziger der beteiligten Matrosen verhaftet.

Eine äußerst nützliche Taktik war Sabotage. Am 26. Mai 1970 sollte die *USS Anderson* von San Diego nach Vietnam auslaufen. Aber irgendjemand hatte Mut-

tern, Schrauben und Ketten in die Hauptgetriebewelle fallen lassen. Ein größerer Schaden entstand, der Tausende Dollars kostete und das Auslaufen um mehrere Wochen verzögerte. Gegen einige Matrosen wurde Anklage erhoben, aber mangels Beweisen wurde das Verfahren eingestellt. Als die Marine stärker in den Krieg einbezogen wurde, nahm auch das Ausmaß der Sabotage zu. Im Juli 1972 wurden innerhalb von drei Wochen zwei Flugzeugträger der Marine aufgrund von Sabotage funktionsunfähig gemacht. Am 10. Juli fegte ein Großbrand durch Admiralsquartier und Radarzentrum der *USS Forestall* und verursachte über sieben Millionen Dollar Schaden. Das Auslaufen des Schiffs wurde dadurch um mehr als zwei Monate verzögert. Ende Juli lag die *USS Ranger* am Kai von Alameda in Kalifornien. Nur wenige Tage vor dem vorgesehenen Auslaufen des Schiffs nach Vietnam wurden ein Farbspachtel und zwei 30 cm-Schrauben ins Untersetzungsgetriebe der Maschine Nr. 4 praktiziert, was eine knappe Million Dollar Schaden verursachte und aufgrund umfangreicher Reparaturarbeiten eine dreieinhalbmonatige Verzögerung der Operation erzwang. Der deswegen angeklagte Matrose wurde freigesprochen. In anderen Fällen warfen Matrosen auf See Ausrüstungsgegenstände über Bord.

Das *House Armed Services Committee* (etwa: Parlamentarischer Streitkräfteausschuß) faßte die Krise der Rebellion in der Marine wie folgt zusammen: »Die US Marine sieht sich heute einem Druck gegenüber..., der, wenn wir ihn nicht unter Kontrolle bringen, sicherlich ihre so beneidenswerte Tradition der Disziplin zerstören wird. Neuerdings aufgetretene Vorfälle von Sabotage, Unruhen, vorsätzlicher Befehlsverweigerung und Mißachtung von Autorität ... sind deutliche Symptome eines gefährlichen Verfalls der Disziplin.«

Die Umstände waren günstig für eine Revolte, und der Widerstand von Männern in Uniform gegen die Kriegsanstrengungen war ein Produkt dieser Situation. In den USA war in den Fußstapfen der Bürgerrechtsbewegung eine zivile Antikriegsbewegung enstanden, und zwar zu dem Zeitpunkt, als die Taktik des ›Pazifismus-um-jeden-Preis‹ der führenden Bürgerrechtler an ihre Grenzen gestoßen war und von einer jüngeren Generation von Aktivisten in Frage gestellt wurde. Schwarze und Latinos aus der Arbeiterklasse dienten zu einem Prozentsatz in

Die GI-Rebellion während des Vietnamkriegs reichte von der massenhaften Herausgabe von Untergrundzeitungen durch US-Soldaten, unerlaubter Entfernung von der Truppe, Streiks und Demonstrationen bis hin zu individueller Befehlsverweigerung, Meutereien, »fragging« (Ermordung von Offizieren) und Sabotage. So setzten beispielsweise im Juli 1972 Matrosen zwei amerikanische Flugzeugträger kurz vor dem Auslaufen nach Vietnam durch Sabotage außer Gefecht. Auf der U.S.S. Forrestal zerstörte ein Feuer das Radarzentrum und richtete einen Schaden in Höhe von 7 Millionen Dollar an. Die Reparaturen dauerten zwei Monate. Auf der U.S.S. Ranger verursachten zwei Schrauben und ein Spachtel einen Maschinenschaden in Höhe von beinahe 1 Million Dollar und verzögerten den Einsatz des Schiffes um dreieinhalb Monate. (David Cortright: »Soldiers in Revolt«)

Auch das Military Counseling Network Deutschland hat sich wieder gegründet: http://www.connection-ev.de/Projekte/USA.html

»Widerstand in der US-Armee« vom Krieg in Vietnam bis zum Golf ...,
Verlag Harald Kater,
231 Seiten - 14 Euro
ISBN 3-927170-13-5

Neben Artikeln und Interviews über die weitgehend vergessene GI-Revolte der späten 1960er und frühen 1970er Jahre enthält das Buch Beiträge über den Widerstand einer neuen Generation von GIs gegen den Golfkrieg 1991 und eine aktuelle Adressenliste von websites für »GI-Resisters« gegen den geplanten neuen Krieg am Golf.

Nachtrag:
http://calltoconscience.net/

Praktischer Internationalismus

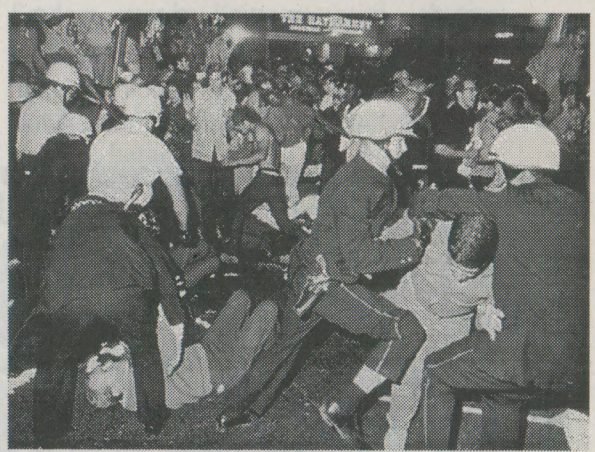
Im Lazarett erklärt ein amerikanischer Soldat, wie er verwundet wurde: »Sie hatten mir gesagt, um herauszufinden, ob ein Vietnamese auf unserer Seite ist oder nicht, ruft man 'Zur Hölle mit Ho Chi Minh!' Wenn er schießt, ist er gegen uns. Ich sah da also diesen Tpen, rief 'Zur Hölle mit Ho Chi Minh!', und er rief zurück ›Zur Hölle mit Präsident Johnson!‹ Wir schüttelten uns gerade die Hände, als uns ein LKW überfuhr.« (aus: *1,001 Ways to Beat the Draft* von Tuli Kupferberg)

Kampfeinheiten, der in keinerlei Verhältnis zu ihrem Anteil an der amerikanischen Gesellschaft stand, und größere städtische Aufstände wie in Watts, Detroit und Newark hatten bei vielen dieser Männer explosive Auswirkungen auf ihre Sicht der Dinge. Nach der Ermordung Martin Luther Kings brachen in 181 Städten in den USA größere Aufstände aus. Die Herrschenden in den USA sahen sich der schwersten nationalen Krise seit dem Bürgerkrieg gegenüber. Und die radikale Bewegung Ende der 1960er war eine internationale Erscheinung, die keineswegs auf die USA beschränkt war. Überall gab es Revolten, sogar gegen die Maoisten in China. Ihr Höhepunkt war der wilde Generalstreik, der im Mai 1968 Frankreich stilllegte und zum bisher letzten Mal ein Industrieland an den Rand der Revolution brachte.

Das Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften spiegelt das Verhältnis zwischen Bossen und Arbeitern wider, und an den militärischen und zivilen Versionen des Arbeitsplatzes kommen ähnliche Dynamiken des Klassenkampfs auf. Das Militär ist nie eine hermetisch abgeschlossene Organisation. Die Streitkräfte sind verletzbar durch gesellschaftliche Kräfte, die in der sie umgebenden Gesellschaft wirken und durch diese hervorgebracht werden. Die Revolte in der zivilen Gesellschaft sickert durch die Strukturen des Militärs in die Mannschaftsränge ein. Vor zehn Jahren behauptete Todd Gitlin, liberaler Konzernhistoriker und Überbleibsel der Neuen Linken, in einem Artikel im Magazin *Mother Jones*, die US-amerikanische Antikriegsbewegung der Vietnamzeit sei die erfolgreichste Opposition gegen einen Krieg gewesen, die es je gegeben hätte.

Nur wenige Tage vor dem vorgesehenen Auslaufen des Schiffs nach Vietnam wurden ein Farbspachtel und zwei 30 cm-Schrauben ins Untersetzungsgetriebe der Maschine Nr. 4 praktiziert,

Natürlich liegt Gitlin da völlig falsch. Als bürgerlicher Historiker wird er dafür ja auch bezahlt. Die wirksamste Bewegung ›gegen den Krieg‹ in der Geschichte gab es zu Ende des Ersten Weltkriegs, als 1917 und 1918 in Rußland, Deutschland und Mitteleuropa proletarische Revolutionen ausbrachen, und einer der entscheidenden Faktoren in der revolutionären Bewegung jener Zeit war der Zusammenbruch der russischen und deutschen Armee und Marine mit ausgewachsenen bewaffneten Meutereien. Nach Jahren des Kriegs und Millionen von Opfern begannen die Soldaten und Matrosen gegeneinander kämpfender Nationen sich zu verbrüdern, richteten ihre Waffen gegen ihre Offiziere und marschierten nach hause, um gegen die herrschenden Klassen zu kämpfen, die sie in den Krieg geschickt hatten. Der Krieg endete mit einem weltweiten Zyklus von Meutereien, in denen sich die soziale Unruhe spiegelte, die sich über die kapitalistische Welt verbreitete. Die Marinestützpunkte Kronstadt in Rußland und Kiel und Wilhelmshaven in Deutschland wurden zu bedeutenden Zentren der revolutionären Selbstorganisation und Aktion, und das Überlaufen einer großen Anzahl bewaffneter Soldaten und Matrosen auf die Seite der Sowjets ermöglichte es der Arbeiterklasse, für eine kurze Zeit in Rußland die Macht zu übernehmen. Die französische Invasion im revolutionären Rußland in den Jahren 1919 und 1920 wurde durch die Meuterei der französischen Flotte im Schwarzen Meer zunichte gemacht, die auf den Schlachtschiffen *France* und *Jean Bart* ihren Schwerpunkt hatte. Unter den Matrosen der britischen Marine und in den Armeen des britischen Empire in Asien brachen Meutereien aus, und es



gab sogar welche unter den amerikanischen Truppen, die in den russischen Bürgerkrieg zur Unterstützung der konterrevolutionären Weißen Armee geschickt worden waren.

Nicht in jedem Krieg kommt es zu organisierten revolutionären Meutereien, aber sowas kommt öfter vor, als es Militärhistoriker im allgemeinen zugeben.

Zu Beginn des spanischen Bürgerkriegs kam es im Juli 1936 in der spanischen Marine zu einer der bedeutendsten Meutereien in der Geschichte der Marine überhaupt. Unter der Führung von Francisco Franco unternahm das spanische Militär als Antwort auf schwere Unruhen in der Arbeiterklasse einen Putsch. Francos Armee sollte in Spanien von Nordafrika aus eine Invasion beginnen, mit Hilfe der Schiffe der spanischen Marine. Die Mehrheit der spanischen Matrosen bestand jedoch aus klassenbewußten Sozialisten und Anarchisten, und diese Männer planten dagegen eine koordinierte Revolte. Nach Tagen des Kampfs an Bord setzten sich die Matrosen durch. Francos Putschversuch hätte das beinahe das Genick gebrochen. Eine Studie der spanischen republikanischen Regierung schätzte später, daß im Verlauf der Meuterei etwa 70 Prozent der Marineoffiziere getötet wurden.

Die Krise, die die US-amerikanische Gesellschaft während des Vietnamkriegs erschütterte, war für eine im geschichtlichen Vergleich so stabile Gesellschaft zwar eine schwere Krise, aber sie ging nicht tief genug, um zwischen Herrschenden und Beherrschten einen irreparablen Riß zu schaffen oder gar in eine ausgewachsene revolutionäre Krise zu münden. Die USA surften immer noch auf dem relativen Wohlstand des Nachkriegsbooms. Das Leben war noch nicht für so viele Leute so schlecht, wie es heute der Fall ist, und deswegen könnte eine Verwicklung der USA in einen ähnlich langgezogenen Bodenkrieg, sagen wir in Kolumbien oder Mexiko, in nicht so ferner Zukunft wesentlich explosivere Auswirkun gen auf die US-amerikanische Gesellschaft haben. Die Geschichte lehrt uns, daß Armeen, die aus Wehrpflichtigen oder Rekruten bestehen, eher Opfer von Agitation werden als Streitkräfte aus Freiwilligen. Wohl ein Grund dafür, daß in den größeren Industriedemokratien Freiwilligenarmeen zur Regel werden.

Nicht schön, aber wahr: Krieg und Revolution waren in den meisten sich weit entwickelnden gesellschaftlichen Bewegungen des 20. Jahrhunderts eng miteinander verzahnt. Die Rolle der US-Regierung als selbsternannter Weltpolizist für die kapitalistische Ordnung

Die Informationen für diesen Artikel wurden folgenden Quellen entnommen:

- dem Buch *Soldiers in Revolt* von David Cortright, veröffentlicht beim Institute for Policy Studies;
- der Broschüre *Mutinies* von David Lamb, erhältlich über AK Press Distribution in San Francisco, sowie
- verschiedenen Ausgaben der anarchistischen Zeitung *The Fifth Estate* aus Detroit, Michigan.
- Zum spanischen Bürgerkrieg siehe *The Spanish Revolution: The left and the struggle for power* von Burnett Bolloten.
- Recht nützlich ist das Handbuch *Psychological Operations* von der US-Armee – besorgt euch irgendwo eine Kopie davon! [einfach »psychological operations manual« eingeben bei einer Internet-Suchmaschine, z.B. www.lycos.de, dann findet ihr zwei solcher Handbücher zum Runterladen; A.d.Ü.]

macht es wahrscheinlich, daß die für einen irreparablen Riß zwischen den Herrschenden und den Beherrschten in den USA notwendige Krise von einem Krieg herrühren wird. Einem Krieg, den die USA nicht in kurzer Zeit gewinnen, aus dem sie sich nicht einfach wieder zurückziehen und den sie nicht wie bei den Contras in Nicaragua durch eine Stellvertreterarmee führen lassen kann; einem Krieg mit verheerenden Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung der USA, mit einem Minimum von 5 000 Amerikanern, die ihre Heimreise in Plastiksäcken antreten. Eine Situation, aus der so etwas entstehen könnte, wären z.B. langanhaltende Unruhen oder eine ausgewachsene Revolution in Mexiko. Sollte es einmal soweit kommen, werden weit verbreitete Verbrüderungen zwischen antikapitalistischen Radikalen und Freiwilligen entscheidend dafür sein, daß wir diese alptraumhafte gesellschaftliche Ordnung ihr Ende finden lassen.

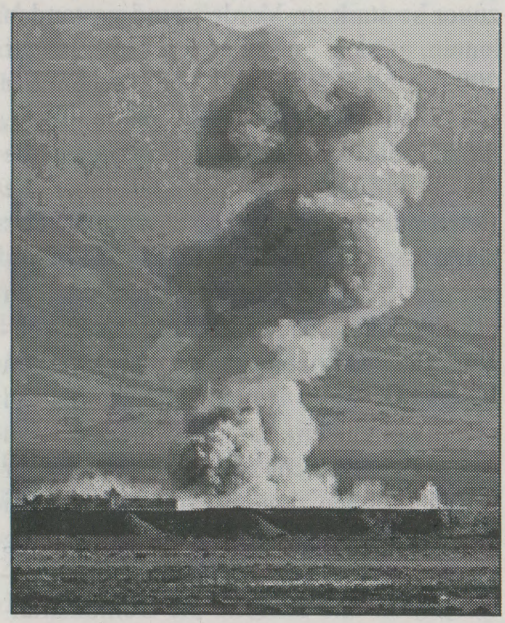
Welch zentrale Rolle ›die Militärfrage‹ im revolutionären Kampf der Zukunft spielen wird, können wir besser verstehen, wenn wir untersuchen, was während des Vietnamkriegs mit dem US-Militär geschah. Die Frage lautet nicht, wie eine chaotische und rebellische Zivilbevölkerung die gut organisierten, disziplinierten Armeen des kapitalistischen Staates in offener Feldschlacht besiegen kann, sondern wie diese Massenbewegung die effektive Kampfstärke des Militärs lahmlegen und den Zusammenbruch und die Auflösung der staatlichen Streitkräfte bewirken kann. Welche Umstände müssen wie zusammentreffen, um die in Kriegstruppen zu Lande oder zu Wasser immer vorhandene Unzufriedenheit zum bewußten und organisierten Widerstand zu entwickeln? Wie schnell und wie tiefgreifend kann sich ein subversives Bewußtsein unter den Mannschaftsdienstgraden verbreiten? Wie können Rebellen in Uniform auf breiter Front wirksam gegen die Militärmaschine vorgehen? Dazu gehören die Sabotage und Zerstörung hochentwickelter Militärtechnologien, ein unumkehrbarer Zusammenbruch der Befehlskette und eine endgültige Demoralisierung des Offizierskorps. Die Umstände müssen den Offizieren deutlich machen, daß sie einen verlorenen Krieg führen und daß sie ihre eigene Sicherheit am besten dadurch gewährleisten, daß sie aufgeben, ihre Waffen niederlegen und die Flucht ergreifen.

Die ›Quasi-Meuterei‹, die zur Niederlage der USA in Vietnam beitrug, ist ein gutes Beispiel für die Art subversiver Aktion, die Revolutionäre im Kampf gegen den Kapitalismus des 21. Jahrhunderts anfachen helfen müssen. Die globale Diktatur des Kapitals führt dazu, daß sich für die Mehrheit der Menschheit die Lebensbedingungen verschlechtern, und damit werden Soldaten aus der Arbeiterklasse zunehmend eingesetzt werden, um die Rebellionen anderer Leute aus der Arbeiterklasse zu unterdrücken. Der Einsatz der US-Streitkräfte während der *riots* in Los Angeles im Frühjahr 1992 gab einen Vorgeschmack der zukünftigen innenpolitischen Rolle des Militärs bei der Aufrechterhaltung dieser ausbeuterischen gesellschaftlichen Ordnung. Doch die Kräfte, die in der einen Region zur massenhaften Rebellion führen, werden Rebellionen auch in anderen Regionen der Welt enstehen lassen. Die Macht unserer Herren und deren Ökonomie kann von innen zum Einsturz gebracht werden, von den Frauen und Männern aus der Arbeiterklasse, von denen sie abhängig sind. ●

Die neue Antikriegsbewegung in den USA

Trotz Eiseskälte fand am 18. Januar 2003 in Washington, D.C., die größte Antikriegsdemonstration seit fast dreißig Jahren statt. Im Oktober 2002 hatte es schon eine Demonstration mit über hunderttausend Menschen gegeben, aber die jetzige war so riesig, es müssen locker doppelt so viele gewesen sein. Mehrere Stunden nach Beginn konnten die letzten Teilnehmer immer noch nicht loslaufen. Es war, als würde man von einem Meer aus Menschen geschluckt, einem Ozean, der sich bis zum Horizont erstreckte. Die Menge war überwiegend weiß und aus der Mittelschicht, wohl je zur Hälfte Veteranen aus den Protesten gegen den Vietnamkrieg und Jüngere, von denen viele wohl zum ersten Mal an einem Protestmarsch teilnahmen. Nur wenige Schwarze und Latinos waren da, und auch die Gewerkschaften hatten nur eine symbolische Präsenz aufgeboten. In dieser riesigen Menge waren die traditionellen Linken so gut wie unsichtbar. Man konnte Stunden lang laufen, ohne z.B. einen linken Zeitungsverkäufer zu sehen.

Auch die Straßen von San Francisco, Tucson, Portland und weiteren zwanzig Mittelstädten in den USA wurden von ähnlichen Demonstrationen verstopft. Und seit Oktober 2002 waren auch im



ganzen Land *peace coalitions* (Friedenskoordinationen) entstanden, auch in Hunderten von Orten weit außerhalb der großen Zentren und der traditionellen Milieus politischer Aktivisten. Diese Koordinationen verteilen regelmäßig Flugblätter, halten Mahnwachen ab und organisieren Diskussionen, und manchmal zwingen sie auch den örtlichen Stadtrat, eine Resolution gegen den Krieg zu verabschieden. In den letzten Monaten haben über 65 Städte und Landkreise solche Resolutionen verabschiedet, weitere siebzig haben darüber diskutiert.

Das sind beeindruckende Zahlen und Aktivitäten – umso mehr, als der Krieg noch gar nicht erklärt wurde. Zum Vergleich: an den ersten Demos gegen den Vietnamkrieg haben sich nur einige Dutzend Leute beteiligt. Aber stellt diese neue Antikriegsbewegung wirklich eine Wende dar, den Beginn einer neuen Massenbewegung wie der gegen den Vietnamkrieg in den 1960ern oder gar das Ende des sozialen Friedens in den USA, wie einige behaupten? Oder ist die neue Antikriegsbewegung von Anfang an viel zweideutiger und begrenzter?

Die Bewegung gegen den Krieg im Irak wuchs in einem Moment wie Pilze aus dem Boden, als die Antiglobalisierungsbewegung im Jahr nach dem 11. September 2001 zusammenbrach. Deshalb will ich einen Schritt zurückgehen und die gegenwärtige Antikriegsbewegung im Zusammenhang von Aufschwung und Niedergang der Antiglobalisierungsbewegung nach den *riots* von Seattle 1999 betrachten.

Vom Beginn dieser Bewegung an übertrieben Medien und Linke aller Schattierungen die Geschehnisse in Seattle. In dem Aufsatz *Networks and Netwars* [dt. etwa: Netzwerke und Netzkriege] (1), der Teil eines überraschend unvoreingenommenen Berichts für das rechte *International Security and Defense Policy Center* der *Rand Corporation* ist, wird bei der Beschreibung der Ereignisse

Anmerkungen

(1) Der vollständige »Netwars«-Bericht ist auf englisch erhältlich unter http://www.rand.org/publications/MR/MR1382/ Gerade wegen der Verbindungen der RAND-Corporation zum US-Staat lesen sich diese Berichte mit ihrer Betonung der Vorzüge nicht-hierarchischer Taktiken super! Teilweise klingen sie, als seien sie aus Texten der radikalen Linken geklaut. Eine inoffizielle Druckversion (auf englisch) bekommt ihr für 10 US-$ bei Insubordinate Press, c/o CLAUSTROPHOBIA, Postbox 1721, Baltimore, MD 21203, USA. Email: claustro.phobia@verizon.net

(2) Siehe den Artikel »Beyond the Myths of Seattle« im US-sozialdemokratischen Journal *Dissent*, Sommer 2001. Die Taktik des Schwarzen Blocks war trotz ihrer anarchistischen Ausrichtung in vielerlei Hinsicht ein Rückfall in die Tage des maoistischen Straßenkampfs von Anfang der 1970er: In der Hoffnung, durch besondere Militanz »ein Beispiel zu geben«, konfrontierten sich kleine Gruppen wütend mit der Polizei.

Sowohl in Seattle als auch in Quebec [im Frühjahr 2001 in Kanada] hatten bedeutende Teile der während der

Anti-Glob-Demos am Straßenkampf gegen die Polizei Beteiligten mit den politischen Strömungen überhaupt nichts zu tun. Wenn wahr ist, was ich hörte, waren es in Quebec junge arbeitslose Sympathisanten des Quebecer Nationalismus [Französischsprachiger Regionalismus gegen die Vorherrschaft der Englischsprachigen aus dem Rest Kanadas; Anm.d.Ü.], die die Demos als Gelegenheit nutzten, die Polizei »anzugehen«. Ähnliches habe ich auch über die arbeitslosen Straßenkids in Seattle gelesen.

ausgeführt: »Die Medien schreiben alles den ›Anarchisten aus Eugene‹ zu [einer kleinen Stadt in der Nähe von Seattle mit einer großen Alternativszene; Anm. von C.], aber das ist eine dieser faulen Halbwahrheiten, die sich zu einer handfesten Lüge summieren. Die Halbwahrheit besteht darin, daß Leute aus Eugene an den Schwarzen Blocks teilnahmen. Die andere, nicht berichtete Hälfte der Wahrheit ist, daß Leute aus Seattle und den Regionen in der Umgebung – die mit dem Schwarzen Block nichts zu tun haben – für einen Großteil des Vandalismus und fast alle Plünderungen verantwortlich sind. Diese Leute waren nicht an den Schwarzen Blöcken beteiligt, und ihre Handlungen wurden auch nicht von diesen gesteuert oder kontrolliert. Die Lüge besagt, die Schwarzen Blöcke hätten die gewaltsamen Polizeieinsätze in den Straßen verursacht, dabei fanden die Angriffe der Polizei auf die Menschenmengen in Wirklichkeit Stunden vor der Schaufenster-Einschlag-Tour statt.« (S. 208)

Es gibt weitere Berichte darüber, wie Sensationen und Mythen um Seattle aufgebauscht wurden, besonders um den Schwarzen Block und die Anarchisten (2). Doch was auch immer am Mythos von Seattle dran sein mag, 1999 entstand eine wirkliche Bewegung. Damals glaubten viele Linke an den »Geist von Seattle«, der ihrer Meinung nach einen allgemeinen Umschwung in der Bevölkerung zugunsten der Linken darstellte. Man sprach es zwar nicht offen aus, aber viele AktivistInnen des Mainstreams der Bewegung gegen die Globalisierung setzten ihre Hoffnungen auch, wie es diese Tradition will, auf die Wahl einer neuen Riege eher »links orientierter« Demokraten sowie, das wurde schon eher offen gesagt, auf eine starke Unterstützung für den Grünen-Kandidaten Ralph Nader, den einzigen landesweiten Kandidaten, der sich eng an die Anti-Glob-Bewegung anlehnte.

Diese Hoffnungen wurden jedoch durch die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 zerschlagen. Zum einen erhielt Nader entgegen den Erwartungen nicht die nötigen fünf Prozent der Stimmen, die es brauchte für die offizielle Anerkennung der Grünen Partei. Zum anderen zeigte der Aufstieg George W. Bushs - trotz des Debakels der Wahlen in Florida und der darauf folgenden Intervention des Bundesgerichts - , daß es den Umschwung in Richtung Links nicht gab. Wenn es einen Umschwung gab in der Minderheit der Wähler - eines weiter abnehmenden und überwiegend aus der Mittelschicht kommenden Anteils der Gesamtbevölkerung -, dann ging er eher nach Rechts.

Dann kam der 11. September, und in den USA brach die Anti-Glob-Bewegung angesichts des aufkommenden Nationalismus, der jeden noch so schwachen Protest als »vaterlandsfeindlich« brandmarkte, im wesentlichen zusammen. Auch die Netzwerke für zivilen Ungehorsam wie etwa das *Direct Action Network* und die *Ruckus Society*, die in den Jahren zuvor so stark im Vordergrund gestanden hatten, fielen auseinander. Im Januar 2002 in New York und Ende September desselben Jahres in Washington, D.C., fanden die Demonstrationen gegen die üblichen Ziele zwar noch statt, aber die Beteiligung ging dramatisch zurück. Das betraf sowohl die Gegendemos des Mainstreams als auch die Straßenschlachten nach Art des »Schwarzen Blocks«. Während der Aktionen gegen den IWF im September 2002 rief ein Netzwerk von »Antikapitalisten« aus Washington dazu auf, die City »dicht zu machen«, aber nur wenige folgten dem Aufruf. Die Polizei von D.C. wandte die neue Gesetzgebung zur Inneren Sicherheit (Homeland Security Act) an und kesselte die Demonstran-

tInnen innerhalb von Minuten ein, indem sie sich darauf berief, die Demos könnten »terroristischen Anschlägen« als Deckung dienen. Doch selbst zur Hochzeit der Bewegung war der Aktivismus der Anti-Glob-Bewegung, der sich großteils auf (meist elitäre) Colleges und kleine Zirkel von AktivistInnen stützte, in den Arbeiterbezirken auf wenig Resonanz gestoßen. Das soll nicht heißen, die Bewegung wäre völlig wertlos gewesen. Die Auseinandersetzungen auf der Straße haben eine kleine, aber nicht bedeutungslose Schicht junger Menschen radikalisiert, die dadurch zur Bewegung hinzustießen.

Sicher haben viele derjenigen, die vorher in der Anti-Glob-Bewegung aktiv waren, ihre Aktivitäten jetzt auf die Antikriegsbewegung verlagert, in der öffentlich wahrnehmbaren »Führung« läßt sich jedoch wenig Übereinstimmung feststellen. Die landesweite Koordination wird von einer kleinen stalinistischen Gruppe kontrolliert, doch in den landesweiten Antikriegsorganisationen herrschen herkömmliche religiöse und liberale Gruppen vor.

Die Antikriegsbewegung ist momentan sehr auf diesen unmittelbaren Inhalt beschränkt, und das unterstreicht ihre Zerbrechlichkeit. Die zahllosen beteiligten Gruppen und Einzelpersonen eint nur dieser kleinste gemeinsame Nenner. Zum Beispiel sagen an der Bewegung Beteiligte, sie seien gegen einen Krieg – im Moment jedenfalls. Aber viele der Leute, die heute demonstrieren, würden einen Krieg in naher Zukunft unterstützen, sogar schon in wenigen Tagen, sobald eine »ausreichende« Mehrheit in der UNO überzeugt werden könnte oder eine andere Bedingung erfüllt würde, die über Bushs Politik einer isolierten Offensive hinausginge. Und spätestens hier enden die Parallelen zur Antikriegsbewegung Ende der 1960er. Ganz anders als in den 1960ern ruft fast niemand zur »Militanz« auf. Das zeigte sich bei der Demo am 18. Januar 2003. Ich sah dort nur wenige Plakate oder Transparente, die den Krieg mit anderen gesellschaftlichen Fragen in Zusammenhang brachten, von einer »radikaleren« Analyse ganz zu schweigen. Die meisten Transparente waren im Stil »Gebt dem Frieden eine Chance« oder eine Abart von »Frieden dient dem Vaterland«, und überall wehten US-Flaggen.

Laut Meinungsumfragen sind im Moment etwa 40 Prozent der Bevölkerung gegen einen Krieg gegen den Irak. Bei Kriegsausbruch – und so wie es gerade aussieht, scheint er unvermeidlich – wird sich die Stimmung gegen den Krieg (abhängig davon, wie lange er dauert und wie viele Opfer er fordert) zweifellos ausbreiten. Aber wenn wir von der gegenwärtigen Zusammensetzung und politischen Orientierung der Antikriegsbewegung ausgehen, wird sich ihr direkter Einfluß auf Arbeiterbezirke in engen Grenzen halten.

Ob das so bleibt,müssen wir sehen. Es ist durchaus möglich, daß sich die Stimmung gegen den Krieg zu den Arbeitsplätzen und Arbeiterbezirken ausweitet und einen ganz anderen Charakter annimmt.

Es gibt bisher wenige Anzeichen einer besonderen Opposition der Arbeiterklasse gegen den Krieg, obwohl er nicht besonders populär ist, und Arbeiter an den aktuellen Demos zweifellos als einzelne oder mit Gewerkschaftsgruppen teilgenommen haben. Eine geringe, aber wachsende Anzahl örtlicher Gewerkschaften (Anfang Januar waren es 102, dazu einige wenige Bezirks- und Landeskörperschaften) haben Resolutionen gegen den Krieg verabschiedet, aber es gibt von dieser Seite noch keine wirklich unabhängige Äußerung dagegen. Während eines Kampfs, der kürzlich stattfand und ein bißchen der Aussperrung der Hafenarbeiter an der Westküste im Sommer 2002 ähnelte, beschloß die Gewerkschaft, Schiffe des Militärs während der Kampfmaßnahmen weiter zu beladen. Die Nachwirkungen des 11. September, dazu die steigende Arbeitslosigkeit und die Rezession wirken immer noch jeder möglichen Militanz am Arbeitsplatz entgegen.

In den letzten Wochen haben jedoch in Los Angeles lokale Gruppen von AktivistInnen, die nicht zur offiziellen Antikriegsbewegung gehören, wütende Streikposten gegen Tankstellen in einigen der ärmeren Schwarzen Gemeinden orga-

nisiert. Sie sahen die Erhöhung der Benzinpreise vor Kriegsausbruch als eine Form von »Betrug« und »Kriegsgewinnlertum«. Wenn der Krieg tatsächlich ausbricht, könnte sich dieses unbedeutende Beispiel, das den Zug in Richtung Krieg mit wirtschaftlichen Alltagsfragen in Verbindung bringt, in größerem Maßstab entwickeln.

PS: Bei der Demo am 15. Februar vor dem UN-Gebäude in New York waren sogar noch mehr Leute als am 18. Januar. Sogar in manchen Medien hieß es, es seien knapp eine Viertelmillion gewesen. Ich war nicht dort, aber jemand, der dort war, sagte mir, die Demo sei teilweise um einiges wütender gewesen als die zwei zuvor.

C., USA, 11. Februar 2003

P.S.:
Am Mittwoch, dem 5. März gab es beeindruckend große Mobilisierungen von SchülerInnen und StudentInnen gegen den Krieg in vielen australischen Städten. Vielleicht das Interessanteste daran war der hohe Anteil von SchülerInnen. Während früher in Australien hauptsächlich UniversitätsstudentInnen an Protesten teilnahmen, gibt es heute immer mehr SchülerInnen, von denen viele in den letzten Jahren wegen einer Reihe von Themen Schulstreiks organisiert haben.

Berichte über die SchülerInnen- und StudentInnen-Demos finden sich unter: www.melbourne.indymedia.org/front.php3?article_id=43213&group=webcast

Den Artikel von Hugh Mackay findet Ihr auf: www.theage.com.au/articles/2003/02/21/1045638484983.html

Eine neue Stufe?

Zu den Demonstrationen am 15. Februar in New York

von A.i

Ich sage »eine neue Stufe?«, weil an diesem Tag bei den DemonstrantInnen an der 53. Straße und 3. Avenue in New York ein anderes Gefühl in der Luft lag. Es war extrem kalt, und trotzdem waren ungefähr eine halbe Million Leute gekommen, so dass der offizielle Kundgebungsort dermaßen voll war, dass wir anderen keine andere Wahl hatten, als da zu demonstrieren, wo wir gerade zufällig waren. Einige Leute fanden diese spontanten Kundgebungsorte weit oben an der 72. Straße andere ganz unten am Times Square, und andere wie ich vor der Hauptstelle der New York Public Library, bevor wir uns alle auf den Weg so weit wie möglich Richtung Osten machten.

Ich sage »eine neue Stufe«, weil die Menschenmenge an der 53. Straße und 3. Avenue jünger, weniger weiß und weniger aus der Mittelschicht als bei einem Großteil der bisherigen Aktionen war. Ich habe viele junge Leute, einige Jugendliche, mehr in den 20ern, mehr Latinos als Schwarze gesehen, die so aussahen, als wären sie zufällig vorbeigekommen und hätten sich dann entschlossen, dazubleiben und mitzumachen oder zumindest zuzusehen und dabeizusein.

Ich sage »eine neue Stufe!«, weil es uns an der Ecke 53. Straße/Third Avenue gejuckt hat, durch die Polizeikette beiseitezuschieben, um die zehntausenden von Leuten bei uns, die an der 53. Straße eingekesselt waren, zur First Avenue durchzulassen. Das gilt auch für die zigtausend, die an der Third Avenue eingekesselt waren – die Kreuzung wurde nur von etwa einem Dutzend Bullen abgesperrt, die mit den Händen eine Kette bildeten und diese zigtausend daran hinderten, die Straße hochzuströmen. Irgendwann sprang ein junger Punk auf einen von Leuten umgebenen Polizeibus, nur ein paar Meter von den Bullen, aber es hätten genauso gut Millionen Kilometer sein können: Er fing an, Parolen zu rufen, er wollte die Menge anfeuern, war aber einigermaßen zahm – aber dann merkte er, wie bewegend seine eigenen Worte waren, und wollte mehr sagen und die Menge zum Durchbrechen auffordern, und man merkte das, denn die Parolen schlugen langsam um in ein wütendes »Lasst uns durch«, und die Menge wurde spürbar kribbelig – es fühlte sich an wie ein Moment der Entscheidung, und das war es wohl auch. Er muss sich seltsam gefühlt haben, wie er den Schauer der Rebellion spürte und wie dieses Gefühl sich so langsam in eine Art hilflose Verlegenheit verwandelte – das ging uns allen so, als uns klar wurde, dass wir nicht durch die Bullen durchbrechen wür-

den. Eine junge Frau schlug das ausdrücklich vor, und niemand schrie sie nieder, aber so ein richtig professionell aussehendes Arschloch mit lauter, tiefer Stimme rief mit überraschend weinerlichem Seinfeld-mäßigen Tonfall, der wohl höhnisch klingen sollte: »Sei nicht blöd! Pff! Durch die Bullen durchbrechen? Was hast du vor, willst du uns umbringen? Hah, sei nicht BLÖD!« Er war ein mieses Arschloch, und er schien mit seiner Meinung allein dazustehen.

Ich habe eine neue Stufe gesehen, weil ein noch ein Arschloch, aber mehr so ein softer »Ich liebe die Erde«-Typ, hochsprang und mit einer Predigt anfing, dass diese Demo doch gewaltfrei sein sollte, oder? Hm. Und dass wir doch bloß unser den Bürgern im 18. Jahrhundert gegebenes Recht ausüben wollten, an einem Samstagnachmittag die Straße hinunterzugehen. Naja, wird schon stimmen. Und dass die Bullen unsere Brüder sind, oder? Und niemand antwortete – ganz recht – niemand sagte auch nur ein Wort. Ich sagte nein, aber erst, als die Stille betäubend geworden war. Solange ich noch da war, passierte nichts mehr. In den Nachrichten kam später, dass ungefähr eine Viertelstunde, nachdem wir weg waren, Leute an der 53. Straße und Second Avenue versucht haben durchzubrechen, aber es war nicht der Massenansturm, den hätte stattfinden sollen, als noch tausende und abertausende von Leuten eingekesselt waren. ●

Blockaden in Mannheim

Seit Ende Januar werden regelmäßig Kasernen blockiert. Waren es am Anfang nur wenige, die nach der Mahnwache der Friedensfreunde noch »mit zur Blockade« gezogen sind, hat sich der Kreis der Aktiven inzwischen ausgeweitet. Der größte Erfolg war gleich zu Beginn: Am 1. Februar gelang es der Vorhut von nicht mehr als 8 Leuten, mit zwei Transpis einen Konvoi zu blockieren, der gerade die Kaserne verlassen hatte. Spontan gesellten sich zwei Rentnerinnen und ein zufällig vorbeikommender Autofahrer dazu; später kam der Rest der BlockiererInnen dazu. 20 Leute hielten den Konvoi von 28 LKWs mehr als eine Stunde auf und konnten Flugis an die Fahrer verteilen.

Obwohl sich inzwischen viel mehr Leute beteiligen – bis zu 60 – konnte ein solcher Erfolg seitdem nicht mehr erzielt werden – der Termin Samstags nach der Mahnwache ist auch der Militärverwaltung bekannt. Inzwischen kommen auch nicht mehr soviele Bullen zur Blockade. Wir schaffen es bisher auch nur in Ansätzen, wirklich zu blockieren – meist sind wir nicht genug Leute, um auch die Nebeneingänge zu schließen.

Trotzdem gibt es Anzeichen dafür, daß wir Wirkung erzielen: immer häufiger und aggressiver versuchen GIs und (deutsche) Angestellte, sich mit ihren Autos durch die Blockade zu schieben; nur mit Glück gabs bisher keine Verletzte.

Wir versuchen den Kreis der Aktivisten auszuweiten, um Aktionen durchführen zu können, **die die Militärmaschine wirklich stören.**

Bericht aus Down Under

P.S.:
Am Mittwoch, dem 5. März gab es beeindruckend große Mobilisierungen von SchülerInnen und StudentInnen gegen den Krieg in vielen australischen Städten. Vielleicht das Interessanteste daran war der hohe Anteil von SchülerInnen. Während früher in Australien hauptsächlich UniversitätsstudentInnen an Protesten teilnahmen, gibt es heute immer mehr SchülerInnen, von denen viele in den letzten Jahren wegen einer Reihe von Themen Schulstreiks organisiert haben.

Berichte über die SchülerInnen- und StudentInnen-Demos finden sich unter: www.melbourne.indymedia.org/front.php3?article_id=43213&group=webcast

Den Artikel von Hugh Mackay findet Ihr auf: www.theage.com.au/articles/2003/02/21/1045638484983.html

Viele Leute auf der ganzen Welt waren überrascht über die Größe und den Umfang der Antikriegsdemonstrationen Mitte Februar 2003, nicht zuletzt die TeilnehmerInnen selbst. In Australien, wo an diesem Wochenende etwa drei oder vier Prozent der Gesamtbevölkerung auf die Straße gegangen sind, hat das Ausmaß der Antikriegs-Stimmung einen langen Schatten auf die Howard-Regierung geworfen, die sich alle Mühe gibt, als einer der engsten US-Verbündeten aufzutreten. Und wenn man einigen Kommentaren glauben darf, dann werfen die Demonstrationen auch breitere Fragen über das auf, was sich in der Gesellschaft in den letzten Jahren an offener Fremdenfeindlichkeit zusammengeschoben hat.

Die Reaktionen der »Linken« auf die Demos sind gemischt. Die größte der leninistischen Gruppen reagiert ziemlich euphorisch, auch wenn die Größe der Demos bloß ihre eigene Marginalität bestätigt. Viel mehr Einfluss auf den Verlauf der Dinge haben die Grünen, die sich in der letzten Zeit zu einer wichtigen parlamentarischen Kraft entwickelt haben. Je nachdem, welche SprecherIn gerade am Mikrophon steht, reicht die Rhetorik der Grünen von einem allgemeinen Pazifismus bis zu der Aussage, dass ein Krieg mit dem Irak »nicht im nationalen Interesse« liege (der Obergrüne Senator Bob Brown). Demgegenüber äußern einige GenossInnen aus der Bewegung gegen die Flüchtlings-Internierungslager die Befürchtung, dass sich hinter einem Großteil der Stimmung gegen einen Krieg im Irak nur ein tiefsitzender Nationalismus verbirgt, der darauf abzielt, sich um die näher an Australien gelegenen »echten« Gefahren für die nationale Sicherheit zu kümmern.

Diese Befürchtung sollte man schon ernst nehmen. Aber es gibt auch Anzeichen dafür, dass das Bild vielleicht komplizierter ist. Als der führende Labor Party-Politiker Simon Crean auf der Kundgebung in Brisbane sagte, dass ein Krieg gegen den Irak nur mit Zustimmung der UNO akzeptabel wäre, wurde er ausgebuht. Und in dem Teil der Kundgebung in Melbourne, wo ich war, gab es den lautesten Jubel für die Redebeiträge, die sagten, dass überhaupt kein militärischer Konflikt akzeptabel wäre, mit UNO-Mandat oder ohne.

Wie verbindet sich all das mit dem Alltag im Stadtteil oder bei der Arbeit? Das ist immer noch das größte Rätsel. Der Gesellschaftskommentator Hugh Mackay meint, die Antikriegsdemonstrationen seien »ein Auslöser für das Aufbrechen von Frustrationen, Unsicherheiten und Ängsten, die sich seit vielen Jahren aufgestaut haben«:

»Wann hat man uns je nach der Moral des Präventivschlages gefragt?« ist eine Frage, die im heutigen Klima in einem Atemzug mit anderen Fragen gestellt wird, die nichts mit dem Krieg zu tun haben, aber alles mit einer zunehmenden Unruhe über die Art und Weise, wie sich die australischen Werte verändern: »Wie kommt es, dass ein Manager 33 Millionen Dollar Abfindung bekommt? Ist kein Arbeitsplatz mehr sicher? Warum wird die Kluft zwischen arm und reich immer breiter? Vernachlässigen wir nicht die Schwächsten in unserer Gesellschaft – die Alten, Gebrechlichen, Kranken, Behinderten, Verwirrten?«

Solche Fragen ergeben sich aus einem tiefsitzenden Unbehaben über die Aussicht, dass unsere Gesellschaft herzloser, skrupelloser, konkurrenzbetonter, weniger mitfühlend ... und weniger stabil wird.

Was in der Zeit um die Kundgebung in Melbourne am 14. Februar spürbar war, war die elektrisierte Stimmung in den öffentlichen Verkehrsmitteln und in Cafes über den Krieg ganz allgemein und die Demo im besonderen. So eine Stimmung gab es in dieser Stadt zuletzt Ende 1992/Anfang 1993, als eine konservative Landesregierung [des Bundesstaates Victoria] beschloss, das hergebrachte Ar-

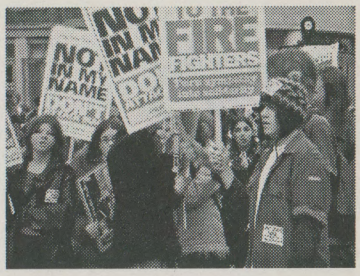
beitsrecht abzuschaffen und daraufhin eine ähnlich große Menschenmenge auf die Straße ging – auch damals war es unmöglich, in ein Restaurant oder einen Pub zu gehen, ohne Gespräche mitzuhören, in denen es darum ging, wie man etwas gegen diese Maßnahmen unternehmen könnte. Was vor zehn Jahren eine interessante Bewegung hätte werden können, versandete, als den Spezialisten der Arbeiterbewegung und der Linken die Führung überlassen wurde. Ob es sich diesmal wieder so entwickelt, ist noch nicht klar.

St., Melbourne

Demos in Britannien

22.2.

Am letzten Samstag war die größte Demo, die wir je in Britannien erlebt haben. 1,5 Millionen Leute in London und 50.000 in Glasgow. Die Demo selbst war gemischt, lebendig und gutgelaunt. Wir waren so viele, dass wir die ganze Londoner Innenstadt einnahmen. Es gab zwei Demos, die an zwei verschiedenen Orten losgingen und sich im Hyde Park trafen. Wir wanden uns durch die Straßen wie zwei große Schlangen. Es gab einen Riesenjubel, als wir aneinander vorbeikamen und einen Eindruck davon kriegten, was für eine große Masse wir wirklich waren. Es gab keine Autos auf den Straßen, und alle Nebenstraßen waren voller DemonstrantInnen. Es gab absolut keine Spannung oder Gewalt oder Scherben. Es gab keinen »schwarzen Block«.
Bei der großen Kundgebung im Hyde Park gab es einen *Autonomous Space* mit einem offenen Mikro, einem Feuer, Bücherstand und Massen von AnarchistInnen.
Wir sind auch zur amerikanischen Botschaft gelaufen, wo die ganze Zeit über jeweils etwa 100 Leute waren, aber eigentlich passierte nichts, also gingen viele wieder weiter. Wir waren ungefähr eine halbe Stunde lang da.
Im Laufe des Tages waren es sicher tausende. Danach gingen wir zum Piccadilly Circus, wo eine geplante Sitzblockade war. Dort war es total voll von Leuten. Da Autos sowieso nicht mal in die Nähe kommen konnten, war die Sitzblockade eher symbolisch. Aber die Stimmung war gut. Wir liefen noch mal eine halbe Stunde bis zu einer Kneipe, fast die ganze Zeit auf der Straße.
Im Laufe der letzten Woche habe ich in London mehr politische Graffiti gesehen als jemals seit der *Poll Tax*. Die meisten sind ziemlich geradeaus: »Kein Krieg für Öl« usw. Aber sie sind überall! Es gibt einen Aufruf zu streiken, wenn der Krieg anfängt. Das wird auch von der *No War Coalition* aus CND [Campaign for Nuclear Disarmament, 80er Jahre Friedensbewegung], SWP [Socialist Workers Party, größte trotzkistische Gruppe], Gewerkschaften usw. unterstützt – die wollen aber den Segen der Gewerkschaftsspitze dafür. Ich sprühe: »Streikt gegen den Krieg, wilde Streiks jetzt« an die Wände. Wir werden sehen, ob die lokalen Antikriegsgruppen größer werden. Es gab eine Menge lokaler Transparente auf der Demo. Diesen Sonntag gibt es eine britannienweite Demo an einer NATO-Airbase in Fairford. Es ist auch geplant, da ein ständiges Camp einzurichten.
Was Verbindungen zu den laufenden Kämpfen im öffentlichen Dienst angeht, gibt es nicht viel Konkretes. Meiner Meinung nach schlägt die allgemeine Unzufriedenheit und die Armut der Leute in Misstrauen und Hass gegenüber der Regierung um. Bisher verbindet sich das noch nicht klar mit »Alltags«-Kämpfen hergestellt, aber die Regierung war noch nie so unbeliebt wie heute. Die Auseinandersetzungen im öffentlichen Dienst gehen weiter, es gibt eine Reihe von eintägigen Streiks und massenweise Verhandlungen. Die Feuerwehrleute verhandeln. Wir werden sehen, was passiert. Wirtschaftlich ist die Heuchelei klar, wenn für den Krieg Geld da ist, aber für Löhne im öffentlichen Dienst nicht. Die Regierungspropaganda, die uns diesen Krieg verkaufen und mit dem Terrorismus usw. verbinden sollte, hat ganz einfach nicht funktioniert. Die Leute sind offensichtlich nicht ganz so dumm, wie die Regierung erwartet hatte.
Unter uns gibt es Weltuntergangsstimmung, auch von Frustration, dass wir hier (die Klasse und die Bewegung) so unorganisiert sind. Manchmal kommt auch eine optimistische Stimmung darüber auf, dass die Dinge wenigstens laut herausgeschrien werden. Es gibt die vorhersehbaren



Reaktionen wie »Direkte Aktionen«, um Straßen dichtzumachen, was ein Stück weit daran vorbeigeht, dass endlich mal Millionen von Leuten bereit sind, aktiv zu werden. Es gibt die Erwartung, dass, sobald der Krieg erstmal losgeht, einige Leute patriotisch draufkommen werden, und dass ein Großteil der Bewegung sich in den üblichen Bahnen von Gewerkschaft und Establishment bewegen wird. Was mich angeht: Ich sehe unheimlich gerne kleine wilde Plakate und Graffitis – das sind weder wir noch die Trotzkisten, sondern eine anonyme, autonome Stimme, die sich erhebt.

Magdeburg

Auch in Magdeburg gibt es zahlreiche Aktionen gegen den Krieg. Neben den regelmäßigen Mahnwachen und Montags-Kundgebungen gegen den Krieg, mit jeweils ein paar hundert TeilnehmerInnen haben immer wieder kommunale Einrichtungen, aber auch mancher Verein gegen den Krieg mobil gemacht. Die meisten Schulen haben auf Initiative eines Schülerrates weiße Fahnen aus den Fenstern gehängt, im Theater gibt es Sondervorstellungen gegen den Krieg, und die Bäcker verkaufen »friedliche Amerikaner« mit CND-Emblem. Auch der OB will nicht abseits stehen und hängt sich schon mal ein weißes Fähnchen ans Jacket. In der Lokalzeitung wird – im Gegensatz zu den Kriegen mit deutscher Beteiligung – recht ausführlich noch über die kleinste Aktion – auch aus den umliegenden Kleinstädten – berichtet und fast täglich kriegskritische Leserbriefe veröffentlicht.

Inzwischen dürfte auch so manches Überstundenkonto bei der Polizei überlaufen. Und nicht nur wegen der Antikriegsaktionen und den inzwischen schon zum Stadtbild gehörenden Demos von Linken gegen rechte Gewalt und Rechten gegen linke Gewalt. Neu ist, daß auch immer wieder Betroffene gegen die jüngsten Kürzungen der Stadt auf die Straße gehen. Da laufen mal hundert Jugendliche gegen die Schließungen ihres Klubs durch die Stadt, mehrere Tausend Eltern demonstrieren gegen die Kürzungen in der Kinderbetreuung, immer wieder protestieren Schüler gegen die beschlossene »Abwicklung« ihrer Schulen und gerade rief das Kinderfilmstudio zur Demo gegen die geplante Schließung auf. Kürzlich gab es an einem Tag sogar drei Demos und ein Fußballspiel gleichzeitig.

Von einer sich formierenden Bewegung zu sprechen, ist vermutlich noch zu früh. Es ist nicht recht auszumachen, inwieweit die derzeitige Haltung der Regierung zum Krieg die Motivation vieler »Friedensbewegter« befördet hat. Die meisten sind aber wohl eher dadurch motiviert, dass es gegen die Amis geht – kaum jemand demonstriert für Schröder.

Dennoch spürt man insgesamt langsam, dass die aktuell angesagten Kürzungen an die Substanz Vieler gehen und manche eben nicht mehr alles hinnehmen wollen. Von Magdeburg fuhren auch vier Busse von GEW und ÖTV nach Berlin (die sogar in der Lokalpresse angekündigt wurden, ein bisher einmaliger Vorgang), zu 80% PDS und/oder GewerkschafterInnen im reiferen Alter. Dort angekommen, war es schwierig, die eigentliche Demo zu finden, da die Straße alle voller Menschen waren. Die meisten waren überwältigt von der massenhaften Beteiligung, mit der (jedenfalls in diesem Ausmaß) wohl keineR gerechnet hat.

Neben einigen Weitersogerhard-Trans pis und Leuten mit Aufklebern von den Grünen, gab es unzählige selbstgemachte, oft auch phantasievolle Schilder und Transparente ohne Kennzeichen irgendwelcher Organisationen. Die meisten Texte waren wohl eher naiv-pazifistisch Inhalts, manchmal auch mit antisemitischen Untertönen. Es gab hier und da aber auch welche gegen die indirekte Beiteiligung Deutschlands.

In der Demo gab's fast immer schöne laute Musik, die Leute waren fröhlich und es waren häufig – ok, meist ziemlich nervige – Sprechchöre zu hören. Auch die üblichen AktivistInnen hatten die Mobilisierungsfähigkeit der »Massen« wohl eher unterschätzt, die Flugblattverteiler waren ihre Teile so schnell los, daß es Interessierten kaum möglich gewesen sein wird, sich über den Standpunkt Trotzkis zur Kriegsfrage zu informieren. Mal sehen, wie viele der ErstdemonstrantInnen auf den Geschmack gekommen sind... ●

Die USA als Papiertiger

André Gunder Frank

Worauf beruht die weltweite Stellung und Macht der USA? Auf zwei Säulen: dem Dollar und dem Pentagon. Der Dollar ist ein Papiertiger – im Wortsinne, viel mehr als zu der Zeit, als Mao die USA so nannte. Die Stärke und Beweglichkeit des Pentagon beruht auf dem Dollar und stützt ihn umgekehrt auch. Aber diese beiden Türme sind nicht nur das Fundament der USA, sondern auch ihre beiden Achillesfersen. Wie die beiden Türme des World Trade Center in New York kann das gesamte Gebäude der USA an einem einzigen Morgen einstürzen – nicht durch einen Terror-Anschlag, sondern durch das Wirken der weltwirtschaftlichen Finanzmärkte und die schlecht beratene Politik der US-Regierung selbst.

Die neue Weltordnung ...

Die USA besitzen immer noch die größte Ökonomie der Welt, die in den 90er Jahre die meiste Zeit geboomt hat, und eine konkurrenzlose militärische Macht, die größer ist als die der nächsten zwölf oder mehr militärischen Mächte zusammen. Außerdem benutzt die gegenwärtige Bush-Administration in ihrer unilateralen Politik beides, um ihren Willen gegen den Rest der Welt durchzusetzen, gleichermaßen gegen Freund und Feind: Bush hat ihnen allen den Fehdehandschuh des »entweder ihr seid mit uns oder ihr seid gegen uns« hingeworfen. »Mit« heißt, ihr tut, was wir sagen, und »gegen« heißt, wir drohen euch damit, euch, wenn wir wollen, wirtschaftlich und politisch und auch militärisch zu zerstören. Falls an unseren Absichten und Fähigkeiten irgendwelche Zweifel bestehen, sind Russland und Argentinien hervorragende Beispiele an der wirtschaftlichen Front, so wie Irak durch den Boykott und Serbien und Afghanistan an der militärischen Front. Letzteres – aber eigentlich beides – war gemeint, als Präsident Bush der Vater 1991 bei der Bombardierung des Irak *Die neue Weltordnung* ausrief. Ich nannte das den *Dritten Weltkrieg* – in doppeltem Sinne: erstens findet er in der *Dritten Welt* statt, und zweitens bedeutet dieser Krieg gegen die Dritte Welt einen *Dritten* Weltkrieg.

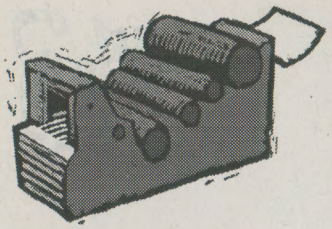
... und ihre Achillesfersen

Wohlstand und soziale Absicherung des amerikanischen Volks beruhen in erster Linie auf der heutigen Weltstellung der USA, so wie bei Britannien im 19. Jahrhundert. Diese Beobachtung widerspricht diametral den von Politik und Medien verbreiteten Mythen über die Gründe der amerikanischen Ausnahmestellung (angeblich seien dies nämlich sein Genius, seine Moral, seine Produktivität und andere Eigenschaften, die Amerika vom Rest der Welt unterschieden). In Wirklichkeit stützt sich Amerika auf zwei – vielleicht drei – Säulen: 1. den *Dollar* als Weltwährung, auf die die USA das Druckmonopolprivileg haben, 2. das *Pentagon* mit seinen konkurrenzlosen militärischen Fähigkeiten. 3. Eine dritte Säule ist vielleicht die von der Regierung, dem Bildungssystem und den Medien verbreitete *Ideologie*, die diese einfachen Tatsachen vor den Augen der Öffentlichkeit verschleiert. Im übrigen stützen diese Säulen sich gegenseitig: Um das Pentagon, seine Stützpunkte in 80 Ländern auf der ganzen Welt und den Einsatz seiner Truppen auf dem ganzen Globus am Laufen zu halten, braucht man Dollars. Die Militärausgaben sind die Hauptursache für die beiden Defizite der USA: im Bundeshaushalt und in der Handelsbilanz. Im Gegenzug trägt die Stärke des Pentagon zur Stärkung des weltweiten Vertrauens in den Dollar bei.

Aber eben diese gegenseitige Abhängigkeit stellt auch zwei miteinander verbundene Achillesfersen der USA dar. Der Dollar ist buchstäblich ein Papiertiger. Er

Der hier übersetzte Artikel ist die erste Hälfte des Papiers »Paper Tiger, Fiery Dragon« http://csf.colorado.edu/agfrank/paper_tiger.html

Auf die Brüchigkeit der US-Ökonomie im Weltsystem hatte Frank schon lange hingewiesen – z.B. in dem Buch: **»Widerstand im Weltsystem«**, das 1990 im Promedia Verlag erschienen ist.



ist nämlich auf Papier gedruckt, dessen Wert einzig darauf beruht, dass er auf der ganzen Welt akzeptiert wird und man auf der ganzen Welt darauf vertraut, dass er akzeptiert wird. Dieses Vertrauen kann schwinden oder dem Dollar von einem Tag auf den anderen völlig entzogen werden, wodurch er die Hälfte oder mehr seines Wertes verlieren könnte. Jeder Wertverlust des Dollars hätte nicht nur einschneidende Folgen für Konsum und Investitionen in den USA und für Dollarvermögen, sondern er würde auch die Fähigkeit der USA beeinträchtigen, ihren militärischen Apparat aufrechtzuerhalten und einzusetzen. Umgekehrt würde auch jedes militärische Desaster das Vertrauen in den Dollar und damit seinen Wert schwächen. Tatsächlich äußerten die versammelten politischen und geschäftlichen Eliten der Welt auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos 2003 ernsthafte Befürchtungen, dass der bloße Einsatz des US-Militärs, z.B. gegen den Irak, zu einer weltweiten Depression führen könnte. Das Time-Magazine berichtet diese Woche von einer umfassenden Studie über die amerikanischen Airlines und kommt zu dem Schluss, dass ein Krieg gegen den Irak die Hälfte von ihnen unmittelbar in die Pleite treiben würde. Wenn das stimmt, was ist dann mit den noch schwächeren nicht-amerikanischen Airlines? Die mit dem amerikanischen Säbelrasseln und Drohen verbundene Unsicherheit untergräbt das Vertrauen in den Dollar und bremst die Investitionstätigkeit. Und keine Ideologie kann diese wirtschaftliche Situation völlig verschleiern.

Dollar-Hegemonie und Deflation

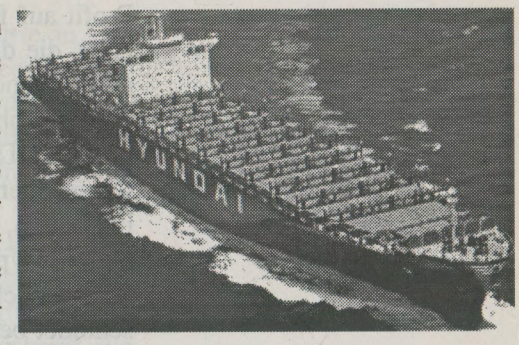
Tatsächlich befindet sich die Welt bereits in einer Depression. Nur sind die USA davon bisher ganz und Kanada und Westeuropa teilweise ausgenommen. Und dies liegt an der privilegierten Stellung besonders der amerikanischen Wirtschaft innerhalb der Weltwirtschaft, was wie gesagt im wesentlichen aus dem Privileg herrührt, die Weltwährung zu drucken, mit der die Amerikaner erst die Produktion der restlichen Welt zu bodenlosen deflationären Preisen aufkaufen können und dann dieselben Dollars aus dem Ausland in Form von Investitionen an der Wall Street oder US-Schatzbriefen zurückbekommen, weil sie dort sicher aufbewahrt sind oder mehr Profit bringen als irgendwo anders.

James Tobin (der Erfinder der Tobin-Steuer auf Finanztransaktionen) und ich waren meines Wissens die einzigen, die schon Mitte der 80er Jahre öffentlich vorhersagten, dass die kommende Gefahr für die Weltwirtschaft in der *De*flation bestehen würde. Die Wirtschaftspolitiker gaben aber nichts auf diese Warnungen und dieses Risiko (genaugenommen kein Risiko, sondern eine notwendige Folge) und betrieben weiter ihre Politik der *In*flationsbekämpfung. Trotzdem sind die Warenpreise seitdem stark und pausenlos gefallen, und in jüngster Zeit fallen auch die Industriepreise. Dazu kommt, dass die hohe Inflation der nationalen Währungen in der übrigen Welt (Peso, Rubel usw.) und deren starke *Abwertung* gegenüber der Weltwährung *Dollar welt*wirtschaftlich gesehen faktisch eine starke Deflation bedeutet, die die Preise dieser Länder senkt und ihre Exporte für diejenigen, die ihre Währungen mit Dollar kaufen, billiger macht. Das betrifft in erster Linie natürlich Konsumenten, Produzenten und Investoren in – und aus (!) – den USA. Es wird kaum erwähnt (!), dass diese den Rest der Welt aufkaufen können und tatsächlich aufkaufen und dafür mit Dollars bezahlen, die nur den Druck und die Distribution »kosten«, also für die Amerikaner praktisch kostenlos sind. (Die 100-Dollar-Note ist das meistbenutzte Bargeld auf der Welt. Damit läuft die gesamte russische Wirtschaft, und es zirkulieren doppelt oder dreimal so viele davon außerhalb der USA wie im Lande.) Es war reiner Zufall, dass die Amtsdauer der Clinton-Regierung von 1992 bis 2000 und ihr »ausgeglichener« Haushalt mit diesem Boom und Wohlergehen der US-Ökonomie zusammenfielen. Die gleichzeitige acht Jahre lange Prosperität der USA fand vollständig auf dem Rücken der schrecklichen Depression, Deflation und dadurch hervorgerufenen merklichen Zunahme der Armut in der übrigen Welt statt. In diesem einen Jahrzehnt ging die Produktion in Russland und Osteuropa

um über die Hälfte zurück, und die Lebenserwartung in Russland nahm um zehn Jahre ab, Kindersterblichkeit, Alkoholismus, Kriminalität und Selbstmord nahmen zu wie noch nie zuvor in Friedenszeiten. Seit 1998 ging das Einkommen in Indonesien um über die Hälfte zurück und führte zu der längst nicht überwundenen politischen Krise. Die in den USA erzeugte Entropie wird also ins Ausland an diejenigen exportiert, die sie in noch größerer *Un*ordnung absorbieren müssen. Es wäre schwierig, bessere Beispiele zu finden – außer der Zerstörung ganzer Gesellschaften in Argentinien, Ruanda, Kongo, Sierra Leone, der bisher reichen und stabilen Elfenbeinküste – ganz zu schweigen von den Ländern, die durch die militärische Macht der USA zerstört wurden.

Kapitalströme in die USA

All dies hat unter anderem folgende Konsequenzen: Die USA können die inländische Inflation, die sonst von diesem hohen Angebot an Währung erzeugt würde, exportieren. Dass die Inflationsrate in den 90er Jahren so niedrig war, war also kein Wunder und hatte nichts mit einer »richtigen« Binnen-Geldpolitik der Fed zu tun. Die USA konnten ihr Handelsbilanz- und Haushaltsdefizit mit billigem Geld und Waren aus dem Ausland decken. Das Handelsbilanzdefizit der USA beläuft sich inzwischen auf ca. 400 Milliarden Dollar im Jahr und steigt weiter. Davon werden 100 Milliarden von Japanern gedeckt, die ihre eigenen Ersparnisse in den USA investieren. Die USA sparen aber nichts. Vielleicht müssen die Japaner dieses Geld bald zurückholen, um ihre eigene Banken- und Wirtschaftskrise zu bewältigen – vor allem, wenn ein amerikanischer Krieg gegen den Irak zu einem auch nur vorübergehenden Anstieg des Ölpreises führt, von dem Japan so abhängig ist. Weitere 100 Milliarden Dollar kommen aus Europa in Form von verschiedenen Arten von Investitionen, darunter realen Direktinvestitionen, die austrocknen könnten, falls die Rezession in Europa weitergeht, die Europäer über die Politik der USA verzweifeln oder aus irgendwelchen anderen Gründen ihre Dollar-Reserven abbauen und in ihre eigene Euro-Währung umschichten. Ein dritter 100-Milliarden-Posten kommt aus China, das erst seine billigen Industrieerzeugnisse für Dollars an die USA verkauft und dann diese Dollars als ausländische Währungsreserven akkumuliert. China ist damit letztlich ein armer Produzent, der seine Waren an die reichen Amerikaner verschenkt. China tut dies, um seine Exporte und damit seine Industrien am Laufen zu halten, aber wenn es sich entschiede, mit diesen Waren seinen inneren Markt stärker auszudehnen, würden Einkommen und Wohlstand seiner Menschen steigen, und die USA säßen auf dem Trockenen. Die letzten 100 Milliarden Dollar des Defizits werden von anderen Kapitalzuflüssen wie dem Schuldendienst der armen Lateinamerikaner und Afrikaner gedeckt, die ihre ursprünglichen Schulden schon mehrmals abgezahlt haben und dennoch durch permanente Umschuldung zu höheren Zinssätzen auf einer immer höheren Gesamtschuldensumme sitzen. Allerdings setzt sich langsam die Idee durch, Zahlungsunfähigkeit nach chapter 9 oder 11 amerikanischen Rechts zu erklären.



Die Deflation/Abwertung woanders auf der Welt zieht also wie ein Magnet spekulatives Finanzkapital – amerikanischer wie ausländischer Besitzer – aus der übrigen Welt in US-Schatzbriefe (mit denen das Haushaltsdefizit der USA gestopft wird) und zur Wall Street. Damit wurde die Hausse an der Wall Street angeheizt und in Gang gehalten, die ihrerseits auf spekulative und illusorische Weise den Reichtum der amerikanischen und ausländischen Anleger vergrößerte und durch diesen ebenfalls illusionären »Reichtumseffekt« auch höheren Konsum und höhere Investitionen förderte. Für die Firmen, die ihre Aktien während der Hausse bei hohen und steigenden Kursen ausgegeben und verkauft haben, lohnt sich aber auch der darauffolgende Kursverfall in der gegenwärtigen Baisse, da sie jetzt ihre eigenen Aktien zu extrem günstigen Kursen zurückkaufen, d.h. einen riesigen

Profit auf Kosten der Kleinaktionäre machen, die diese Aktien jetzt bei niedrigen und fallenden Kursen verkaufen. Über dem »Wohlstand« der USA hängt nun auch das Damoklesschwert einer instabilen riesigen Inlandsverschuldung im Firmen- wie im privaten Bereich (Kreditkarten, Hypotheken usw).

Zusätzlich sind die USA stark überschuldet bei ausländischen Besitzern von US-Schatzbriefen, Aktien und anderen Anlagen an der Wall Street. Diese Schulden könnten von ausländischen Zentralbanken, die Reserven in US-Dollar halten, und anderen ausländischen Gläubigern fällig gestellt werden. Dieselbe Politik der USA, die so viel zur Destabilisierung woanders auf der Welt beigetragen hat (z.B. durch die Destabilisierung Südostasiens, die die Wirtschaft und das Finanzsystem Japans noch zusätzlich untergraben hat), gefährdet jetzt die USA, indem sie die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass besonders japanische und europäische Gläubiger ihre Außenstände in den USA bald zurückfordern müssen, um ihre *eigenen* immer instabileren Wirtschafts- und Finanzsysteme aufzufangen. Die Auslandsverpflichtungen der USA betragen inzwischen zwei Drittel ihres BIP – und können und werden daher niemals abgezahlt werden. Aber jede Stockung bei der permanenten Umwälzung dieser Schulden kann dazu führen, dass die ausländischen Gläubiger versuchen, so viel Geld wie möglich herauszuziehen, – was einen Crash des Dollar zur Folge hätte.

Rüstungskeynesianismus?

Das führt außerdem dazu, dass die US-Wirtschaft (und die Weltwirtschaft!) inzwischen in einer Klemme steckt, aus der sie sich höchstwahrscheinlich *nicht* durch einen Rückgriff auf keynesianische Ankurbelung der Wirtschaft durch staatliche Investitionen oder gar eine ausgewachsene makroökonomische Politik zur Stützung der amerikanischen und westlichen/japanischen Wirtschaft befreien kann, wie es die Carter- und Reagan-Administration getan hatten. Der als Friedman/Volcker'scher Monetarismus und Laffer-Kurven-Angebotsökonomie getarnte Militärkeynesianismus wurde 1977 von Carter begonnen und 1979 einen Gang höher geschaltet. Im Oktober 1979 stellte der von Carter ernannte Fed-Chef Paul Volcker die Geldpolitik der Fed von hoher Geldschöpfung und niedrigen Zinsen auf den Versuch niedriger Geldschöpfung und hoher Zinsen um (bis zu 20 Prozent auf Geld!), um den in den 70er Jahren abgestürzten Dollar zu retten und ausländisches Kapital in die armen USA zu locken. Gleichzeitig begann Carter im Juni 1979 den Militärkeynesianismus, der dann von Präsident Reagan [ab 1981] weiter eskaliert wurde. Damit hatten sie letztlich Erfolg.

Es ist aber äußerst unwahrscheinlich, dass eine derartige Politik heute wieder Erfolg haben könnte. Die USA müssten dann heute für sich und ihre Verbündeten wieder dieselbe reflationäre Politik machen, aber das können sie nicht! Die Fed hat die Zinsen schon so weit gesenkt, dass sie kaum noch weiter heruntergehen kann, und es ist nicht sehr wahrscheinlich, dass sie dadurch Investitionen fördern würde. Andererseits würde eine Erhöhung der Zinsen zur Anlockung von Mitteln aus dem Ausland das Risiko bergen, alle Inlandsinvestitionen und produktives Kapital abzuwürgen. Als Brasilien – mit extravaganten Zinssätzen um die 60 Prozent – versuchte, ausländisches Kapital anzulocken, ruinierte es seine inländische Wirtschaft.

USA: Consumer in last resort

Vielleicht werden (sollten? müssen??) die USA jetzt versuchen, wie in den 80er Jahren sich selbst und ihre Verbündeten (inzwischen minus Japan, aber plus Russland?) mit Ausgaben aus der weltweiten Rezession herauszuholen. Die Rezession ist heute aber viel tiefer, geichzeitig weltweit und droht in eine weltumspannende Depression überzugehen. Die USA müssten wieder eine massive keynesianische reflationäre defizitfinanzierte Ausgabenpolitik (wahrscheinlich Militärausgaben mit dem 11. September als Vorwand) als Lokomotive benutzen, um den Rest der Welt aus seiner ökonomischen Krise herauszuziehen. Die USA sind aber schon für die gesamte Welt der *Konsument in letzter Instanz* [ironische Anspielung auf

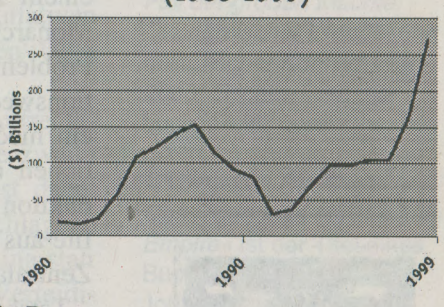
den *lender in last resort*; eine Rolle, die den Zentralbanken oder international lange Zeit den USA zukam], aber nur aufgrund der Ersparnisse, Investitionen und billigen Importe aus dem Ausland, die selbst einen Teil des weltwirtschaftlichen Problems darstellen.

Außerdem könnten die USA zu einer *in*flationären Politk Zuflucht nehmen, um ihre riesigen und immer weiter wachsenden Auslandsschulden loszuwerden. Aber selbst das könnte – anders als in der oben zusammengefassten vorherigen Phase – nicht verhindern, dass das Handelsbilanzdefizit weiter wächst, besonders, wenn die Marktnachfrage weiter sinkt und im Ausland der Druck steigt, in die USA als Nachfrage(r) der letzten Instanz zu exportieren. Diesmal werden aber *keine* Kapitalzuflüsse von außen die US-Wirtschaft retten. Im Gegenteil würde der jetzige Abwertungsdruck auf den US-Dollar gegenüber anderen Währungen eine Kapitalflucht aus den USA auslösen: sowohl aus US-Staatsanleihen als auch aus der Wall Street, wo große Kursverluste zu weiteren Preisverlusten und einer Deflation im Weltmaßstab führen, selbst wenn die USA den Versuch einer Inlandsinflation unternimmt.

Politische Ökonomie des Öls

Der Preis des Öls ist noch ein weiteres Haar in der Suppe, dessen Länge und Bedeutung im umgekehrten Verhältnis zum guten oder schlechten Geschmack der Suppe steht. Und die Suppe schmeckt schon schlecht und immer schlechter. Der Weltpreis des Öls war schon immer ein zweischneidiges Schwert, dessen beide Schneiden sich durch eine erfolgreiche alternative Wirtschafts- und Preispolitik entschärfen ließen. Einerseits sind die erdölproduzierenden Volkswirtschaften und Staaten und ihre Interessen auf einen Mindestpreis angewiesen, damit sie ihr Öl produzieren und verkaufen, statt es unter der Erde zu lassen und Investitionen in die Ölproduktion auf bessere Zeiten zu verschieben. Die USA produzieren ihr Öl zu hohen Kosten. Auch wichtige Staaten wie Russland, Iran und besonders Saudi-Arabien brauchen aus wirtschaftlichen und politischen Gründen einen hohen Ölpreis, genau wie die Ölindustrie in den USA. Andererseits ist ein niedriger Ölpreis gut für erdölimportierende Länder, ihre Konsumenten einschließlich ölverbrauchender Produzenten von anderen Produkten, und macht eine staatliche makroökonomische Politik z.B. in den USA möglich, wo niedrige Ölpreise eine gute Politik darstellen und gut für die Wirtschaft sind. Heutzutage scheint die Linie zwischen hohen und niedrigen Preisen bei etwa 20 US-Dollar pro Barrel zu liegen – zum gegenwärtigen Wertpreis des Dollar! Aber anscheinend ist niemand in der Lage, den Ölpreis auf dieses Niveau hochzuschrauben. Der gegenwärtige Konflikt findet schon lange nicht mehr innerhalb der OPEC statt, sondern vorrangig zwischen der OPEC, die heute nur noch etwa 30 bis 40 Prozent des weltweiten Angebots verkauft, und anderen Produzenten, die 60 Prozent liefern, heute vor allem Russland, aber auch die USA selbst, die gleichzeitig ein wichtiger Produzent als auch als einer der größten Märkte sind, obwohl sich das zunehmend nach Ostasien verlagert. Die Rezession sowohl in den USA wie in Asien und die daraus folgende sinkende Nachfrage nach Öl drückt den Preis nach unten. Die Strategie der USA in den Kriegen gegen Afghanistan und Irak besteht darin, möglichst viel *Kontrolle* über das Öl zu gewinnen und diese in den Regionen Zentralasien, Kaspisches Meer und Persischer Golf möglichst wenig mit Russland zu teilen. Und selbst wenn sich damit nicht der Ölpreis kontrollieren lässt, dient diese Kontrolle als wichtiger geopolitischer Hebel für Manipulationen gegen die vom US-Öl-Import abhängigen Verbündeten in Europa und Japan und letztlich gegen den strategischen Feind der USA in China.

Record U.S. Trade Deficit Growth (1980-1999)



Die USA können den heute und morgen benötigten Mindestpreis des Öls nämlich weder mit keynesianischer reflationärer noch mit inflationärer Ausgabenpolitik weiter stabilisieren. Keine Politk kann langfristig einen Mindestpreis für das Öl garantieren und einen weiteren Preisver-

fall und damit eine deflationäre Sogwirkung auf andere Preise verhindern. Dies könnte nur eine gesteigerte Weltmarktnachfrage aufgrund einer wirtschaftlichen Erholung – und/oder Begrenzungen des Öl-Angebots. Und eine weitere Deflation wird wiederum die Schuldenlast der schon jetzt stark überschuldeten Wirtschaften der USA, Russlands und Ostasiens, ganz zu schweigen von einigen Ländern Europas und der Dritten Welt erhöhen.

Die politische Ökonomie des Öls wird den Deflationsdruck also wahrscheinlich weiter steigen lassen. Das wiederum würde das vom Ölexport abhängige Russland weiter stark schwächen – was ja heute schon der Fall ist. Diesmal aber würde es auch die Ölindustrie in den USA und ihre ausländischen Partner vor allem in Saudi-Arabien und am Persischen Golf schwächen. Tatsächlich hat der niedrige Ölpreis in den 90er Jahren die einst boomende saudische Wirtschaft schon jetzt in die Krise gedrückt. Die daraus resultierenden spürbaren Einkommensverluste und Arbeitslosigkeit in der Mittelschicht haben breite Unzufriedenheit ausgelöst, die noch zu wachsen droht, und das genau zu einem Zeitpunkt, an dem die saudische Monarchie sowieso mit destabilisierenden Problemen durch ihren eigenen Generationswechsel zu tun hat. Außerdem würde ein niedriger Ölpreis auch neue Investitionen unattraktiv machen, neue Ölproduktion verschieben und potentielle Profite aus dem Verlegen neuer Pipelines in Zentralasien zunichte machen.

Tatsächlich gibt es noch einen dringenderen Grund, warum die USA die irakischen Ölreserven kontrollieren müssen. Diese sind nämlich die zweitgrößten und am wenigsten ausgeschöpften in der Region und bieten ein großes Potential, die Ölproduktion zu erhöhen und die Preise zu drücken. Aber das ist nicht alles und noch nicht einmal der Kern der Sache. Viele waren überrascht, als Präsident Bush Iran und Nordkorea in seine »Achse des Bösen« aufnahm, wenn auch vielleicht nicht ganz so überrascht über den Versuch der USA, einen Putsch und Regimewechsel in Venezuela zu betreiben, das etwa 15 Prozent der US-Ölimporte liefert. Viele fragen sich also, was diese Länder miteinander gemeinsam haben. Gut, drei von ihnen haben Öl, Nordkorea aber nicht. Worin liegt also die Bedrohung, die es für Bushs Achse qualifiziert? Sicher sind weder Geographie noch Bündnisse der Grund (Irak und Iran waren Todfeinde, und Nordkorea spielt nicht in der gleichen Liga). Die Antwort ist einfach und erklärt nicht nur dieses Rätsel, sondern auch die ansonsten ziemlich wirr und verwirrend wirkende Außenpolitik der USA: 1. Irak hat im Jahr 2000 den Preis seines Öls von Dollar auf Euro umgestellt. 2. Iran droht damit, dasselbe zu tun. 3. Nordkorea hat seinen gesamten Außenhandel auf Euro umgestellt. 4. Venezuela hat einen Teil seines Öls aus der Preisfestsetzung in Dollar herausgenomomen und tauscht es stattdessen gegen Waren aus anderen Dritte-Welt-Ländern. Außerdem hat ein alter Freund von mir, der Venezolaner Francisco Mires in der OPEC-Zentrale in Wien, vorgeschlagen, die gesamte OPEC sollte ihre Ölpreise von Dollar auf Euro umstellen! Nichts anderes, kein Terrorismus der Welt, könnte eine größere Bedrohung für die USA darstellen; all diese Maßnahmen und jede einzelne von ihnen würde dem Dollar jede Basis entziehen, denn die Ölimporteure würden nicht mehr Dollar, sondern Euro kaufen, um damit ihr Öl zu bezahlen. Dann würden sie wohl auch ihre Reserven aus dem Dollar herausziehen und in den Euro transferieren. Irak hat an der Umstellung schon etwa 15 Prozent verdient, die der Euro gegenüber dem Dollar gestiegen ist. Außerdem würden die arabischen Ölstaaten, die ihr Öl heute für Papierdollars verkaufen, kaum weiter ihr Geld für militärische Hardware aus den USA ausgeben. Genau dieses Horrorszenario soll durch die amerikanische Besetzung des Irak verhindert werden, und der Iran ist als nächstes dran. Seltsamerweise wird dieses »Detail« über den Öl-Dollar bzw. -Euro von der Regierung oder den Medien in den USA nie erwähnt. Kein Wunder, dass die großen europäischen Staaten gegen Bushs Irak-Politik sind. Diese wird nur von Britannien unterstützt, das selbst ein Nordseeölproduzent ist. Wie doch

eine einzige kleine zufällige Information dazu führen kann, dass die anderen Stücke des gesamten Puzzles plötzlich zusammenpassen!

Papiertiger

All diese heute vorhandenen Probleme und Entwicklungen könnten (werden?) der Binnen- und Außen-Wirtschafts- und Geldpolitik der USA den Boden entziehen. Die USA können sich nur noch mit den beiden bekannten Säulen der von Präsident Bush dem Vater nach »Bushs Golfkrieg« gegen den Irak und der Auflösung der Sowjetunion 1991 etablierten *»Neuen Weltordnung«* schützen. Präsident Bush der Sohn versucht jetzt, die neue Weltordnung seines Vaters (der zweifellos immer noch als eigentliche Macht hinter dem Thron steht) zu konsolidieren, vom Krieg gegen Afghanistan bis zur erneuten Drohung gegen den Irak und dem Versuch von Bush und Putin, eine amerikanisch-russische Entente – oder Achse? – zu etablieren.

Die Dollar-Säule bröckelt. Das tat sie schon nach dem Vietnamkrieg, aber drei Jahrzehnte Flickwerk haben sie bisher stabilisiert. Wie wir aber gesehen haben, bleibt den USA kein ökonomisches Mittel mehr, um die Dollar-Säule aufrechtzuerhalten. Man könnte sie zwar kurzfristig durch eine starke Inflation schützen, indem man noch mehr US-Dollars druckt, um die Schulden der USA zu bedienen, aber damit würde man ihre Stärke erst recht untergraben.

Damit bliebe den USA zur Aufrechterhaltung ihrer politischen Ökonomie und Gesellschaft nur die militärische Säule. Aber sich auf diese zu verlassen, birgt selbst wieder Gefahren. Ganz offensichtlich betrifft das Länder wie Irak, Jugoslawien und Afghanistan und natürlich alle anderen, denen damit unmissverständlich klargemacht wird, dass sie in der neuen Weltordnung der USA nach deren Regeln spielen müssen, wenn sie nicht das gleiche Schicksal erleiden wollen. Aber die politische Erpressung, sich zu den Bedingungen der USA an der neuen Weltordnung zu beteiligen, betrifft auch die Verbündeten der USA – vor allem in der NATO – und Japan. Ausgeübt wurde sie im Golfkrieg (die anderen Staaten zahlten die Ausgaben der USA, so dass diese am Krieg einen Nettogewinn machten), im Krieg der USA gegen Jugoslawien, wo die NATO und ihre Mitgliedstaaten zur Teilnahme genötigt wurden, und im Krieg der USA gegen Afghanistan als Teil der Verkündung von Präsident Bushs neuer Politik. Er benutzte die Terminologie des Kalten *Krieges* von John Foster Dulles (»Entweder ihr seid für uns, oder ihr seid gegen uns«). Aber die militärisch-politische Erpressung als einzige Strategie, die den USA noch bleibt, könnte auch zum Bankrott der USA führen, wenn die bröckelnde Dollar-Säule nämlich nicht mehr als Stütze funktioniert. Sie könnte auch zu einer *»Überdehnung«*, wie Paul Kennedy sagen würde, und zu einem *»Blowback«* der USA, wie die CIA und Chalmers Johnson sagen würden, führen.

Zusammengefasst und schlicht gesagt haben die USA nur noch zwei Stützen, die zugegeben zwar von Weltbedeutung sind, aber möglicherweise trotzdem nicht ausreichen. Es handelt sich um den Dollar und um ihre militärpolitischen Druckmittel. Was den Dollar angeht, bricht das Kartenhaus der spekulativen US-Wirtschaft jetzt schon in den USA selbst zusammen.

Jetzt wird zur weltweiten Aufrechterhaltung der neuen Ordnung die zweite Säule benutzt. Am wichtigsten ist dabei heute vielleicht die vorgeschlagene Entente USA/Russland gegen China statt einer (oder zum Zweck einer?) Verteidigung der USA gegen eine Entente Russland/China (und Indien?). Der Krieg der NATO gegen Jugoslawien bewegte sich in Richtung der letzteren, und der Krieg der USA gegen Afghanistan fördert die erstere. Gott/Allah verhüte, dass irgendeine davon oder ihr heiliger Krieg gegen den Islam uns alle in die Luft jagt oder andere dazu provoziert, dies zu tun.

In jedem Fall kann die imperiale politisch-militärische Erpressungsstrategie der USA immer noch auf diese selbst zurückschlagen, was zeigt, dass diese nicht aus Stärke erwächst, sondern aus der Schwäche eines echten Papiertigers. ●

Von Paul Kennedy stammt die These des »imperial overstretch«, der »imperialen Überdehnung«. Alle großen Weltmächte sind bisher daran zugrunde gegangen, dass sie mit zunehmender imperialer Macht, die daraus entstehenden Lasten ökonomisch nicht mehr tragen konnten. Sein Buch erschien 1987 und sah den Niedergang der USA kommen. Angesichts des Booms der 90er Jahre revidierte er seine These ... Auf deutsch:

Paul Kennedy: *Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt 1500-2000*, Fischer-Taschenbuch, 14,90 Euro

»Blowback, The Costs and Consequences of American Empire« ist der Titel eines Buchs von Chalmers Johnson, das in den USA im Jahr 2000 erschien und den 11.9. oder ähnliches voraussah. Er beschreibt detailliert, wie sich die USA mit ihren weltweiten Stützpunkten und ihrem dominierenden Verhalten überall auf der Welt so unbeliebt gemacht haben, das es zu »Rückschlägen« kommen muß. Auf deutsch:

Chalmers Johnson, *Ein Imperium verfällt. Ist die Weltmacht USA am Ende?* Goldmann-TB, 10 Euro

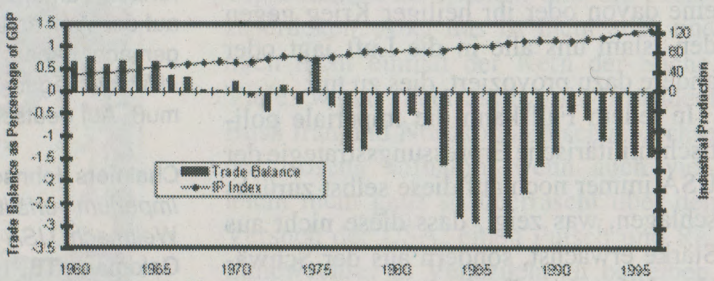
Historische Parallelen?

Deutschlands Drängen zum Krieg in den 30er Jahren und der gegenwärtige Krieg der Cheney-Bush-Regierung

Loren Goldner

In den letzten Wochen wurde des öfteren auf die innenpolitischen und ökonomischen Parallelen zwischen Deutschland 1938 und der USA vor dem zweiten Krieg gegen den Irak verwiesen. Ich denke, innenpolitisch läßt sich trotz der deutlichen Verschärfung der Immigrationsgesetze, der Außerkraftsetzung einiger Verfassungsrechtefür»Terrorismusverdächtige«, dem *Home Security Act* usw. nicht von einer »Faschisierung« sprechen [...] Allerdings sehe ich deutliche Parallellen auf ökonomischer Ebene, speziell die strukturelle Ähnlichkeit zwischen den MEFO-Wechseln Hjalmar Schachts (damaliger Reichswirtschaftsminister) und der Kreditpyramide der US-Ökonomie springen ins Auge. (Mefowechsel waren Wechsel der privaten Metallforschungsgesellschaft [MEFO], die zunächst mit 100.000 Reichsmark kapitalisiert waren und über die zwischen 1933 und 1938 vier Mrd. RM Kredit aus der Luft geschaffen wurden, d.h. in einem Verhältnis von 4000:1. Diese Gelder flossen alle in die Aufrüstung).

Zwischen Deutschland 1938 und den USA 2003 gibt es augenfällige Parallelen. Die wichtigste davon ist der Aufbau einer extremen Kreditpyramide verbunden mit der Rüstungsproduktion und der Notwendigkeit, das beteiligte Kapital zu verwerten, indem der materielle Plünderungszugriff ausgeweitet wird. Trotz großer Repression an der inneren Front (Ashcroft, Propaganda [von] tausenden von Abschiebungen), herrscht in den USA ganz gewiss kein faschistisches politisches Regime. Das gegenwärtige Mobilisierungsniveau gegen den kommenden Krieg mit Massendemonstrationen im Oktober, Dezember und am 15. Februar, mit Stadträten und Gewerkschaften, die Resolutionen gegen den Krieg verabschieden – alles, bevor der Schießkrieg überhaupt beginnt –, ist kaum das, was man unter einem faschistischen Regime erwarten würde, und (auf der jetzigen Stufe) viel weiter als das, was während der Vietnam-Ära geschah.



Source: Council of Economic Advisers, *Economic Report of the President 1997* (Washington: Government Printing Office, 1997), Table B-50, p. 357, Table B-101, p. 414.

Es stimmt, dass die Rüstungsproduktion – vor dem 11. September – weniger wichtig für die US-Wirtschaft war als in den 80er Jahren oder in Deutschland in den 30er Jahren. Aber Bushs Zehnjahresplanungen für die Wiederbewaffnung der USA halten jedem Vergleich mit dem Kalten Krieg stand und drehen diesen Trend um.

Abgesehen davon: Wenn die USA heute nicht imperialistisch sind, mit Truppen und laufenden militärischen Operationen in 100 Ländern, dann was ich nicht, was das Wort bedeutet.

Einige orthodoxe Marxisten wenden ein, dass der Dollar eine Währung wie jede andere (z.B. der Euro oder der Yen) sei und dass Amerikas 2-Billionen-Dollar-Nettoverschuldung und der Status des Dollar als Reservewährung unwichtig seien. Aber wenn man die Frage so angeht, dann behandelt man das Geld letztlich ricardianisch, d.h. als bloßen Schleier über dem »wirklichen« Warentausch. Aber Geld als Kapital im Verwertungsprozess G-W-G' ist nicht bloß

ein Schleier, sondern nimmt über den Geschäftskreislauf zunehmend eine fiktive, neben dem Kapital, das die »wirkliche« Warenproduktion darstellt, ebenfalls Verwertung fordernde Komponente an. Noch einmal: Die USA haben gegenwärtig nach den vorsichtigsten Schätzungen eine Nettoaußenverschuldung von über zwei Billionen Dollar, d.h über 20 Prozent ihres BIP, und sind damit vergleichbar mit einem verschuldeten Dritte-Welt-Land (diese Zahl ergibt sich, wenn man die acht Billionen Dollar Gesamtanlagen der USA im Ausland von den 10 Billionen Dollar abzieht, die Ausländer zur Zeit in den USA investiert haben). Das ist ein weiterer wichtiger Unterschied zum Deutschland der 30er Jahre, da in der damals herrschenden strengen Autarkie nur die schwächsten Länder ihre Handelüberschüsse gegenüber Deutschland in Reichsmark halten mussten und Naturalientausch eine verbreitete Form des internationalen Handels war. Außerdem hatte Deutschland seine internationalen Schulden aus dem Versailler Vertrag und den Kriegsreparationen einseitig gestrichen.

Der Dollar ist seit 1945 die Weltreservewährung Nr. 1. Er fing an als »Papiergold«, das Gläubiger der USA »so gut wie Gold« in Reserve halten konnten; ab 1971 zahlten die USA ihre Gläubiger nicht mehr auf Wunsch in Gold aus, und der Dollar wurde zu »Papierpapier«. Vielleicht werden der Yen und der Euro ihm irgendwann Konkurrenz machen, aber es wird noch lange dauern, bevor Japan oder Europa die USA militärisch oder politisch herausfordern können, und eine Reservewährung ist nicht bloß ein »ökonomisches« Phänomen.

Seit Ende der 50er Jahre gibt es zunehmende Auseinandersetzungen im internationalen Währungs- und Finanzsystem, denn seitdem wächst die Außenschuld der USA und mit ihr das Handels- und Zahlungsbilanzdefizit der USA. Ein Großteil der internationalen Politik der USA läuft darauf hinaus, ausländische Dollarbesitzer dazu zu zwingen, eben das zu bleiben, und zeigt damit, dass Geld eben nicht bloß ein »Schleier« über dem wirklichen Warenaustausch, sondern eine Fiktion ist, hinter der die gesamte imperiale (d.h. auch politische und militärische) Position der USA steht. In die USA bewegen sich wirkliche Waren, und im Ausland werden grüne Papierscheine akkumuliert; dies ist eine weit raffiniertere Form der Ausplünderung des Reichtums der Welt als Deutschlands Sklavenarbeitsprogramme in Osteuropa nach 1938.

Die Politik der USA – besonders seit dem Ende von Bretton Woods (1971-73) – zielt darauf ab, diese Plünderungsfähigkeit zu steigern. Mit Plünderung meine ich nicht mehr (und nicht weniger) als den Zugriff auf Reichtum über den »normalen« Warentausch hinaus.

Durch den unilateralen Bruch von Bretton Woods werteten die USA die Dollarbestände in ausländischem Besitz um 10 oder 20 Prozent ab; der 20-prozentige Fall des Dollar im letzten Jahr hatte ein ähnliches Ergebnis. Sowohl Deflation als auch Inflation bedeuten nicht nur eine Änderung von Preisschildern auf Waren, denn es ändern sich nicht alle Waren gleichermaßen. Eine Deflation bestraft Schuldner (weil sie mehr verdienen müssen, um ihre Schulden zurückzuzahlen) und belohnt Gläubiger (weil ihre Außenstände wertvoller werden); eine Inflation bestraft Gläubiger (weil ihre Darlehen an Wert verlieren) und belohnt Schuldner (weil sie ihre Schulden billiger zurückzahlen können). Hier ist das Geld ganz klar nicht nur ein Schleier; Geldpolitik bedeutet eine Umverteilung von Reichtum. Am Ende der großen Inflation von 1923 in Deutschland war die Industrie ihre Schulden los, und die ArbeiterInnen hatten ihre Kaufkraft durch Arbeitskämpfe wahren können, aber die deutschen Mittelschichten, die den ersten Weltkrieg mit ihren Ersparnissen finanziert hatten und keine echte kollektive Kampfkraft hatten, wurden ruiniert.

Greenspan und die *Federal Reserve Bank* haben fast ihr ganzes Pulver verschossen. Sie haben die Zinsen fast auf Null gesenkt, und die Refinanzierung von Eigenheimhypotheken hat der Mittelschicht mehrere hundert Milliarden Dollar an zusätzlicher Kaufkraft eingebracht. Die zunehmende Verschuldung der US-

Konsumenten ist seit Jahren die »Lokomotive« der Weltwirtschaft. Wenn diese Notmaßnahmen ihren Schwung verlieren, dann lässt sich ein deflationärer Zusammenbruch nur noch durch das Ankurbeln der Notenpresse, d.h. durch die »Bestrafung der Gläubiger«, besonders der ausländischen Gläubiger, verhindern. Die Waren, die von diesen Dollars im ausländischen Besitz repräsentiert werden, werden »gratis« in die USA gekommen sein.

Seit dem Ende von Bretton Woods und besonders seit 1980 besteht die Politik der USA in einer immer größeren Ausweitung ihres Zugriffs zur Plünderung von Reichtümern im Ausland (d.h. wiederum der zusätzlichen Steigerung von »Gratis«-Reichtum durch Währungsschwankungen), durch gewaltsame Öffnung der merkantilen Nationen und Blöcke: Europa, Japan und die Tiger (durch die Asienkrise), Osteuropa, Russland, Lateinamerika. Die IWF/Weltbank-Rezepte für »Freihandel« und »Transparenz« laufen letztlich auf die Abschaffung staatlicher Hürden für die Verwertung des US-Kapitals hinaus. Das Kapital dehnt sich aus, und die Gesellschaft geht zurück.

Deutschland war 1938 eng umzingelt von anderen Imperialismen (vor allem Britannien, Frankreich und den USA), während die USA seit 1971 immer ungehinderten »globalen Zugriff« auf ihre Plünderungsmechanismen genießen. In China und Indien, wo noch große Reichtümer zu holen sind, stellen die dortigen merkantilen Strukturen eine Hürde für das Plündern dar, genau wie die Politik der USA auf der eurasischen Landmasse eben darauf abzielt, die relative Isolation dieser Region zu beenden.

Das ist der Kern der Parallele zu Deutschland 1938, wobei die Veränderung der Größenordnung der weltbeherrschenden Stellung der USA entspricht. ●

Krieg im Focus der Medienberichterstattung

Buchtip: *Mira Beham, Kriegstrommeln*

Die falschen Vorstellungen vom Krieg, die Mensch sich macht, werden nicht nur, aber auch durch die Berichterstattung über Kriege erzeugt: Die Medien bestimmen, was die »ZeitgenossInnen« zu glauben haben ... Die Art und Weise, in der die Medien heute eingesetzt werden, macht diese zum Bestandteil der modernen Kriegsführung!

Immer wieder lassen sich in der Geschichte der Kriegspropaganda Beispiele für die produzierte Lügen finden. Die Erkenntnis, auch die Meinung der nicht kämpfenden Bevölkerung zu beeinflussen, gehört heute nämlich zum kleinen 1 x 1 der »Kriegstrommler«! In der Berichterstattung rund um Krieg und Bürgerkrieg auf dem Balkan lassen sich viele Halbwahrheiten finden: Da wurden Massengräber von 6000 bis 8000 muslimischen Männern auf amerikanischen Satellitenphotos gesichtet, die der Beweis für das »größte Verbrechen nach dem Zweiten Weltkrieg« in Europa waren – verübt von den »faschistischen Serben«. Dass nach dem Fall von Srebrenica diese Massengräber nicht zu finden waren und das Ganze Teil einer Kampagne der USA gegen die Serben war, blieb einer breiten Öffentlichkeit bis heute verborgen ...

Das 1996 erschienene und leider vergriffene Buch »Kriegstrommeln« von Mira Beham bietet interessierten LeserInnen einen guten Einstieg in die beschriebene Thematik. In diesem Buch wird akribisch das Spannungsverhältnis von Krieg und Kriegsberichterstattung seit dem Ersten Weltkrieg bis heute untersucht. Mira Beham zeigt an historischen Fallbeispielen (Krieg in Abessinien, Spanischer Bürgerkrieg) auf, dass im Krieg das Produzieren von systematischen Lügen und Greuelgeschichten Teil der »wissenschaftlichen« Kriegführung ist. Am Beispiel des Vietnamkrieges räumt sie mit dem verbreiteten Mythos auf, die Berichterstattung der Medien hätte hauptsächlich zum Ende dieses Krieges beigetragen ... Sie zeigt auch, dass es hauptsächlich die weltweiten Antikriegsbewegungen, aber auch die Protestbewegungen an der »Heimatfront« in den USA waren, die den Herrschenden den Boden für ihr »Kriegsspiel« entzogen ...

Nachdem man das Buch gelesen hat, kann man die systematische Fehlinformationspolitik von Kriegsparteien ein wenig besser einschätzen und auch viele Kriegsnachrichten erscheinen plötzlich in einem andern Licht. Kurzum: Ein durchaus lesenswertes Buch. ●

Kriege gegen das Erdölproletariat

Im Ergebnis des Irakkriegs von 1991 konnten die USA die andauernde Stationierung ihrer Truppen am Golf durchsetzen. Damit haben sie die Produktion von Erdöl unter quasi militärische Kontrolle gestellt. Sie konnten die Lage kurzfristig stabilisieren, aber um den Preis einer auf mittlere Sicht größeren Instabilität und wachsenden Feindschaft gegen die »Besatzer«.
Am schlimmsten trifft das die Menschen im Irak, die seit 1980 in dauerndem Kriegszustand leben, Die Friedensbewegung von 1991 ist mit ihrer Forderung »Embargo statt Bomben« gnadenlos an der Realität von Embargo ***und*** *Bomben vorbeigegangen. Nach dem Einmarsch der irakischen Truppen in Kuwait 1990 bereiteten die Sanktionen der Vereinten Nationen die militärische Intervention vor, nach »Kriegsende« setzte das Embargo den Krieg gegen die irakische Bevölkerung fort. Wenn die ehemalige UN-Botschafterin Madeleine Albright den Tod von mehr als einer halben Million Kinder aufgrund der Sanktionen als »Preis, der es wert ist gezahlt zu werden« bezeichnete, stellt sich die Frage, wofür dieser Preis bezahlt wird. Dem versucht der folgende Artikel nachzugehen.*

Die Menschen im Irak im Zangengriff von Saddam, UNO und USA

Nach dem Golfkrieg von 1991 saß Saddam Hussein fester im Sattel als zuvor. In den Jahren direkt nach dem Militärschlag der USA sind jährlich ca. 100 000 Menschen im Irak gestorben, bis heute über eine Million: verhungert, Opfer von Cholera- oder Typhusepidemien, an Folgen der verwendeten uranhaltigen Munition gestorben, oder sie sind der staatlichen Repression zum Opfer gefallen. Mit Luftunterstützung der USA und Großbritanniens wird die Bevölkerung seit über zehn Jahren durch einen permanenten inneren Krieg hin- und hergetrieben. Nach groben Schätzungen sind eine Million EinwohnerInnen aus dem Süden in die Ölgebiete des Norden umgesiedelt worden, Kurden aus dem Norden wurden in den Zentralirak gebracht, usw.. Die »Öl-für-Lebensmittel«-Programme der UNO seit Mitte der 90er Jahre führten zu einer weiteren Zurichtung der irakischen Wirtschaft auf den Ölsektor. Der Irak ist mittlerweile wieder einer der größten Ölproduzenten der Welt, während landwirtschaftliche Güter oder Dünger unter das Embargo fallen. Trotzdem kam es in den letzten Jahren immer wieder zu Aufständen, so z.B. im Jahr 2000 in der Gegend um Basra, woraufhin Saddam Hussein die Stadt mit Panzern und Artillerie beschießen ließ.

In der Folge des schnellen militärischen Zusammenbruchs des Iraks kam es zu Aufständen im Nordirak und im Süden des Landes. In der Armee, unter den einfachen Soldaten, die von Anfang an keine Lust gehabt hatten, sich gegen die Übermacht der alliierten Luftwaffe und Bodentruppen zu verteidigen, brach schon bald offene Desertion und Revolte aus. Am 12. Februar hatte das Pentagon erklärt, dass praktisch alle militärischen Einrichtungen zerstört oder unbrauchbar gemacht worden seien. Am nächsten Tag wurde gezielt ein Luftschutzbunker bombardiert, wobei 1500 Menschen ums Leben kamen – es gab keinerlei militärischen Grund für diese Aktion. Die größten Massaker fanden auf den beiden Autostraßen statt, die von Kuweit nach Basra und an der Küste entlang führen. Am 26./27. April zogen sich die irakischen Truppen aus Kuweit zurück. Die Konvois, in denen sich auch zivile, z.B. palästinensische Flüchtlinge befanden, wurden von den alliierten Kampfjets systematisch abgeschlachtet: sie wurden zu-

Der Artikel wurde mit Hilfe folgender Quellen geschrieben:

Mehrere Ausgaben des ***Middle East Report*** (http://www.merip.org/index.html)

Gil Feiler, ***Labour Migration in the Middle East Following the Iraqi Invasion in Kuwait***, 1993 IPCRI London/Jerusalem

Simon Bromley, ***American Hegemony and World Oil***, 1991

Thekla 17 Midnight Oil, Sisina 1993

Hierzu gleich eine Lesetip: In „Migranten im Sturm" hat Feruccio Gambino die Situation der MigratInnen in der Golfregion gründlich recherchiert. Gleichzeitig diskutiert er in diesem Zusammenhang die Bedeutung des Erdöls, der Entwicklung der Erdölproduktion in dieser Region, die „innerkapitalistischen Widersprüche", die Kriege... spannend!
Im dem Buch findet ihr ausserdem die Analysen der *Midnight Notes* aus den USA zum Ölproletariat in der Golfregion, in Nigeria, aber auch zur Situation der amerikanischen Arbeiterklasse Anfang der 90er Jahre.
Insgesamt alles Beiträge, die für ein Verständnis der heutigen Situation vor einem 3.Golfkrieg wichtig sind.

nächst durch Beschuß der ersten und letzten Fahrzeuge lahm gelegt, dann wurden sämtliche Fahrzeuge zerstört und alle Insassen getötet. Es sollen einige zehntausend gewesen sein, die allein an diesen beiden Tagen getötet wurden. Diese Truppen stellten für die Alliierten keinerlei militärische Bedrohung dar, es gab auch keinerlei Widerstand.

Highway of Death: *auf der Straße von Kuwait nach Bagdad wurden tausende fliehende irakische Soldaten ohne Gegenwehr abgeschlachtet.*

Eine Bedrohung waren sie allerdings für das Regime in Bagdad, denn viele dieser Soldaten waren entschlossen, ihre Gewehre nun gegen Saddam zu richten. Als einer der wenigen übriggebliebenen Panzer nach Bagdad zurückkehrte, feuerte er als erstes auf eines der riesigen Saddam-Wandbilder. Vor und während des Kriegs hatten die USA die oppositionellen Kurden und Schiiten ermuntert, den Aufstand gegen das Regime zu wagen. Als dann aber diese Aufstände stattfanden und der Irak auseinanderzubrechen drohte, wurde militärisch alles getan, um das Regime zu retten. Saddams Elitetruppen wurden nicht angegriffen und konnten gegen die Aufständischen eingesetzt werden. Auch in den nun verhängten Flugverbotszonen war es dem irakischen Militär weiterhin erlaubt, Hubschrauber einzusetzen, also die Mittel, die es für die Aufstandsbekämpfung brauchte. Ein neues, von den USA installiertes Regime oder gar eine direkte US-Militärverwaltung hätte als erstes selber die Aufstände niederschlagen und den Irak als Staat, und als dringend benötigtes Gegengewicht gegen den Iran, retten müssen. Das überließ man lieber dem Saddam-Regime, weil dem Krieg sonst noch die letzte Legitimation geraubt worden wäre.

Eine andere Folge des Kriegs reichte weit über den Irak hinaus: in allen erdölproduzierenden Ländern des Nahen Ostens kam es zu einer »Massenentlassung« der in diesen Ländern arbeitenden MigrantInnen. Um die fünf Millionen ArbeiterInnen wurden 1991/92 aus dem Irak, Saudi-Arabien, Kuwait, Jordanien »entlassen«. Die Niedermetzelung der Aufstände und die Massenentlassungen waren keine zufälligen »Kollateralschäden«. Seitdem das Erdöl strategische Bedeutung hat, haben nicht nur die Ölmultis das Problem, wie eine Region »befriedet« werden kann, in der ein paar wenige Monarchen, Feudalcliquen und Ölkonzerne mit der Produktion und Weiterverarbeitung von Erdöl reich werden, während die große Masse der Menschen von diesem Reichtum abgetrennt werden soll – Menschen, die diese Verhältnisse keineswegs stillschweigend hinnehmen! Auf diese Zusammenhänge will ich im folgenden nacheinander eingehen.

Krieg und Migration

Mit dem Ersten und Zweiten Weltkrieg lösten die USA Großbritannien als bisherige kapitalistische Vormacht ab, das gilt selbstverständlich auch für die Golfregion. Mit der Ablösung der Kohle durch das Öl als Energieressource Nr.1 war diese Region seit dem Ersten Weltkrieg zu einer entscheidenden »strategischen Region« geworden – der Erste (»great game«) und der Zweite Weltkrieg drehten sich ganz entscheidend um den Zugriff auf die Ölfelder. Aber auch in der Region selber mußte der Zugriff aufs Öl immer wieder militärisch durchgesetzt werden, was erst in der zweiten Hälfte der 50er Jahre zu einigermaßen stabilen Verhältnissen führte. Zwischen 1951 und 1953 hatte es der Iran unter der Führung von Mossadegh gewagt, seine Erdölindustrie zu nationalisieren; im August 1953 organisierte die CIA unter der Führung von General Norman Schwarzkopf sen. (1991

Thekla 14 Ölwechsel, Sisina, 1991

Auch hier ein Lesetip: Der zweite Golfkrieg war die notwendige Verlängerung der Schuldenkrise in den 80er Jahren. Diese These wird in den Beiträgen der Midnight Notes in diesem Heft erklärt. Ausserdem wird in einem älteren Text der *Autonomie/Neue Folge* die strategische Bedeutung des Energiesektors im Klassenkampf entwickelt. Und ein Text, der etwas ausserhalb der Themen des Heftes steht, aber für die aktuelle Diskussion der Situtionen des Proletariats in Israel/dem palästinensischen Proletariats viel beitragen kann: Der Zionismus, Mißgeburt der Arbeiterbewegung, aus *Le Brice-Glace,* Frühjahr 89.

durfte der Junior ran) den Staatsstreich und brachte den Schah an die Macht. Das bildete den Startschuss für die Aufteilung des iranischen Öls zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten.

Auch die Ausweitung der Erdölförderung in den Golfstaaten Ende der 1940er Jahre fällt mit einem Krieg und einer ersten Welle von Migration zusammen – der Flüchtlingswelle nach dem ersten arabisch-israelischen Krieg von 1948. In Ägypten wurde zwei Tage vor dem Einmarsch in Palästina das Kriegsrecht ausgerufen, nachdem Zehntausende von TextilarbeiterInnen in den Streik getreten waren. Im Irak kam es seit 1946 wiederholt zu Aufständen der städtischen Armen und Streiks vor allem im Ölsektor. Noch im April 1948 streikten mehrere tausend Ölarbeiter, nachdem es kurz zuvor zu mehrtägigen Unruhen in Bagdad gekommen war.

Die amerikanische und britische Ölindustrie litten unter Arbeitskräftemangel – weil die einheimischen Bevölkerungen relativ klein waren oder weil sie sich weigerten, ihre traditionelle Lebensweise aufzugeben. In Bahrain, dem ersten Golfstaat, der 1932 Erdöl förderte, arbeiteten indische ArbeiterInnen. Während des Zweiten Weltkriegs begann die Aramco in Saudi-Arabien Öl zu fördern. Nach einem Streik der indischen Raffineriearbeiter von Ras Tunara wurden zunächst italienische Kriegsgefangene eingesetzt, dann Palästinenser und ArbeiterInnen aus Pakistan. Auch die *Kuwait Oil Company* rekrutierte ihre Arbeitskräfte nach der Flüchtlingswelle von 1948 unter Palästinensern: Die ersten Migranten in die Golfstaaten waren ArbeiterInnen aus dem Iran, dem Irak, Jordanien und Tausende von vertriebenen Palästinensern.

Bis in die 50/60er Jahre galten die arabischen ArbeiterInnen noch als »leichter zu handhaben« als nicht-arabische ArbeiterInnen, obwohl es bereits 1938, 1947, und 1953 in Bahrain und 1945, 1953 und 1956 in Saudi-Arabien Streiks gegeben hatte. Die Antwort war eine erste Umstrukturierung der Erdölproduktion: Steigerung der Produktivität und Entlassungen: *Aramco* in Saudi-Arabien hatte 1954 noch 24 000 Arbeiter, 1969 sollen es 11 000 gewesen sein. 1956 wurde in Saudi-Arabien ein Antistreikerlass verkündet; in Kuwait wurden 1957 zwar Gewerkschaften zugelassen, Ausländer durften aber erst nach fünf Jahren Aufenthalt beitreten. Wenn die staatlichen Behörden bei Migranten ohne Papiere ein Auge zudrückten, dann meist unter der Bedingung, dass sie sich rund um die städtischen Zentren aufhalten und sich von heiklen Gebieten wie den Raffinerien und Baustellen fernhalten sollten. In den 50/60er Jahren gab es beides: die Möglichkeit dauerhaft in einem Land zu bleiben, die Staatsbürgerschaft anzunehmen – was vor allem Palästinenser in den 50er Jahren in Kuwait taten – sowie Repression und Ausweisungen.

»Sozialpakt« in den Golfmonarchien

Seit Ende der 50er Jahre reservieren die Regierungen am Golf den ortsansässigen Männern Arbeitsplätze in der Bürokratie, der Polizei und in der Verwaltung der nationalen Ölfirmen. Frauen werden fast vollständig von entlohnten Arbeitsplätzen ferngehalten. In Saudi-Arabien sollte die massive Verteilung von Vergünstigungen an die einheimische Klasse eine Entwicklung absichern, die für breite Teile der Bevölkerung den Ausschluss vom Ölreichtum bedeutete. Ende der 50er Jahre schienen sich die am Golf operierenden Ölgesellschaften einer »Ölförderung ohne Bevölkerung« angenähert zu haben. Die eigene, noch kleine Bevölkerung wurde aus den Öleinnahmen subventioniert, und die WanderarbeiterInnen konnten mittels einer repressiven Einwanderungspolitik »unsichtbar« gemacht werden. Diese Mischung aus »moderner Einwanderungspolitik« und einer auf hohen Öleinnahmen basierenden Sozialpolitik gewährleistete eine relative Ruhe in den erdölproduzierenden Staaten.

Die Säulen dieser Nachkriegsordnung waren der Iran und Saudi-Arabien, die den Ölpreis in Absprache mit den USA bestimmten. Die USA schickten Waffen und Berater, die Regimes sicherten den

Beide Theklas könnt ihr bestellen:
E-mail an versand@wildcat-www.de oder schriftlich an:
Shiraz e.V. - Postfach 301206 - 50782 Köln

Weitere Artikel zum Zweiten Golfkrieg und zum erdölproduzierenden Proletariat findet ihr unter http://www.wildcat-www.de/dossiers/krieg/war_golf.htm

Zugriff auf das Erdöl und pumpten seit den 60er Jahren »Petrodollars« ins internationale Finanzsystem. Zudem funktionierten diese Regimes als regionale Polizisten, die sowohl radikal nationalistische als auch kommunistische Bestrebungen im Griff behalten konnten. Dazu wurde schon früh der Islam und der Nationalismus benutzt.

Revolution und Krieg in den 70er Jahren

Mit der relativen Ruhe einer »Erdölproduktion ohne Bevölkerung« war es aber schon bald vorbei: seit den 60/70er Jahren wachsen die Bevölkerungen in den erdölproduzierenden Ländern sehr stark. Die Bevölkerung in Nordafrika und dem Naher Osten hat sich seit Mitte der 60er Jahre verdoppelt: In Algerien lebten 1965 zwölf Millionen Menschen, im Jahr 2000 waren es 28 Millionen; im selben Zeitraum stieg die Bevölkerungszahl in Marokko von 13 auf 39 Millionen an; im Irak von 8 auf 22 Millionen, im Iran von 24 auf 70 Millionen, in Ägypten von 31 auf 67 Millionen, in Saudi-Arabien von 5 auf 21 (!!) Millionen. In diesen Zahlen drückt sich nicht nur das Bevölkerungswachstum, sondern auch ein gigantischer Proletarisierungsprozess aus. Die Verlaufsform dieser Proletarisierung ist die Migration: Die Menschen brechen vom Land auf, sei es, weil die Lebensbedingungen sich dort weiter verschlechtert haben, weil Landarbeit immer mehr zu Lohnarbeit wird, sei es, weil sie den Lebensverhältnissen dort entfliehen wollen und die Arbeit in der Fabrik erst mal Hoffnung auf ein besseres Leben macht. In diesen Prozessen von Proletarisierung / Migration haben auch die sozialen Kämpfe stark zugenommen, besonders angesichts der steigenden Profite, die seit den Ölpreissteigerungen von 1973 und 1979 in den ölproduzierenden Staaten gemacht wurden. Der Ölboom von 1973 bis Anfang der 80er Jahre konnte eine Zeitlang verdecken, dass die bisherigen Modelle einer »Entwicklung«, sei es als importsubstituierende Industrialisierung, oder als Industrialisierung, die von einem »starken Sektor«, z.B. der Ölindustrie, »gezogen« wird, gescheitert waren, bzw. für die Menschen in diesen Ländern keine Perspektive mehr zu bieten hatten, als die weitere Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen. Damit gerieten auch die Herrschaftsideologien Panarabismus oder arabischer Sozialismus in die Krise.

Während des Ölbooms der 70er Jahre veränderte sich die Migration: Anfang der 70er Jahre arbeiteten ca. 500 000 MigrantInnen in den Golfstaaten. Der Anwerbestopp in Westeuropa nach 1973 – die ArbeiterInnen aus den arabischen Ländern hatten hier etwa zehn Prozent der Arbeitsmigranten ausgemacht – verstärkte zusätzlich die Migration in die Golfstaaten. 1975 arbeiteten bereits 1,2 Millionen MigrantInnen in den Golfstaaten, zu Beginn der 80er Jahre machten die ausländischen ArbeiterInnen 45 Prozent der Arbeitskraft in Saudi Arabien und bis zu 80 Prozent in den kleineren Golfstaaten aus. Während dieses Ölbooms haben die Herrschenden in den Golfstaaten und die Ölgesellschaften den Weg zur modernen Sklaverei gefunden: kurze Aufenthaltsdauer, öffentliche und private Polizeiagenturen, eine zunehmend repressivere »Einwanderungspolitik«, das Verbot, ohne Erlaubnis den Arbeitsplatz zu wechseln, der Einzug der Pässe durch die Arbeitgeber während des gesamten Aufenthalts.

Die Regierungen in Washington und London hatten die Golfregimes seit langem vor dem »Mangel an Sicherheit« gewarnt, der durch die Anwesenheit einer vielköpfigen arabischen – und insbesondere palästinensischen – Migrationsbevölkerung hervorgerufen werde. In den 70er Jahren hatte die Nationalisierung der großen Ölgesellschaften begonnen. Damit war auch die mittlere Führungsebene ausgetauscht worden, die für die Arbeitsdisziplin direkt verantwortlich ist. Seither war »Personal in Uniform« immer wieder eine Option in den Strategiedebatten um die Stabilität dieser Region, insbesondere nach dem versuchten Staatsstreich zur Errichtung einer islamischen Republik in Mekka Ende 1979.

Die iranische Revolution von 1979 war geopolitisch von strategischer Bedeutung:

Streiks und Proteste um die Erdölproduktion - nicht nur in der Golfregion:

Lagos, Nigeria,
Tuesday, 16.7.02, nach Associated Press
In Kanus und zu Fuß verliesen mehrere hundert Frauen ein Ölterminal von Chevron Texaco, nachdem sie mit einer Besetzung höhere Löhne, Schulen, Krankenhäuser und mehr Jobs für ihre Dörfer gefordert hatten. Zurselben Zeit wurde ebenfalls von Frauen aus Ijaw eine Pumpstation von Chevron besetzt, 1 Woche zuvor hatten Frauen den größten Exportterminal des Unternehmens in Escravos besetzt. Am Donnerstag verliesen die Frauen unter Triumphgesängen die Besetzungen, nachdem das Unternehmen zum wiederholten mal Zugeständnisse machen musste...

eine Revolution in einem »sub-imperialistischen Zentrum«, die das »Ende der Entwicklungsdiktaturen«* anzeigte. Die darüber ausgelöste »zweite Ölkrise« zerstörte alle kapitalistischen Illusionen, die 73er Ölkrise sei »konjunkturell« oder »vorübergehend« gewesen. Die historische Krise des kapitalistischen Weltsystems lag nun offen zutage. Es war aber auch eine Revolution, die eine städtische Dynamik entwickelte – und die durch einen langen Streik der Erdölarbeiter entschieden wurde.

Seither wird diese Region mit Krieg und Militäraktionen überzogen. In der Türkei putschte 1980 das Militär mit Unterstützung der USA, die Sowjetunion marschierte in Afghanistan ein. Die USA ermunterten den Irak, gegen die revolutionäre Drohung des Iran einen Krieg vom Zaun zu brechen (Rumsfeld spielte dabei die wichtigste Rolle!) – und der Westen versorgte beide Seiten gleichermaßen mit Militärgeräten und allen nur denkbaren Massenvernichtungswaffen, um den Krieg am Laufen zu halten. Sorgsam darauf bedacht, dass keine Seite eine militärische Überlegenheit gewinnen könne. Für das noch keineswegs fest im Sattel sitzende islamische Regime im Iran kam dieser Krieg von 1980-1988 wie gerufen, um das rebellische jugendliche Proletariat an die Front und in den Tod schicken zu können: Es wird geschätzt, dass 600 000 Menschen aus dem Iran** und 400 000 aus dem Irak in diesem Krieg ums Leben kamen. In dieser Zeit kamen fast zwei Millionen ArbeiterInnen aus Ägypten in den Irak. Dieser Krieg stabilisierte sowohl das Regime im Irak wie das im Iran, er unterdrückte alle Versuche zur Revolte innerhalb dieser Länder, und er stabilisierte damit die staatliche Ordnung im Nahen Osten.

Neue MigrantInnen

Als Folge des ständig steigenden Arbeitskräftebedarfs nach 1973, der politischen Veränderungen nach der iranischen Revolution von 1979 und der verbreiteten Angst vor einem überwiegend arabischen Proletariat, richteten die Ölgesellschaften und die Herrschenden der Golfregion ihre Blicke nach Ostasien, wo sie ein großes, nur vorübergehend kommendes und noch billigeres Arbeitskräfteangebot erhofften. Mitte der 80er Jahre kamen schon um die 40 Prozent der ArbeitsmigrantInnen im

Nahen Osten aus Ost- oder Südostasien, eine Tendenz, die sich in den 90er Jahren fortsetzte. Ende der 80er Jahre sollen sich schätzungsweise 6,5 Millionen MigrantInnen in der Golfregion aufgehalten haben: zwei Millionen aus den nicht-ölproduzierenden Staaten am Golf (darunter ca. 500 000 Palästinenser) und vier Millionen aus Süd- und Ostasien.

Doch sinkende Ölpreise und der Iran-Irak-Krieg führten zu einer Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Seit Mitte der 80er Jahre sinkt das Pro-Kopf-Einkommen auch in den reichen erdölproduzierenden Golfstaaten.

Trotz dieser rigiden Verhältnisse gab es immer wieder Streiks in der Ölindustrie – z.B. streikten Anfang der 80er Jahre palästinensische Arbeiter in Saudi-Arabien.

Auch die Staaten, die Arbeitskräfte an die Ölstaaten »geliefert« hatten, wurden in den 80er Jahren hart getroffen. Ägypten, Jordanien, Pakistan, Jemen und die von Israel besetzten Gebiete Westjordanland und Gazastreifen waren am schlimmsten betroffen, da die Geldüberweisungen der WanderarbeiterInnen eine Schlüsselrolle in diesen Ländern gespielt hatte. (angesichts eines dritten Golfkriegs ist es nicht anders: z.B. befürchtet die Re-

* Über Entstehung und Krise der »Entwicklungsdiktaturen« siehe den Artikel im Zirkular 65

** Zur Situation im Iran siehe den Artikel in diesem Heft

gierung der Philippinen einen »Kollaps der Wirtschaft« falls die 10 Mrd. Dollar, welche die 1,3 Millionen WanderarbeiterInnen jährlich überweisen, als Folge eines Kriegs am Golf ausfallen sollten.)

Der Verfall der Ölpreise, die folgenden Sparmaßnahmen (IWF-Programme) und das Gemetzel des Iran/Irak-Kriegs hatten viel von der ökonomischen Stärke der ArbeitsmigrantInnen zersetzt. Aber Ende der 80er Jahre kam es zu einer Welle von Protesten, den sogenannten IWF-Riots. Mit den Streiks und Protesten in Algerien, Marokko, Kuweit, Jordanien, Ägypten und dem Libanon zeigte sich Ende der 80er Jahre die »Instabilität« der Gesellschaften am Golf.

Wieder Krieg – der zweite Golfkrieg 1991

Die USA schickten Truppen an den Golf, um diese instabile Situation in den Griff zu bekommen. Es ging um den weiteren gesicherten Zufluss von Öl und Petrodollars zur Finanzierung des immens angewachsenen Haushaltsdefizits in den USA. Russische Ansprüche auf mittelöstliches Öl waren zunächst abgeschmettert; die dauerhafte Präsenz von US-Truppen in dieser strategischen Region war eingeleitet worden. Die 90er Jahre schienen zunächst für die erfolgreiche Umsetzung dieser Kriegsziele zu stehen: Der Zufluss an Öl und Petrodollars finanzierte weiterhin das Haushaltsdefizit der USA – es reichte in den 90er Jahren sogar für die Simulation einer Boomphase (»New Economy«). Der Krieg hatte zu einer Neuzusammensetzung des Erdölproletariats geführt, in den 80er Jahren aufgebaute informelle Netze und Strukturen zersetzt und die Arbeits- und Lebensbedingungen unter militärische Kontrolle genommen. In den 90er Jahren wurden die arabischen ArbeiterInnen weitgehend gegen ArbeiterInnen aus Asien ausgetauscht. Nur in Saudi-Arabien haben teilweise ägyptische ArbeiterInnen die ArbeiterInnen aus Sudan, Jemen und Palästina ersetzt: nach dem Golfkrieg 1991 waren eine Million Jemeniten und praktisch alle PalästinenserInnen nach Jordanien abgeschoben worden, 50 000 in die von Israel besetzten Gebiete. Aus dem Irak wurden etwa zwei Millionen Menschen in ihre Herkunftsländer Ägypten und Sudan abgeschoben; sie kehrten nicht mehr zurück. Aus Kuweit wurden fast 350.000 Palästinenser vertrieben. Die Vertreibung führte zum weiteren Verlust der politischen Bedeutung der palästinensischen Opposition, die im Nahen Osten einst eine besondere Radikalität verkörperte, weil sie von keinem Staat kontrolliert wurde – sie waren das Proletariat ohne Vaterland schlechthin. In den besetzten Gebieten gelang es der PLO nun vor dem Hintergrund des Krieges – sie hatte für Saddam Hussein Partei ergriffen – die Kontrolle über die seit 1988 laufende Intifada zu erringen und den Kurs der Staatsgründung einzuschlagen.

Die Einheimischen sollen endlich arbeiten!

Von Algerien über Saudi-Arabien bis nach Kuwait wird seit den 80er Jahren einerseits über eine steigende Arbeitslosigkeit der »eigenen« Bevölkerung und andererseits die mangelnde Bereitschaft dieser Menschen zu manueller Arbeit beklagt. Im April 1990 hatte der GCC (*Gulf Corporation Council*) die Reduzierung der ausländischen ArbeiterInnen und »Arbeit für die einheimische Bevölkerung« zum dringlichsten Ziel der kommenden zehn Jahre erklärt, um die Arbeitslosigkeit der jungen Bevölkerung zu reduzieren. Mit Gesetzen sollen die Jugendlichen gezwungen werden, nicht nur im öffentlichen Dienst Arbeit zu suchen, oder Arbeitsstellen nicht nach wenigen Wochen wieder zu verlassen. Trotz dieser verschiedenen Initiativen ist es bislang nicht gelungen, die Anzahl der Wanderarbeiter in den Golfstaaten zu reduzieren. 1997 machten in Kuwait MigrantInnen fast 90 Prozent der Arbeit in der privaten Industrie und fast 50 Prozent im öffentlichen Sektor, in Katar stellten sie 83 Prozent der Arbeitskraft, in den Vereinigten Arabischen Emiraten 90 Prozent, in Saudi-Arabien 60 Prozent und in Bahrain und Oman um die 65 Prozent. Unter dem

Indonesien

Pekanbaru: 300 bis 500 Arbeiter von der PT Supraco und der PT GSA (3412), Wartungsfirmen bei der PT Caltex Pasific Indonesia demonstrieren und übernachten im Gebäude des Reigonalparlaments. Sie protestieren gegen einen neuen Vertrag, den sie als Versuch verstehen, sie zu betrügen. Der Vertrag beinhaltet die Neubesch&tigung für weitere 8 Monate. Das wrde sie um ihre Rechte als langjährige Beschätigte bringen. So fordern sie, daß sie entweder gleich rausgeschmissen werden (und dann ein Anrecht auf Abfindung haben), oder bedingungslos weiterbeschätigt werden.
Quelle: Media Indonesia, Analisa, 26.12.02

Der größte Öl- und Gasförderer in Indonesien PT Caltex Pacific Indonesia befürchtet einen Rückgang der Födermengen wegen "Kriminalität und Problemen in den Arbeitsbeziehungen". Einer der Angestellten wurde im letzten Monat ermordet und einige Föderanlagen kamen wegen eines Streiks beii einem Vertragsunternehmen zum Stillstand. Caltex gehört Chevron Texaco.
Quelle: Yahoo! Finance Singapore, 14.5.02

Schlagwort *Omanization, Saudization* oder sonst einer *-ization* wird überall die Reduzierung der Zahl der fremden Arbeiter durch Repression und eine »aktive Arbeitsmarktpolitik« gegenüber den eigenen Staatsbürgern propagiert. Neue Arbeitsplätze sollen durch Privatisierung von Staatsbetrieben und Anreize für ausländische Investoren geschaffen werden. Das wiederum sorgt für Unruhe, die sich politisch oft gegen den »Ausverkauf« des Landes an »fremdes« Kapital richtet.

Im Gegensatz zu den eher reichen, Arbeitskräfte »importierenden« Staaten sind Ägypten, Jemen, Jordanien und Sudan auf den »Export« von Arbeitskräften angewiesen. Jemen und Sudan sind seit der erzwungenen Rückkehr der Arbeitsemigranten Anfang der 90er Jahre im Bürgerkrieg mehr oder weniger auseinander gebrochen. Gegen diese Länder richtet sich unter anderem die aktuelle Kriegsdrohung der USA. Die dortigen islamistischen Regimes nehmen von den USA Militärhilfe zur Unterdrückung der noch »radikaleren« Islamisten an.

In Jordanien gibt es seit den 90er Jahren immer wieder Proteste und Riots. Ägypten kann die »fundamentalistische Gefahr« und soziale Unruhen nur durch massive Militärgewalt unter Kontrolle halten; seit über 20 Jahren, seit der Ermordung Präsident Sadats, kann dort nur mittels Ausnahmezustand regiert werden. Welche Gefahr die Unruhen unter ägyptischen Arbeitern in Kuweit auch für das ägyptische Regime darstellen, zeigte sich Ende 1999, als sich mehrere Tausend von ihnen Straßenschlachten mit der kuweitischen Polizei lieferten. Daraufhin kam es zu »ernsten Verstimmungen« zwischen den Regierungen über die Frage der Behandlung der »Gastarbeiter«.

Resümee: Das Proletariat in der Golfregion im Fadenkreuz der kapitalistischen Krise

Im Zentrum steht aber die Situation in den beiden ehemaligen Säulen der US-Hegemonie am Golf: Saudi-Arabien und Iran. Das militärische Eingreifen der USA gilt auch – bzw. vor allem! – diesen beiden Ländern. Saudi-Arabien kann immer weniger den *swing producer* in Absprachen mit den USA zu spielen, weil es Geld braucht und die innere Stabilität in Frage steht. Und die soziale Situation im Iran ist stark in Bewegung. In den 90er Jahren sind wiederholte Versuche gescheitert, die Arbeitsbedingungen in den staatlichen Großbetrieben anzugreifen, zuletzt im Jahr 2000 wieder mal an einem Streik der Erdölarbeiter. Gleichzeitig gibt es immer wieder Proteste der städtischen Armen und der Arbeitslosen gegen die Verschlechterungen ihrer Lebensbedingungen durch die Reformen der islamistischen Regierung. Das reicht von Straßenprotesten, über Besetzungen bis zum Anzapfen von Strom- oder Gasleitungen.

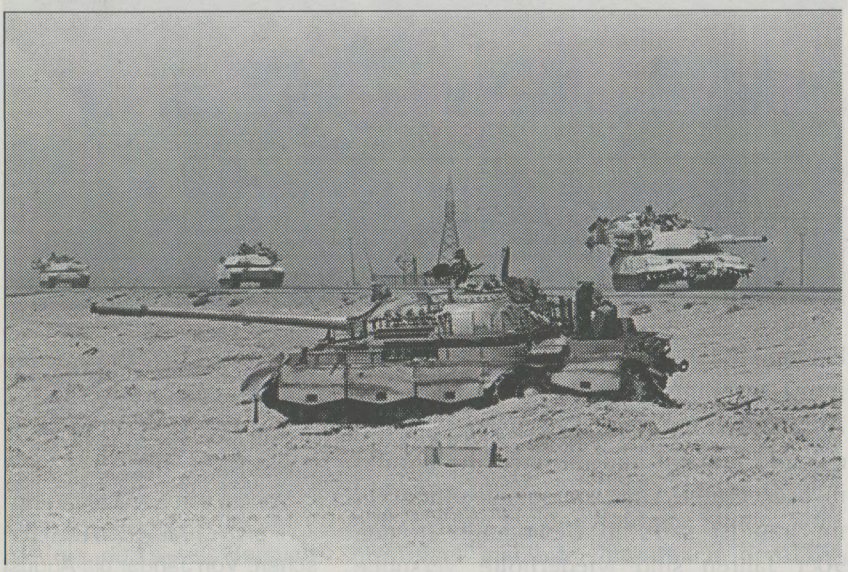
Die Menschen in der Region wissen, dass der Krieg ihnen gilt. Eine Meinungsumfrage der NGO *International Crisis Group* (www.crisisweb.org) unter Irakis kam zu dem Ergebnis, dass es beim sogenannten Regimewechsel um die Kontrolle des Öls geht. Bush hat in seinen letzten Verlautbarungen die verlogene Rhetorik von »Demokratie und Menschenrechten« aufgelegt und vom Ölreichtum gesprochen, der den Menschen in dieser Region zugute kommen soll. Gleichzeitig sind Planungen bekannt geworden, denen zufolge die Strukturen der Baathpartei erhalten werden sollen, um die Kontrolle über die Bevölkerung zu gewährleisten und keine Aufstandsbewegung wie 1991

Die Abfackelung der fünf Ölquellen durch empörte Bauern am Montag hat der Ölfirma Caltex Pacific Indonesia einen Verlust von 5 Milliarden Rupiah (1 Millionen DM) beschert. Von Januar bis August ist Caltex von 55 Demonstrationen, 12 Blockaden und 37 Streiks (in Subunternehmen) heimgesucht worden. Bis zu 7,5 Millionen Barrel konnten deshalb nicht gefödert werden.
Quelle: Tempo News, 19.11.00

Kolumbien
US-Streitkräfte schützen Pipeline

(Bogota, 15. Januar 2003, nach poonal). Diesen Monat werden etwa hundert Soldaten us-amerikanischer Spezialkräfte in Kolumbien eintreffen, um die kolumbianische Armee in Aufstandsbekämpfung zu trainieren. Die US-Soldatengehören zu einem Programm für Terrorismusbekämpfung für das 94 Millionen Dollar veranschlagt sind, dessen Ziel ist in Kolumbien, eine Pipeline der kalifornischen Firma Occidental Petroleum zu schützen.

Seit der iranischen Revolution von 1979 kann in dieser Region Herrschaft nur mittels Krieg aufrecht erhalten werden.



In *Warum diese Verzweiflung* von George Caffentzis in Wildcat-Zirkular 65 wird hierzu folgende These entwickelt: Die Anschläge auf das WTC vom 11.9.2001 entschlüsseln sich aus der Entscheidung der saudischen Führung die Ölindustrie zu „globalisieren" und aus der Verzweiflung in Teilen der islamistischen Bourgeoisie, die ihre Chancen zur Machtübernahme schwinden sieht.

zu riskieren. In derselben Rede versprach Bush den Menschen in der Region einen wirtschaftlichen Aufbau wie in Europa und Japan nach dem Zweiten Weltkrieg. Hier gibt es aber einen entscheidenden Unterschied: nach dem Zweiten Weltkrieg konnten die USA tatsächlich eine Zeitlang Motor des sog. »Goldenen Zeitalters« sein (dass auch dies eine Zeit von Kriegen und Massakern und einem mörderischen kapitalistischen »Frieden« war, steht auf einem anderen Blatt), die USA waren damals Kapitalexporteur, während sie seit Mitte der 80er Jahre zum größten Schuldnerland, zum Kapitalimporteur geworden sind.

Und es ist gerade diese Verschärfung der kapitalistischen Krise (Explosion der Auslandsverschuldung der USA, Zusammenbruch der *New Economy* usw.), die die Bush- Regierung zum Krieg treibt. Der Drang zum Krieg resultiert aus einer Situation der Schwäche. Die Situation in den Golfstaaten ist unstabiler und explosiver als vor dem 2. Golfkrieg. Die Abhängigkeit von *foreign labour* ist Ende der 90er Jahre fast wieder auf dem Niveau von vor dem 2. Golfkrieg angekommen. Die Pläne einer öl-finanzierten Industrialisierung sind gescheitert. Zu einem guten Teil an dem Problem, dass sie über Jahrzehnte gezwungen waren, ihre politische Legitimation durch weitreichende Zugeständnisse an ihre Staatsbürger zu erkaufen – das Ansteigen der jungen Bevölkerung verschärft diese Situation Die Ölstaaten bleiben »Rentierstaaten«. Saudi-Arabien ist inzwischen hochverschuldet; eine Eindämmung des Klassenkampfs wie z.B. in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg ist nicht in Sicht. Daran scheitert auch die »Nationalisierung« der Arbeitskraft.

Aufgrund des Öls ist das gesamte Proletariat in dieser Region in ein besonderes Verhältnis als Klasse zum Kapital gesetzt – und damit hatte es immer zu kämpfen; es hat eine enorme strategische Macht, die es auch immer wieder einsetzt, und ist daher gleichzeitig dem gesamten Druck des Kapitals ausgesetzt, was sich als »Geostrategie« – von den Bomben der britischen RAF gegen den Aufstand im Irak von 1920 bis zu den heutigen Invasionen der USA – ausdrückt. ArbeiterInnen, die direkt in der Ölproduktion arbeiten, ArbeiterInnen, die in Bereichen tätig sind, die sich mit dem Aufschwung der Erdölproduktion entwickelt haben (Bausektor, Transport, Dienstleistungen), das Proletariat in und aus den »arbeitskraftexportierenden« Ländern: Die »Ölförderung ohne Bevölkerung« hat sich als Illusion erwiesen. Seit der iranischen Revolution von 1979 kann in dieser Region Herrschaft nur mittels Krieg aufrecht erhalten werden.

Die gewaltsame Neuzusammensetzung des Proletariats nach dem 2. Golfkrieg hat viel an Strukturen und informellen Netzen zerstört. Es ist noch schwieriger geworden, Informationen zu kriegen oder direkte Verbindungen aufzubauen. Diese Lücke wird auch in der Linken oft mit dem Hinweis auf den fundamentalistischen Islamismus »geschlossen«. Mit der Niederschlagung der Revolten Ende der 70er Jahre konnten islamistische Gruppierungen Fuß fassen, eine Situation ausnutzen, in denen die Herrschenden immer weniger zu bieten haben. Das ist nichts Neues. Wo die Proletarisierung scheitert, verdingen sich die Leute entweder in Warlord-Gruppierungen wie den Taliban (also in Söldnertrupps mit einer dünnen religiösen Lackierung) oder sie wenden sich »himmlischen Versprechungen« zu. Der Islamismus kann in der historischen Analogie als »faschistisch« bezeichnet werden: Er bekämpft eine

kommunistische Lösung, er will »die Massen« für sich gewinnen und benutzt dabei soziale Demagogie. Er baut eine Wohlfahrt auf, die eine Mischung aus Versorgung und Terror gegen Unangepasste bereithält. Diese Linie war in der iranischen Revolution letztlich siegreich, aber seither hat sich das Blatt gewendet, nicht nur im Iran! Der Islamismus – der u.a. von den USA und Israel bereits seit den 50er Jahren immer wieder gegen sozialrevolutionäre Entwicklungen aufgepäppelt und eingesetzt wurde, hat seinen Zenit überschritten. Während der ersten Intifada griffen die Jugendlichen und Frauen auch islamistische Gruppen an, die sich als Alternativeliten anboten. In Indonesien, dem Land mit der größten muslimischen Bevölkerung, geraten neu entstandene ArbeiterInnenorganisationen in Auseinandersetzungen mit islamistischen Gruppen. Die große Mehrheit der Jugendlichen im Iran ist mit dem Islam fertig.

Wir sollten versuchen, mehr Informationen über die Kämpfe und Proteste der ArbeiterInnen in dieser Region zu kriegen und direkte Kontakte aufzubauen, anstatt aus Unwissen an dem Bild vom »Krieg gegen den Terror« mitzumalen. Dieser ist nämlich kein Krieg gegen den religiösen Fundamentalismus, sondern die Kriegserklärung an die ganze Welt, die aus kapitalistischer Sicht aus den Fugen geraten ist. Die Proleten in der Golfregion haben das ein ganzes Stück besser verstanden als »wir hier« – aber die großen Demos gegen den Krieg sind immerhin ein Anfang! ●

Krieg und Arbeiter im Iran

Öl und Arbeitskraft

Öl spielt im Iran seit etwa hundert Jahren eine Rolle. Schon 1901 erhielt der Engländer d'Arcy eine Erdölkonzession, die für 60 Jahre ein Monopol festschrieb. 1908 wurde zum ersten Mal Öl produziert, seit 1912 exportiert. 1909 wurde die *Anglo Persian Oil Company* gegründet, die spätere *Anglo-Iranian Oil Company* und noch spätere *British Petroleum* (BP). Die Ölraffinerie von Abadan wurde etwa zu Beginn des Ersten Weltkriegs in Betrieb genommen, der jährliche Ausstoß betrug 120 000 Tonnen (etwa 840 000 Barrel). Die *Anglo Persian Oil Company* förderte 1930 ca. 5,9 Mio. Tonnen Öl und beschäftigte 21 000 Arbeiter und Angestellte, 5 Mio. Tonnen wurden in der Raffinerie Abadan weiterverarbeitet. Bis heute ist die Ölfördermenge auf mehr als das 35-fache gestiegen (1533 Mio. Barrel im Jahre 1380 – 2001/2002 – davon wurden ca. 490 Mio. Barrel in mittlerweile neun Raffinerien verarbeitet, während die Größe der Ölfelder nur wenig ausgeweitet wurde. Die Zusammensetzung der Arbeiter hat sich stark verändert; damals waren es ausländische, besonders britische, Facharbeiter sowie aus den iranischen Dörfern und Städten geholte Arbeitskräfte, heute sind es inländische, einigermaßen privilegierte Arbeiter aus der Stadt. Deren Zahl hat sich aber kaum erhöht. 1976 arbeiteten im Förderbereich 5 000 und im gesamten Ölsektor ca. 40 000 Arbeiter.

Im Kriegsjahr 1983 betrug die Zahl aller Beschäftigten im Öl- und Gas-Sektor 82 500. Es wurden 988 Mio. Barrel Rohöl gefördert, davon wurden 227 Mio. in mittlerweile sieben Raffinerien verarbeitet. Die Zahl der Beschäftigten nur in den 986 staatlichen Großbetrieben (ca. 13,8 Prozent der Großbetriebe des Landes) betrug 385 000.

Öl und Staat

Die d'Arcy Konzession wurde 1933 unter Reza Schah mit einigen Änderungen bis 1993 verlängert. Nach der

Dieses und die folgenden Bilder zeigen afghanische Flüchtlinge, die im Iran im Bausektor arbeiten.

Photo Collection: Afghan Migrant Labourers in Iran
http://www.iisg.nl/collections/afghmigr.html

Abdankung von Reza Schah 1941 und gegen das Verlangen der USA und der UdSSR, die auch Erdölkonzessionen erhalten wollten, wurde der Kampf um die Annullierung der Konzession von 1933 und um die Verstaatlichung der *Anglo Iranian Oil Company* zum einigenden Moment der nationalen Volksbewegung. Die von Mossadegh gebildete *Nationale Front* brachte 1951 den Entwurf eines Verstaatlichungsgesetzes im Parlament ein. Nach einem über einen Monat dauernden Streik und Demonstrationen der Ölarbeiter, bei dem viele Arbeiter getötet und verwundet wurden und der zum Generalstreik ausgeweitet wurde, wählte das Parlament Mossadegh zum Premierminister und billigte das Verstaatlichungsgesetz. 1953 kam es zum gewaltsamen Sturz der Regierung durch einen von der CIA geplanten Putsch, der den Sohn von Reza Schah an die Macht brachte. Ein von US-Monopolen kontrolliertes Erdöl-Konsortium übernahm de facto die Rolle der *Anglo Iranian Oil Company*. Ein Vernichtungsfeldzug gegen kämpfende Arbeiter, Linke und bürgerliche Demokraten überzog das gesamte Land.

Die »Weiße Revolution« des Schah

1961 befanden sich 85% der bebaubaren Böden in der Hand von Großgrundbesitzern, Staat und Stiftungen. Die Entwicklungsdiktatur des Schahs sollte im Iran die in der Kennedy-Ära forcierte Strategie der »Agrarreform« umsetzen, eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse als Vorausetzung einer Industrialisierung und »Entwicklung«. Die Entwicklung kapitalistischer Verhältnisse führte gleichzeitig zu einer Schwächung der Landwirtschaft und zur Zunahmevon Nahrungsmittelnimporten; dies wiederum bedeutete eine zunehmende Abhängigkeit von den Erdöleinkommen. Die Hälfte der Landbevölkerung (47,5%) erhielt kein Land, und die freigesetzte Arbeitskraft sammelte sich in Slums, von denen 1977 die ersten Aufstände ausgingen.

Trotz ihrer geringen Anzahl (1987 sind von den 50 Mio. Einwohnern 11 Mio. beschäftigt, davon 5,3 Mio. als Lohnabhängige) sind die Ölarbeiter ein wichtiger Machtfaktor im Land. Der zweimonatige Streik der Ölarbeiter 1979, der schließlich zum Stopp des Ölexports führte, hat damals der Stagnation der Demonstrationen und dem Schah-Regime selbst ein Ende gesetzt. Die Arbeiter hatten in fast allen großen Fabriken die Streikkomitees in Arbeiterräte verwandelt und u.a. die 40-Stundenwoche und Arbeiterkontrolle durchgesetzt. Durch die (nicht unerwartete) Machtübernahme der islamischen Konterrevolution brach ein offener Kampf zwischen den Arbeitern und dem neuen Regime aus.

Die Propaganda gegen die äußeren Feinde und der Ausbruch des Krieges mit dem Irak (von Khomeini als eine »Gottesgabe« bejubelt) hatten die Konterrevolution so gestärkt, daß die Reste der Arbeiterräte (und die 40-Stundenwoche usw.) vernichtet und viele Arbeiter verhaftet und hingerichtet wurden. In den acht Jahren Krieg funktionierte ein politisches und wirtschaftliches Bündnis zwischen drei Fraktionen der Herrschenden - Rentier-Staat-Kapitalisten, Bazaris (Handelskapitalisten) und industrielle Bourgeoisie – recht effektiv (mit geringer Arbeitslosigkeit, aber maßlosem Gelddrucken und damit galoppierender Inflation, unterschiedlichen Wechselkursen und protektionistischen Maßnahmen zugunsten der Inlandsproduktion usw.), bis die Verweigerung der Unterdrückten, an die Front zu ziehen, die Weiterführung des Kriegs unmöglich machte.

Der Wiederaufbau und die Politik der wirtschaftlichen Entwicklung Rafsandjanis zerbrach dieses Bündnis, und mit der Schocktherapie seitens der Weltbank und den Struktur-Anpassungs-Programmen wurden die *riots* in den Städten und

Arbeitervierteln unkontrollierbar. Das Regime setzte gegen einen *riot* in Islamshahr, einem Arbeiterviertel in Teheran mit 80% Arbeiterfamilien, sogar Hubschrauber ein und ließ die Menschen niederschießen. Am 17. Februar 1997 organisierten die Ölarbeiter zum ersten Mal nach 15 Jahren eine illegale Demonstration in Teheran vor dem Ölministerium. Diese bis dahin für das Regime nicht vorstellbare Demonstration (der Macht) wurde niedergeschlagen und alle 2000 Arbeiter, die sich bis zum Ministerium durchgeschlagen hatten, wurden verhaftet und ins Evin-Gefängnis gebracht.

Mit der Wahl von Khatami am 23. Mai 1997 versuchte das Regime, mittels »politischer Entwicklung« mehr bürgerliche Schichten an sich zu binden und mehr Spielraum für sein Vorgehen gegen die Arbeiterklasse zu schaffen. Das von ihnen selbst eingeführte islamische Arbeitsrecht (Arbeitsgesetz) wurde für immer breitere Teile der Arbeiterklasse außer Kraft gesetzt. Die darin enthaltene Rechte gelten nicht mehr für die ca. 1,5 Mio. Arbeiter in Betrieben mit weniger als fünf Beschäftigten, nicht für Beschäftigte in der Teppichindustrie usw.. Jetzt wird über die Änderung des Arbeitsgesetzes selbst gestritten. Die Privatisierung stieß auf den Protest der Arbeiter, so verhinderte z.B. der Streik der Arbeiter der Nationalen Ölförderungsgesellschaft (die mit 6000 Beschäftigten den gesamten Förderbereich abdeckt) im Oktober 2000 die vom Öl-Ministerium geplante Privatisierung dieser Gesellschaft im Einvernehmen mit den Konzernen Total und Shell.

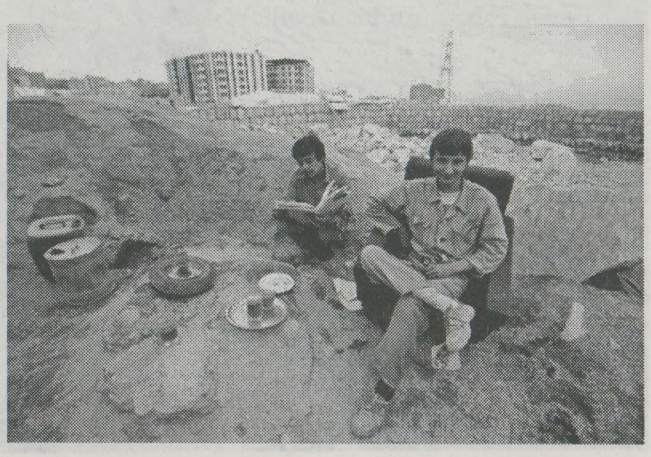
Zur Lage der Arbeiterklasse im Iran zwei Beispiele

Die Textilindustrie ist bankrott, und Lohnrückstände von sechs Monaten bis eineinhalb Jahren sind der Regelfall. Die Forderungen von 90% der Protestaktionen, von Unterschriftenaktionen und Straßenbesetzungen bis zu wilden Streiks sind reguläre Lohnzahlung, die Zahlung der offenen Löhne und das Ende der Massenentlassungen. Und jedes Jahr kommen 700 000 neue Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt, von denen nur 200 000 einen Arbeitsplatz finden. Die Massenarbeitslosigkeit und Armut unter den Frauen ist hoch, so daß die Zahl der Prostituierten im Iran, besonders unter den Jugendlichen, in unbekanntem Maße gestiegen ist. Wenn man den Schätzungen Glauben schenkt (New York Times von 28. August 2002), gehen 300 000 Frauen in Teheran der Prostitution nach; bei zwölf Mio. Einwohnern Teherans und drei Mio. Frauen über 15 Jahren sind dies zehn Prozent der Frauen in Teheran. Nach jahrelanger staatlicher Repression (bis zum Mord an diesen Frauen durch offiziell nichtstaatliche Gruppierungen; allein in Meshed gab es in einem Jahr 16 Entführungen und Ermordungen) gegen diese Erscheinung wird jetzt gegen den Willen der Konservativen über ein Projekt diskutiert, die Prostitution unter staatliche Kontrolle zu bringen und so die nicht-islamische (bzw. nicht islamisch gemeldete) Prostitution und dadurch »die Verbreitung von Aids und anderen Krankheiten, Verelendung der Kinder und soziale Proteste« einzudämmen. Mit der Anmeldung der vorläufigen Heirat (Mat'eh) und der Dauer der Ehe (wie viele Stunden) zwischen Prostituierter und Freier bei den staatlichen Efaf-Häusern sollen die beiden »Antragsteller« bestimmten Hotels zugewiesen werden. (Teherans Hamshsahri Zeitung, 28. Juli 2002). Die dafür erhobenen Gebühren wären für den Staat ein lukratives Geschäft; außerdem könnte diese Arbeit so

kapitalisiert und für Hoteliers profitabel werden.

Die Arbeiterkämpfe sind seit einigen Jahren so stark, dass selbst die regimetreue *Islamische Arbeiter Partei* und

Haus der Arbeiter Streikrecht, sowie Koalionsrecht für die Arbeiter fordern, da »sonst die illegale Streiks, Demos und Straßenblokade das Land im Chaos versenken« würden. Hier bietet ILO ihre Hilfe an und sucht wie das Regime selbst den Dialog mit oppositionellen (Arbeitern) im In- und Außland. Nach Einreise der ILO Gesandten nach Iran am 27. September 2002 wurde neulich von Arbeiteraktivitivisten im Ausland ein Aufruf an die ILO und den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften verfaßt, mit der Forderung, die Islamische Republik unter Druck zu setzen und u.a. eine »direkte Kontrolle des IBFG über Kämfe für die Entstehung unabhängiger Arbeiterorganisationen« im Iran zu erreichen. Dieser



Aufruf wurde von vielen Arbeiteraktivitivisten und Oppositionellen im Exil unterschrieben. Diese Aktionen zum Aufbau von Gewerkschaften im Iran mit Hilfe der ILO und IBFG ist in vollen Gange und wird auch durch den anscheinend aussichtlosen Kampf der Arbeiter in manchen Betrieben und ihre verzweifelten Briefe an die ILO forciert.

Haltung zum Krieg

Wie beim Afghanistan-Krieg bemühen sich die Machthaber im Iran erstens – trotz aller Propaganda – im Falle eines Krieges um Kooperation mit den USA, und zweitens darüber hinaus um Einfluß bei der Besetzung der neuen irakischen Regierung. Der iranische Verteidigungsminister sagte, daß der Iran sich nicht am Krieg gegen den Irak beteiligen werde, aber US-Flugzeuge nicht als Feind betrachten würde, wenn diese unabsichtlich die iranische Lufthoheit verletzen sollten. Rafsandjani, der wahrscheinlich wirtschaftlich mächtigste und politisch zweiteinflußreichste Mann im Land, sagte am 1 Dezember .2002: »Die USA haben mit dem Angriff auf den Irak andere Ziele, und zwar die Präsenz am persischen Golf und die Kontrolle der größten Energiereserve der Welt. In diesem Fall wäre es das Beste für USA, ihre aggressive Politik aufzugeben: sie wollen Öl kaufen, und wir wollen Öl verkaufen.« In diesem Konflikt rechnen die Machthaber, besonders die Reformorientierten, mit der vollen Unterstützung der Europäischen Staaten, die die US-Politik gegen die »Achse des Bösen« nicht teilen. Zur Zeit werden z.B. Todesurteile, wenn die Europäer dagegen intervenieren, schnell revidiert, und neulich wurde die Steinigung als Strafe faktisch abgeschafft.

Immigration

In den letzten 23 Jahren flohen zwei bis drei Millionen. Menschen aus dem Iran. Andererseits kamen in den letzten 20 Jahren ca. zwei Millionen. Flüchtlinge aus Afghanistan und ca. 400 000 aus dem

Irak nach Iran, die vor allem in der Baubranche, Tierhaltung und in der Landwirtschaft arbeiten, die nicht zuletzt wegen der Zufuhr immer neuer und rechtloser Arbeiter aus Afghanistan boomte (in der Ölindustrie mit ihrem »Enklavencharakter« bekommen die Immigranten keine Arbeit). Nach dem Abkommen zwischen Iran, Afghanistan und dem UNHCR im April 2002 in Genf wurde ein Programm zur »freiwilligen Rückkehr« der Afghanen eingeleitet, das für dieses Jahr die Abschiebung von 400 000 Afghanen vorsieht. Durch den bevorstehenden Irak-Krieg rechnet das iranische Innenministerium mit 350 000 Flüchtlingen und sagt, der UNHCR habe nur für 150 000 Vorbereitungen getroffen. Ein Sprecher des Ministeriums sagte, daß die Flüchtlinge im »Camp Zero« untergebracht werden: Der Iran baut sieben Lager im Süden direkt auf der Grenze; die Plätze für die Zelte sind vorbereitet. Delegierte von internationalen Organisationen haben die Lager besucht. Iran will verhindern, dass Flüchtlinge die Grenze überschreiten. Die Erfahrungen mit den afghanischen Flüchtlingen werden sich nicht wiederholen, so eine Abgeordnete.

Opposition

Die oppositionellen Gruppen im Iran und im Ausland wie Monarchisten, Ex-Militärs, Geheimdienstler und Nationalisten, kooperieren mit den Amerikanern. Sogar in linken Kreisen hört man, warum solle man gegen eine Intervention der Amerikaner sein. Die Forderungen der Menschen im Iran, sagen sie, liegen auf der gleichen Linie wie des amerikanischen *Regime Change*. Dies ist aber keine öffentliche Haltung der Linken. Iranische Oppositionelle wie die Volksmodjahedin, Kurden und andere, die zur Zeit vom irakischem Territorium aus operieren, sind natürlich gegen einen Krieg zum Sturz Saddams. Die Volksmudjahedin werben seit Monaten für eine Solidaritäts-Einheitsfront mit anderen Oppositionellen. Die Arbeiterkommunistische Partei des Iran gab Ende Dezember 2002 für den »bevorstehenden« Sturz der Islamischen Republik Iran eine Charta der politischen Freiheiten bekannt und ruft alle politischen Parteien und Gruppen der Opposition dazu auf, sich auf diese Charta zu verpflichten.

Nach einer Umfrage einiger Institute wollen 75% der Iraner, daß der Iran den Dialog mit den USA aufnimmt, das heißt, wenigstens in der Außenpolitik unideologisch handelt Angesichts der politischen und wirtschaftlichen Krise ist der größte Teil der Menschen ohne Hoffnung. Der Versuch, das Regime von innen zu reformieren, ist für viele fehlgeschlagen. Viele, besonders Jugendliche, wünschen sogar öffentlich, daß die USA den Iran angreifen. Aber unter dem Eindruck von George W. Bushs »Iran-Rede« und dem Anschein, daß er und die »Falken« »nicht auf Eliten und eine Reform von oben, sondern auf die Bevölkerung« setzten, zu behaupten, daß »im Iran wie auch im Irak die Möglichkeit gegeben ist, über Befreiung wieder nachzudenken« (Jungle World vom 4. Dez. 2002, S.17), ist mehr als zynisch.

Aus der Ausweglosigkeit, in der sich das Kapital zur Zeit in den USA und auf der ganzen Welt befindet, entsteht das Bedürfnis, der wirtschaftlichen Konkurrenz und der Kapitalkonzentration politisch-militärisch nachzuhelfen. Und wenn die jetzige Vorbereitung des Kriegs und dessen Ausführung im Irak wie beim Afghanistan-Krieg nicht den Effekt hat, genügend (überakkumuliertes) Kapital zu zerstören, die fallende Profitrate wieder hochzutreiben und dadurch die ökonomische Krise in den USA und auf der Welt zu beenden, ist nicht auszuschließen, daß auch der Iran früher oder später an die Reihe kommen wird. ●

Ein Genosse aus dem Iran im Exil

Fakten zum Erdöl

Aus dem Fernsehen, den Zeitungen und aus Berichten im Internet fließt uns seit Wochen überall »ÖL!« entgegen, wenn es um Kriegsgründe geht. Es muss für die widersprüchlichsten Einschätzungen und Behauptungen herhalten. Und es stimmt ja: Erdöl ist ein wichtiger Bestandteil des Lebensstandards der Menschen, und allein seine Verbrauchsziffern und deren Zuwachs drücken etwas über die Bedingungen des Weltproletariats aus. In Ergänzung zu den anderen Artikeln sind im folgenden einige Zahlen, gesellschaftliche, ökonomische und politische Wirkungen zusammengestellt.

Ölproduktion

Täglich werden zur Zeit rund 77 Millionen Barrel gefördert und gehandelt. Das entspricht bei einem Preis von 30 Dollar/Barrel einem täglichen Handelsvolumen von 2,3 Milliarden Dollar. Wird das Öl um einen Dollar höher am Markt gehandelt, entspricht das einer Gewinnsteigerung von 77 Millionen Dollar täglich.

Zur Zeit produziert Saudi-Arabien am meisten Erdöl (ca. 8,5 Millionen Barrel pro Tag), gefolgt von USA (8), Russland (7, zusammen mit Kasachstan 8,5). Danach kommen als nächstes Iran und Mexiko (je ca. 3,6). Von Golfstaaten kamen 2002 ca. 20 Mill. Barrel/Tag, d. h. mehr als ein Viertel der Weltproduktion. Die Fördermenge der USA kommt aus ca. 533.000 Quellen, also weniger als 17 Barrel/Tag und Quelle. Die etwa gleich große saudi-arabische Förderung kommt aus 750 Quellen, d.h. 12.000 Barrel/Tag und Quelle.

Die **Produktionskosten** des Öls sind sehr unterschiedlich. In sie gehen neben den zu zahlenden Arbeitslöhnen die unterschiedlich aufwendige Förderung (Tiefe und Druckverhältnisse der Lagerstätte, Offshore) und der Transport zum Terminal, meistens in Pipelines, mit ein. Bei steigender Länge der Pipelines summieren sich die Kosten der Pipeline-Kilometer, denn wegen Fließwiderstand, Verunreinigung (feste Partikel, salziges Wasser, Gase), schwankenden Durchflussmengen, Zusammensetzungen und Drücken, Temperatur der Flüssigkeit und der Unebenheit des Geländes sind an den Pipelines in relativ kurzen Abständen Pumpstationen erforderlich. Diese müssen mit elektrischer Energie versorgt werden. Pipeline und Pumpen sind hohen Belastungen durch Korrosion und Druckschwankungen ausgesetzt, deswegen sind Funktions- und Leckkontrolle wichtige Bestandteile der Leitung. Ölvermarktung ist aus manchen Fördergebieten nur bei einem hohen Ölpreis rentabel (z.B. Sibirien). Die Produktionskosten für Öl sind in der Golfregion am niedrigsten. Für das derzeit geförderte Irak-Öl werden sie mit 0,97 Dollar/Barrel beziffert, für Nordseeöl mit ca. 4 Dollar. Bei sibirischem Öl kostet alleine der Transport von der Quelle zum Terminal 7 Dollar/Barrel.

Über die **Ölvorräte** wird häufig mit unterschiedlichster Tendenz berichtet. Hier einige Zahlen dazu: Die größten gesicherten Ölmengen der Erde (insgesamt ca. 1000 Milliarden Barrel) finden sich in folgenden Ländern : Saudi Arabien 265,3 Mrd. Barrel, Irak 115, Kuweit 98,8, Iran 96,4, VAE 62,8, Russland 54,3, Venezuela 47,6, China 30,6, Libyen 30,0, Mexiko 26,0, Nigeria 24,1, USA 22,0, Algerien 12,7 und Norwegen 10,1. Also von den insgesamt 895,7 Mrd. Barrel als gesichert bezeichneten Ölmengen liegen mehr als ein Viertel in Saudi Arabien und ca. 70% in Golfstaaten. Das Golföl hat außerdem eine hohe Qualität und die niedrigsten Produktionskosten. Einige Gebiete in den Golfländern sind noch nicht prospektiert. Das und die neuen 3D-Prospektionsverfahren versprechen eine weitere Zunahme der dort festgestellten Mengen.

Gemessen am heutigen Verbrauch existieren also noch riesige Erdölvorräte. Eine andere Frage ist, wie lange die tägli-

che Fördermenge noch der steigenden Nachfrage angepaßt werden kann. Die Zahlen des **Ölkonsums** sind Ausdruck der maßlosen Ungleichheit auf der Erde. Die größten Verbraucher sind mit Abstand die USA mit 25% der gesamten Produktion, Europa 22% (Deutschland 3,7%, Frankreich 2,7%, Italien 2,6%, UK 2,2%), Japan 7%, China 6,6%, Russland 3,5% .

Der Ölverbrauch ist von 1991-2001 um insgesamt 14% gestiegen: in den USA um 17%, in Deutschland, Frankreich, Italien um 1%, in Japan um 0% (Rezession). In China und anderen asiatischen Ländern mit aufholender Entwicklung gab es die höchsten Zuwachsraten: China 109%, Südkorea 78%, Indien 68%, Indonesien 64%. Der Verbrauch nimmt weltweit weiter zu (ca. 2% pro Jahr).

In den USA verlangen die Konsumenten auch weiterhin billiges Öl. Der Preisanstieg vom Frühjahr 1999 bis Sommer 2000 hatte in den USA und anderen Industrieländern zu heftigen Konflikten geführt. Aber auch in anderen Ländern, wie zuletzt bei den Streiks der Ölarbeiter in Nigeria, führen Verknappungen und Verteuerungen sofort zu heftigen Kämpfen.

Ölhandel

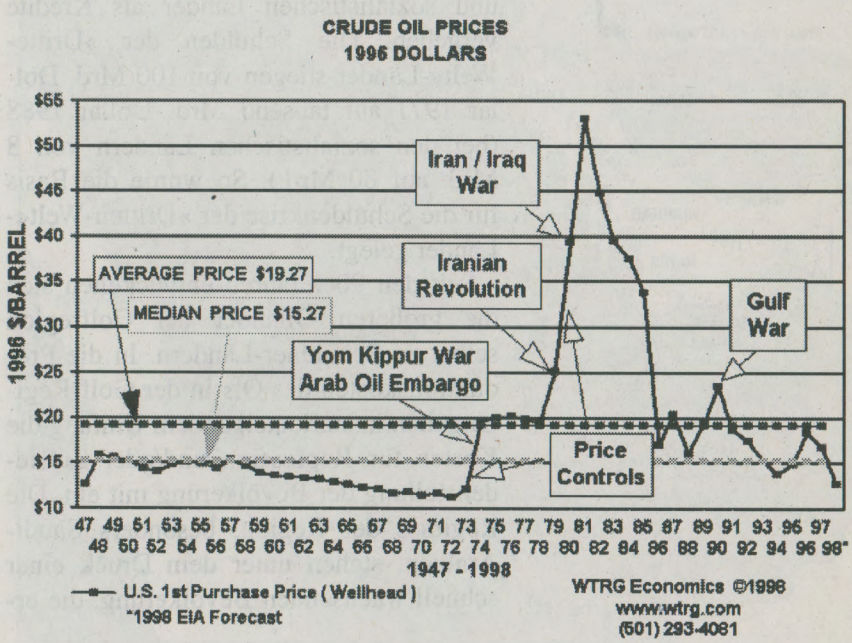
Das Erdöl war die erste wirklich global gehandelte Ware. An den Börsen von London, New York und Singapur wird der größte Teil des Öls gehandelt. Es gibt unterschiedliche Ölqualitäten, die sich durch ihren Schwefelgehalt und ihre unterschiedlichen Anteile der Inhaltsstoffe (spez. Gewicht) unterscheiden. Heutzutage werden meistens sogenannte »futures« gehandelt, das sind Verträge über die Lieferung einer bestimmten Menge Öl an einen bestimmten Ort zu einem festgelegten Preis in Dollar. Diese Futures werden ihrerseits an Börsen (Spotmärkten) zu Tagespreisen gehandelt.

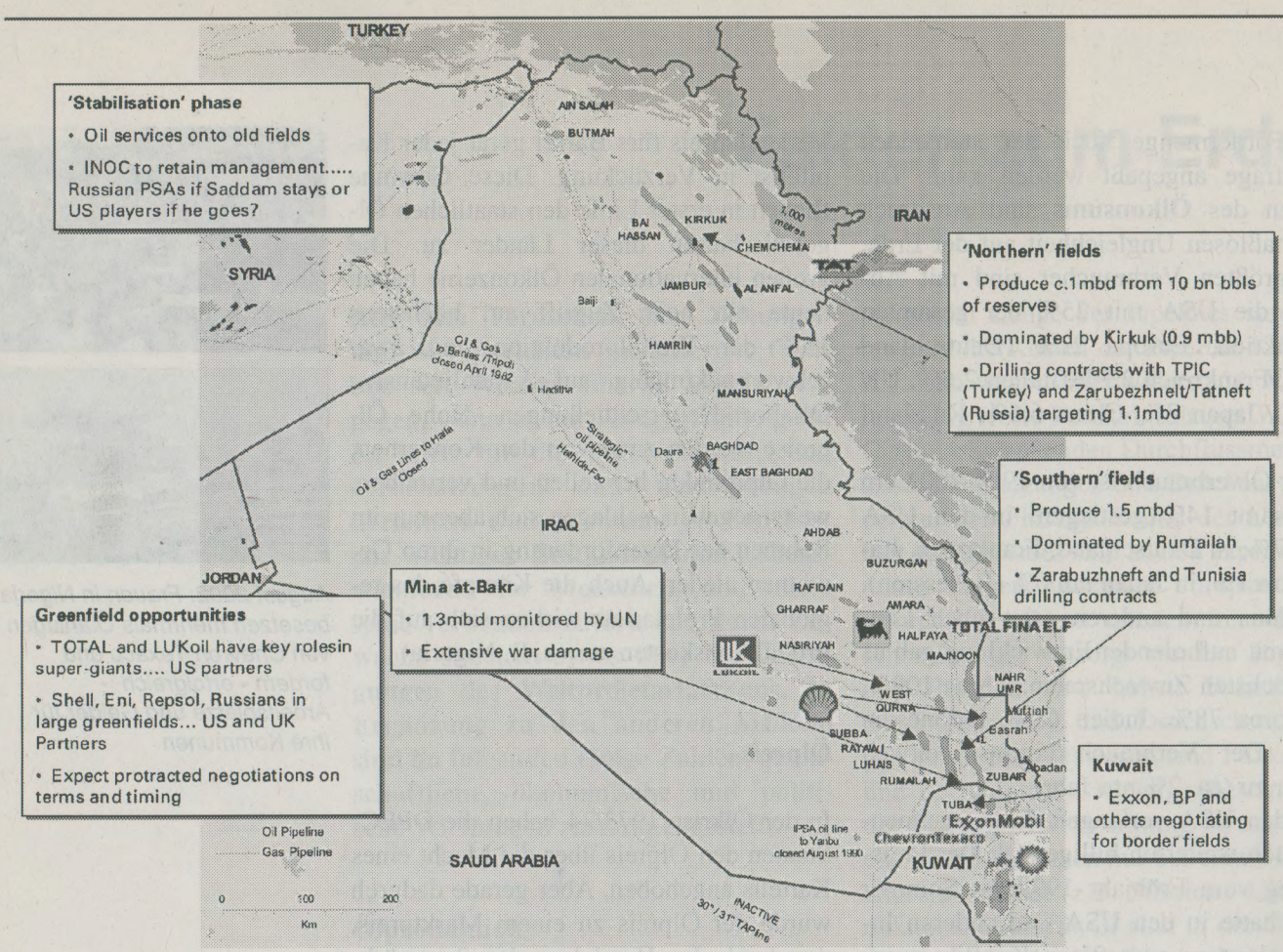
Bei hohen Ölpreisen fallen bei den Eigentümern von Ölproduktionen mit niedrigen Produktionskosten riesige Gewinne an, also besonders bei den Golfstaaten. Bei einer Spanne zwischen einem Dollar Produktionskosten und 30 Dollar Verkaufspreis fürs Barrel gerät jeder Kapitalist in Verzückung. Diese Gewinne fließen in erster Linie den staatlichen Ölgesellschaften dieser Länder zu. Die großen internationalen Ölkonzerne haben heute nur noch Zugriff auf höchstens 15% der Weltölproduktion und zwar schwerpunktmäßig auf kapitalintensive Offshore-Neuerschließungen. Hohe Ölpreise werden zwar von den Konzernen, die Ölprodukte herstellen und vertreiben, weitergegeben, schlagen sich aber nur im Rahmen der Eigenförderung in ihren Gewinnen nieder. Auch die Kämpfe des regionalen Proletariats wirken sich auf die Produktionskosten aus (z. B. Nigeria).

August 2002: Frauen in Nigeria besetzen mehrmals Ölanlagen von Chevron Texaco und fordern - erfolgreich - Arbeitsplätze und Gelder für ihre Kommunen

Ölpreis

In der Ölkrise 1973/74 haben die OPEC-Staaten den Ölpreis über die Macht eines Kartells angehoben. Aber gerade dadurch wurde der Ölpreis zu einem Marktpreis, der durch den Handel an den Spotmärkten bestimmt wird. Der Preis orientiert sich an der Ölförderung mit den höchsten Produktionskosten. Da diese Ware mit den hohen Kosten (d.h. in erster Linie das inlandsproduzierte Öl der USA) nachgefragt wird (Fördermenge und Nachfrage liegen nicht weit auseinander), ist dieser hohe Preis am Markt zu erzielen. Das schafft für das Öl mit niedrigen Produktionskosten eine hohe Profitspanne.





http://www.foe.co.uk/resource/leaked_documents/baghdad_bazaar.pdf

Baghdad Bazaar
Big Oil in Iraq?

Diese riesige vor allem in den Golfstaaten erzielte Profitmasse wurde vorwiegend in Dollar und bei europäischen Banken angelegt (von daher der Name Petrodollar; früher auch »Euro-Dollar«, bevor es den Euro als Währung gab!). Diese Geldmengen sind historisch der Kern der seither ins Unermeßliche gewachsenen globalen Geldströme. Zunächst wurden sie u.a. an die defizitären »Dritte-Welt«- und sozialistischen Länder als Kredite vergeben. Die Schulden der »Dritte-Welt«-Länder stiegen von 100 Mrd. Dollar 1971 auf tausend Mrd. Dollar 1988 (bei den sozialistischen Ländern von 8 Mrd. auf 80 Mrd.). So wurde die Basis für die Schuldenkrise der »Dritten-Welt«-Länder gelegt.

Seit den 90er Jahren entwickelten sich die größeren Ölländer der Golfregion selbst zu Schuldner-Ländern. In die Produktionskosten des Öls in der Golf-Region gehen in stark steigendem Umfang die Kosten für Repression und/oder Zufriedenstellung der Bevölkerung mit ein. Die Regimes der Region, besonders Saudi-Arabien, stehen unter dem Druck einer schnell wachsenden Bevölkerung, die erreichten sozialen Standards zu finanzieren, wozu sie immer weniger in der Lage sind. In den USA sind die Produktionskosten hoch aufgrund technischer Probleme der Restlagerstätten, die seit der Frühzeit der Petroleumlampe ausgebeutet wurden, in der Golfregion muß ein Großteil des Unterhalts der Bevölkerung aus dem Ölpreis finanziert werden.

Für die USA stellt der Ölpreis eine Zwickmühle dar. Die Öleinfuhren im jährlichen Wert von ca. 50 Mrd. Dollar machen den größten Einzelposten ihres hohen Außenhandelsdefizits aus. Die Bevölkerung besteht auf niedrigen Preisen und zumindest gleichbleibendem Konsum. Dafür wäre ein niedriger Ölpreis erforderlich. Bei einem niedrigen Ölpreis würde aber die eigene Produktion der USA gefährdet, da deren Produktionskosten besonders hoch sind.

Das Öl im Irak

Auf dem Gebiet des Irak befindet sich mehr als ein Zehntel der bisher weltweit festgestellten Ölmenge. Mit der Nationa-

lisierung 1973 übernahm die staatliche *INOC* (*Iraq National Oil Company*) gegen Entschädigung von der *Iraq Petroleum Company*, einem internationalen Ölkartell, an dem die Vorläufer von *BP*, *Shell*, *Exxon* und *Total* beteiligt waren, die gesamte Ölproduktion des Landes. *INOC* steigerte schnell die Ölproduktion des Landes bis zu einem Gipfel 1979 von 3,5 Mio. Barrel/Tag.

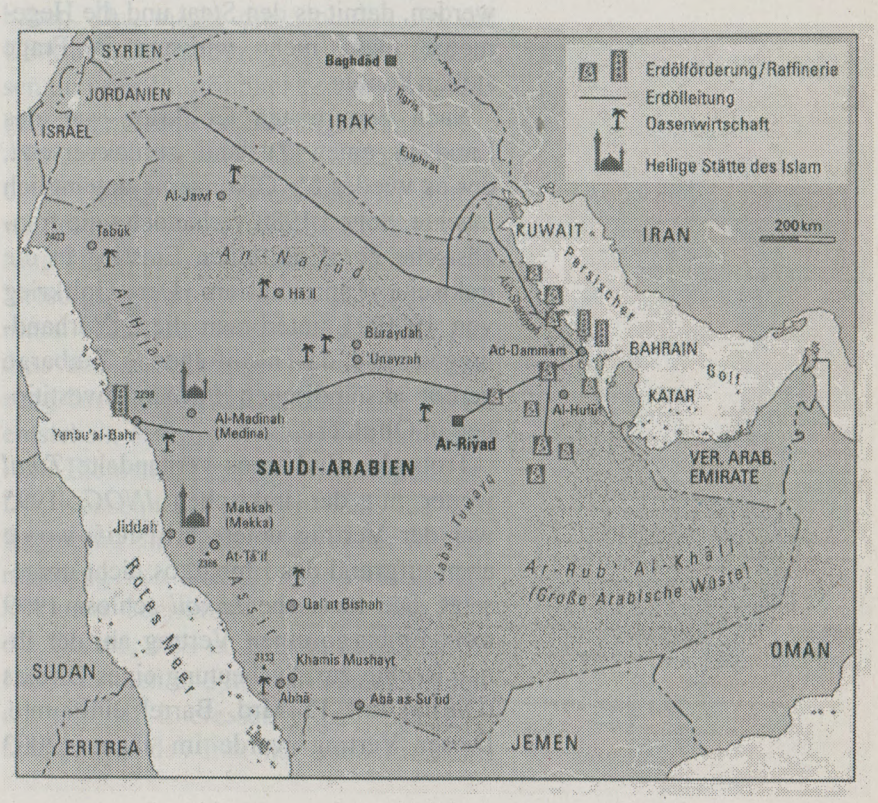
Es sollten aber nur wenige Jahre sein, in denen der irakische Staat unbeeinträchtigt Öleinnahmen für industrielle und militärische Investitionen verwenden konnte. Im ersten Golfkrieg 1980-88 förderten die westlichen Länder Saddam Hussein dabei, den Krieg gegen die aufrührerische iranische Bevölkerung vom Zaun zu brechen. Während des Krieges war die Ölförderung nur reduziert möglich, und es gab keine Möglichkeit, Öl auf dem Weg durch den Golf zu exportieren. Die Ölproduktion sank schon 1981 auf eine Million Barrel pro Tag, stieg ab 1984 wieder langsam über die Aktivierung anderer Transportwege im Nordwesten an, bis sie nach dem Waffenstillstand wieder die Vorkriegs-Tagesvolumina erreichte.

Kaum war der Krieg zu Ende, standen Ölkonzerne an der Tür und versuchten, in das lukrative Geschäft mit dem Golf-Öl hineinzukommen. Die irakische Regierung stand nun unter dem Druck, hohe Schulden aus den Kriegsjahren für Waffenlieferungen usw. bezahlen zu müssen.

Der Golfkrieg 1990/91 unterbrach alle Verhandlungen. Neben dem neuerlichen Abschlachten aufständischer Bevölkerungsgruppen, renitenter Soldaten und Ölarbeiter, die den irakischen Staat bedrohten, war die Ölinfrastruktur ein zentrales Ziel der Bombenangriffe, und in den Angriffsgebieten wurde die Ölquellen von irakischen Truppen in einer Strategie der verbrannten Erde in Brand gesetzt (ebenso wie die kuweitischen Installationen). Sammelstationen an den Knotenpunkten, Pumpstationen, Pipelines, Hafenanlagen waren zerstört. Die Förderkapazität sank auf eine Mio. Barrel pro Tag, die Förderung 1991 auf 0,3 Mio. Barrel pro Tag.

Im folgenden Embargo wurden Ölexporte, ausländische Investitionen und die Lieferung technologischer Anlagen und Ersatzteile für die Ölindustrie verboten. Erst im Dezember 1996 wurden wieder begrenzte Exporte im Rahmen des *oil for food*-Programms zugelassen. Die Infrastruktur des Iraks ist veraltet oder zerstört. Der Irak hatte teilweise Schwierigkeiten, die von der UN genehmigten Ölmengen zu exportieren. Um die notwendigen Investitionen bezahlen zu können, ist der Irak nun nach zwölf Jahren Embargo gezwungen, seine Ölfelder an die ausländischen Konzerne zu verkaufen. Mit dem Zugang zur notwendigen Technologie könnte der Irak seine Fördermenge bald verdoppeln.

Vor dem Krieg gegen den Iran war der Irak das industriell und technisch entwickeltste Land des arabischen Raumes. Der Ausbildungsstand war hoch. Es gab ein entwickeltes (Öl-) Industrie-Proletariat, das durch viele Migranten verstärkt wurde. Die landwirtschaftliche Produktion reichte aus, das ganze Land zu versorgen. Heute leben im Irak ca. 23 Millionen Menschen (1950: 5,2 Millionen), zu 70% in Städten, allein im Raum Bagdad sieben Millionen.



In der iranischen Revolution richtete sich der Kampf zum ersten Mal nicht nur gegen die von den USA dominierten Regierungen, sondern auch offen gegen die Hegemonie der USA in der Ölregion. Der Irak war einst für viele ein Modell unabhängiger Entwicklung in der Nachfolge des Nasserismus gewesen. Nun war sein repressives System durch ein Proletariat bedroht, das am Iran gesehen hatte, dass Revolution machbar war. Der Krieg gegen den Iran war für die Regimes in Bagdad und Washington gleichermaßen notwendig. Das iranische und irakische Proletariat mußte hinreichend geschwächt werden, damit es den Staat und die Hegemonie nicht mehr wirksam in Frage stellen konnte.

Nach dem ersten Golfkrieg war das Land in einen Zustand zurückversetzt, der es wieder für Ölkonzerne zugänglich machte. Schon 1988 verhandelte die französische *Total* um einen Einstieg in die irakische Ölproduktion. Der Golfkrieg von 1990/91 unterbrach diese Verhandlungen, und das nachfolgende Embargo verbot ausländischen Firmen Investitionen in Ölfelder.

Trotz des Embargos verhandelte *Total* weiter mit der irakischen *INOC*. 1995 war der Vertrag unterschriftsreif, wurde aber aufgrund des Embargos nicht umgesetzt. Die russische *Lukoil* schloss 1999 trotz Embargo einen Vertrag ab, der ihnen Rechte zur Ausbeutung eines Ölfelds (Qurna) mit 15 Mrd. Barrel einräumte. Dieser Vertrag wurde im Januar 2003 spektakulär vom Irak gekündigt, weil *Lukoil* entgegen den Vereinbarungen in den drei Jahren nichts investiert hatte. Bis zu 40 andere Firmen aus aller Welt, ausgenommen US-Firmen, auch weitere russische Firmen, waren im Irak, um Claims abzustecken, Verträge über Optionen für die Zeit nach dem Embargo abzuschließen. Dabei geht es nicht nur um erschlossene oder bestätigte Ölfelder, sondern auch um Prospektion entlang der saudischen und kuweitischen Grenze, wo auf der anderen Seite in Kuweit *Exxon-Mobil* und *Chevron-Texaco* engagiert sind. Geologen schätzen dort weitere 108 Mrd. Barrel zu finden, die bisher bei den Ölreserven noch gar nicht mitgerechnet wurden. US- und britische Konzerne konnten sich nicht engagieren (nur die niederländisch-britische *Shell* verhandelte), weil diese beiden Staaten den Bombenkrieg in den vom Irak nicht anerkannten Flugverbotszonen weiterführten und zumindest US-Firmen staatliche Sanktionen auf sich gezogen hätten. Der US-Kongress verabschiedete 1996 zusätzlich noch ein Gesetz, das Firmen Investitionen auch im Iran verbot (Law D'Amato). US-Konzerne beklagten sich in der Presse, das Gesetz hindere sie am »Arbeiten«.

Nach Einschätzung der Deutschen Bank würden nach dem Sturz Saddams US-Firmen und *BP* zum Zuge kommen., ohne seinen Sturz russische, französische und chinesische Firmen. Ein Manager der französischen *TotalFinaElf* erklärt jetzt besorgt, »Wir haben doch nur versucht, die Nase vorn zu haben ... Es gibt keinen Grund, dass wir nicht an der Entwicklung des irakischen Ölsektors teilhaben sollten. Wir haben immer das Embargo und die internationalen Gesetze eingehalten, wir möchten nicht bestraft werden.« Aber die USA werden sich noch an 1997 erinnern. Damals versuchten sie, das amerikanische Law d'Amato auch auf die französische *TotalFinaElf* anzuwenden und Sanktionen gegen sie durchzusetzen, als diese zusammen mit anderen Partnern (*Gazprom* u.a.) mit dem Iran Kontrakte abschloss. Aber die EU hatte diese internationale Ausweitung amerikanischer Gesetze abgeblockt. US-Öl-Konzerne be-

stehen darauf, dass nach einem Krieg diese Verträge neu verhandelt werden. *BP* (früher *Anglo-Persian*) und *Exxon-Mobil* verweisen auf angebliche alte Rechte, die sie bei der Nationalisierung nur unter Zwang abgegeben hätten (allerdings mit Entschädigungsverträgen).

Kriegsgrund Öl?

Das Bild dieser Hyänen, die sich beim Kampf um eine fette Beute ineinander verbeißen, könnte den Eindruck vermitteln, es ginge beim Irak-Krieg nur ums Öl. Aber schon allein das Missverhältnis der Kriegskosten zu der zu erwartenden Beute macht deutlich, dass es um mehr geht. Die Kosten eines Irak-Kriegs inkl. Folgekosten werden in einer Studie des *CISS* (*Committee on International Security Studies of the American Academy of Arts and Sciences*) auf einen Gesamtbetrag zwischen 99 (im günstigsten Fall) und 1924 Milliarden Dollar (im ungünstigsten Fall) kalkuliert, die reinen Militärausgaben auf 50 bzw. 140 Milliarden Dollar. Das übersteigt alle zu erwartenden direkten Gewinne aus Ölgeschäften bei weitem.

Ein anderer Punkt fällt stärker ins Gewicht: Dass das Öl weltweit in Dollar gehandelt und die Profite dann wieder in Dollar angelegt werden, ist heute eine der Bedingungen, die »das Vertrauen in den Dollar« begründen. Die Verschuldung der USA macht heute zwei Drittel ihres Bruttoinlandsprodukts aus, wächst weiter und könnte niemals bezahlt werden, wenn sie eingefordert würde,. So bildet die Abrechnung der Ölgeschäfte in Dollar den Rückhalt für weitere Kredite, für die Akzeptanz von ständig neu gedruckten Dollars bei der Bezahlung, für das Hinausschieben des ökonomischen Zusammenbruchs. Im Nicht-Kriegs-Fall würden nach diesem Szenario die Ölgeschäfte des Irak (und des Iran) in Euro ausgedrückt. Der tragende Pfeiler »Ölwährung« Dollar geriete ins Wanken, und mit ihr die Möglichkeit, die Kosten für die Vorherrschaft in der Welt weiter über das Drucken von Banknoten zu finanzieren.

Wie das Öl in die Ziele des Krieges eingebunden ist, kommt in einer Studie des *Baker Institute for Public Policy* zum Ausdruck, das schon im Jahr 2000, also ein Jahr vor dem 11. September von Vizepräsident Cheney in Auftrag gegeben wurde und im Frühjahr 2001 vorlag: *Strategic Energy Policy – Challenges for the 21st Century*. Der Kern der Aussagen: Die USA befinden sich in einer Klemme: Die Bevölkerung setzt billige Energie in großer Menge durch und ist nicht zu Einschränkungen bereit. Auf der anderen Seite stehen in erster Linie die arabischen Staaten, die an hohen Ölpreisen interessiert sind, weil sie ihrerseits unter dem Druck ihrer Bevölkerung stehen, den Lebensstandard nicht zu senken. Sie sind an einer Verknappung des Erdölmarktes ineressiert, während die USA de facto fordern, daß die Bevölkerung der ölproduzierenden Golf-Region für die Aufrechterhaltung des Lebensstandards in den USA den Gürtel enger schnallen soll.

Ein weiterer Punkt in diesem Dilemma: Die arabischen Staaten, aber genauso die USA, haben in den 90er Jahren wegen der niedrigen Ölpreisen nicht mehr in die Öl- (oder Gas)produktion und deren Ausweitung investiert, so dass sich die nicht ausgeschöpften (Reserve-) Produktionskapazitäten in diesem Zeitraum halbiert haben. Das macht die Situation für die USA unsicher und trägt zu hohen Ölpreisen und der Empfindlichkeit des Marktes gegenüber kleinsten Störungen bei.

In der Studie wird ein Horrorszenario der Verknappung ausgemalt und immer wieder betont, dass man die US-Bevölkerung davon überzeugen muss, dass für die Versorgung mit Öl etwas getan werden muss. Was? Die Studie weist darauf hin, dass aus dem Druck, den die Bevölkerung der Golfregion ausübt, hohe Preise entstehen, dass im anderen Fall antiwestliche Elemente Macht gewinnen könnten. Die Konsequenz: »Wenn nicht die US-Regierung die Führerung bei der Modernisierung von Markt- und Investitionsstrukturen übernimmt, besteht ganz klar die Gefahr, dass andere die Zügel in die Hand nehmen und Institutionen aufbauen, die den US-Interessen entgegenstehen.« Die Politik des Irak hat nach Einschät-

zung der Autoren der Studie eine destabilisierende Wirkung auf den Zufluss von Öl aus der Region zu den internationalen Märkten, Saddam Hussein sei bereit, das Öl als Waffe einzusetzen und über sein Exportprogramm die Ölmärkte zu manipulieren. Das Andauern von Sanktionen führt immer weiter zu Restriktionen im Zufluß von Öl auf den Markt. »Die USA sollten eine Revision ihrer Politik gegenüber dem Irak durchführen, einschließlich militärischer, Energie betreffender, ökonomischer und politisch/diplomatischer Einschätzungen.«

Ausgangslage eines Irak-Krieges

Im Krieg von 1990/91 konnte durch die freien kurzfristig aktivierbaren Förderkapazitäten der Weltölproduktion der Ausfall des kuweitischen und irakischen Öls ausgeglichen werden. Der Preis stieg schon vor dem Krieg auf mehr als 40 Dollar und erreichte einen Monat nach dem Krieg ein normales Level.

Die Ausgangslage ist heute eine andere. Zur Zeit reagieren die Spotmärkte überaus sensibel auf kleinste Störungen der Öltransportwege, wie kürzlich eine Tankerhavarie im Bosporus oder Streiks in Nigeria. Die Reduzierung der venezolanischen Ölexporte von 2,4 Mio. Barrel im November 2002 auf 0,35 Mio. Barrel im Januar 2003 wurde zwar durch das Hochfahren der Reservekapazitäten anderer Länder ausgeglichen. Diese Reservekapazitäten entfallen aber für einen Ausgleich von Förderausfällen im Kriegsfall. Vor dem Krieg 1990/91 lagen die ungenutzten Förderkapazitäten bei 7,1 Mio Barrel/-Tag, heute höchstens bei 3 Mio. Barrel/-Tag. Venezuela steigert seine Produktion zwar wieder, ist aber in absehbarer Zeit nicht in der Lage, die frühere Kapazität zu erreichen. Die Niederdrucköllfelder brauchen – auch ohne dass viele Ölarbeiter entlassen wurden – ein bis zwei Monate bis zur Wiederaufnahme der Produktion. Deshalb wird für manche Ölfelder ein dauerhafter, nicht mehr regenerierbarer Verlust von insgesamt 400.000 Barrel/Tag angenommen. Die Lagerbestände der Industrie sind wegen der hohen Preise reduziert, die strategischen Reserven der OECD-Länder sind seit November auch zurückgegangen. Und zunehmend werden auch die Angaben der OPEC über ihre freien Förderkapazitäten an den Ölbörsen in Frage gestellt.

Der Krieg gegen den Irak steckt in einer Zwickmühle: einerseits soll mit der Besetzung des Iraks die langfristige Kontrolle der Ölmärkte erreicht werden, andererseits könnte der Krieg eben diese Kontrolle vollends zunichte machen – nicht nur wegen der schon eingeplanten Unterbrechung der Produktion im Irak, sondern wegen der Gefahr, dass der Krieg in anderen Ölförderländern zu sozialen Unruhen und politischen Erschütterungen führen könnte. ●

Arbeiter und Bauern im modernen Mittleren Osten

Buchbesprechung

Beinin, Joel:
Workers and Peasants in the Modern Middle East;
Cambridge University Press, 2001

Auf der Suche nach Literatur über die Klassenkämpfe im Mittleren Osten sind wir auf dieses Buch des linken Sozialhistorikers Joel Beinins gestoßen. Der Titel ließ auf ein Werk hoffen, in dem die Grundtendenzen der gesellschaftlichen Entwicklungen dieser Region jenseits all der ideologischen Mythen von fanatischer Religiosität, »arabischer Identität« und »arabischem Sozialismus« dargestellt werden.

Dass Beinin diese Erwartungen nur teilweise erfüllen kann, ist ihm natürlich nur bedingt vorzuwerfen. Sein Blickwinkel ist zunächst der eines Historikers. Er spielt zwar auch eine politische Rolle in den momentanen akademischen Auseinandersetzungen um die Bewertung der Krise im arabischen Raum. In diesem Buch geht es aber vor allem um die historische Epoche der Herausbildung des Kapitalismus – und dabei besonders um die Frage, ob und warum die gesellschaftliche Dynamik, die zum Kapitalismus führte, allein in Europa ihren Ausgangspunkt nahm. Im Vorwort setzt er sich in erster Linie mit der Schule der »Orientalisten« und mit der Weltsystemtheorie Immanuel Wallersteins auseinander. Die »Orientalisten« stellen eine kulturalistisch geprägte Richtung der Geschichtswissenschaften dar. Sie behaupten, dass die Gesellschaften des Mittleren Ostens aufgrund ihrer traditionellen Kultur nicht in der Lage gewesen seien, sich zu »modernisieren«. Diese Hemmnisse bestanden bei den einen in der Uneindeutigkeit des arabischen Alphabets, bei den anderen mal im Fehlen eines dem Protestantismus vergleichbaren Arbeitsethos, mal in der Geographie der Region, die keinen Sprung in der landwirtschaftlichen Produktivität erlaubt hätte, oder sogar in der intensiven Sonneneinstrahlung, die ja bekanntlich träge macht. Den gerade oft von den Eliten (z.B. den Atatürks) verwendeten Begriff der »Modernität« denunziert er als »Diskursstrategie von Eliten und Mittelklassen zur Umformung ihrer Gesellschaften und zur Herausbildung neuer sozialer Hierarchien und eines Bereichs sozialer Kämpfe« (S. 9, eigene Übersetzung). Dem will Beinin die realen Bewegungen der »subalternen« Klassen entgegensetzen. Dabei weiß er um die Schwierigkeit, eine Bewegung, über die es kaum schriftliche (Selbst-) Zeugnisse gibt, in der Rückschau lebendig werden zu lassen. Sein anderer Gegenpart ist Wallerstein, der behauptet, dass der Kapitalismus von Anfang an eine globale Gesellschaftsform war und seinen Ausgangspunkt im Europa, speziell im England des 16./17. Jahrhunderts hatte. Beinin wirft ihm eine eurozentristische Sichtweise vor und versucht im Gegenzug nachzuweisen, dass es im selben Zeitraum auch im damaligen Osmanischen Reich eine Periode sozialen Aufbruchs gegeben habe. Diese sei aber durch die Eliten des osmanischen Zentralreiches unterdrückt worden.

Was ist dabei herausgekommen? Auf der einen Seite eine durchaus beeindruckende Materialfülle; den Anspruch einer Übersicht über den aktuellen Stand der Forschungen zur Geschichte der »unsichtbaren« Klassen im arabischen Raum löst er allemal ein. Wer sich weiter für bestimmte Bewegungen im Raum von Bosnien über die Türkei bis nach Marokko interessiert, oder wer die raren Selbstzeugnisse einer türkischen Gewerkschaftsmilitanten von Anfang des 20. Jahrhunderts oder eines *rank-and-file*-Aktivisten in der größten ägyptischen Textilfabrik in den 30er Jahren lesen will, der findet hier eine Unmenge an Verweisen.

Diese Fülle an Einzelstudien und Zeugnissen macht aber vielleicht auch eine Schwäche des Buches aus. Denn meist versäumt er es, die Einzelbetrachtungen miteinander zu verbinden und sie politisch zu kommentieren und zuzuspitzen. So ergibt sich das Bild eines ausgeschütteten Puzzlespiels, dessen Rekonstruktion der Leserin überlassen bleibt. Zum Beispiel bei den für die heutigen Debatten interessanten Betrachtungen zum Konflikt in Palästina: Zunächst behandelt er den Aufstand 1936-39 im britischen Mandatsgebiet. Entgegen den meisten Interpretationen sowohl von israelischer wie auch von nationalistisch palästinensischer Seite stellt er die Dynamik dieser Bewegung als die einer bäuerlichen Aufstandsbewegung gegen ihre Vertreibung von ihrem Land dar. Diese Bewegung richtete sich zunächst nur indirekt gegen den *Jewish National Fund* als Aufkäuferin großen Landbesitzes. Ihr direkter Gegner war die palästinensische Elite, die in großem Maßstab Land verkaufte und damit die Bauern rechtlos machte: »Bauernrebellen erzwangen ein Moratorium aller Schulden, setzten die Mietzahlungen für alle städtischen Wohnungen aus und beschlagnahmten den Besitz reicher Stadtbewohner, die geflohen waren, und verkauften ihn auf einer öffentlichen Scheinauktion. Das brachte den britischen Hochkommissar zu dem Schluss, dass ›so etwas wie eine soziale Revolution in kleinem Maßstab beginnt‹«. (S. 96, eigene Übersetzung) Diese angegriffene Elite und die Provokationen der Siedler-Milizen vermochten es, die Zielrichtung auf die»zionistische« Besetzung Palästinas zu lenken. Ist der damalige palästinensische Aufstand noch als regionales Ereignis zu begreifen, so ist er spätestens mit dem Krieg 1948 aus diesem Rahmen herausgetreten. Seitdem hat er wie kein anderer eine überragende Rolle für den Machterhalt auch der arabischen Eliten gehabt.

Alle Länderskizzen Beinins weisen für den Vorabend des Krieges massive soziale Revolten und Streiks auf. In Ägypten wurde zwei Tage vor dem Einmarsch in Palästina das Kriegsrecht ausgerufen, nachdem zehntausende von TextilarbeiterInnen in den Streik getreten waren. Im Irak kam es seit 1946 wiederholt zu Aufständen der städtischen Armen und Streiks vor allem im Ölsektor. Noch im April 1948 streikten mehrere tausend Ölarbeiter, nachdem es kurz zuvor zu mehrtägigen Unruhen in Baghdad gekommen war. Kurz vor dem Krieg 1967 verhielt es sich ähnlich; es gab wieder massive Streiks und Unruhen in Ägypten, Syrien und Irak. Die von Beinin zusammengetragenen Fakten verlangen förmlich nach einer politischen Schlussfolgerung, die er aber nicht gibt. So erreicht er auch sein sein selbst gestecktes Ziel in der Auseinandersetzung mit Wallerstein nicht. Die schmälert den Wert seines Buches als überaus reichhaltige Materialsammlung über soziale Kämpfe nicht.

Beinin ist Professor an der Stanford Universität und Vorsitzender der US-amerikanischen *Middle East Studies Association*. In dieser Funktion ist er seit dem 11.9. ins Fadenkreuz konservativer Verbände geraten. Auf der einen Seite will die Bush-Administration viel Geld ausschütten, um sich in der Region zurechtzufinden, gleichzeitig ist die Forschung in den USA von linken Intellektuellen wie Beinin oder Edward Said besetzt, die z.B. das National Security Education Program (NSEP) ablehnen. ●

Der Schock der Barbarei

Buchbesprechung

Gilbert Achcar:
Der Schock der Barbarei – der 11. September und die ›neue Weltordnung‹;
ISP Köln, 2002, 12 Euro
ISBN 3-89 900-104-4

Als der damalige US-Außenminister James Baker gedrängt wurde, die eigentlichen Gründe für den zweiten Golfkrieg zu benennen, antwortete er »Jobs, Jobs, Jobs«. In seinen Erinnerungen 1996 erklärte er das so: hätte Saddam Hussein die Möglichkeit gehabt, den Export des irakischen und des kuweitischen Öls zu kontrollieren und damit die Erdölpreise zu beeinflussen, wäre es gewiß nicht zum langen Boom der *New Economy* gekommen. Auch **Gilbert Achcar**, Autor des Ende 2002 erschienenen Büchleins »**Der Schock der Barbarei**«, sieht diese Frage im Zentrum: »Die Frage, die sich wirklich stellt, und deren Beantwortung unumgänglich ist, lautet: Ist die amerikanische Bevölkerung wirklich bereit, für die globale Hegemonie, von der nur die herrschende Klasse profitiert, den Preis weiterer 11. September zu zahlen?« – und heute könnten wir hinzufügen: die ökonomischen und sozialen Kosten des nächsten Irak-Kriegs?

Mit der massiven Lügenpropaganda seit dem 11.9. wollen die Herren der Welt durch lautes Schreien die Wahrheit vor den Beherrschten verstecken: Die Anschläge vom 11.9. waren eine Reaktion auf das »Böse«, was die USA der Welt zugefügt hat und nicht auf das »Gute«, wie es Bush allen Ernstes weiszumachen versucht (»sie erklären uns den Krieg, weil sie unsere Freiheiten hassen«). Achcar sieht sich mit diesem Erklärungsansatz in guter Gesellschaft – Marx hatte die Meuterei in Indien 1857 ähnlich kommentiert: »Die Londoner *Times* übertreibt [...] Sie will einfach die Staatspapiere hochtreiben und die Regierung decken. Da Delhi nicht durch bloße Windstöße gefallen ist, wie die Mauern von Jericho, sollen John Bulls [das brit. Gegenstück zu Uncle Sam, d.A.] Ohren von Rachegeschrei gellen, damit er vergißt, daß seine Regierung verantwortlich ist für das ausgebrütete Unheil und dafür, daß es solche kolossalen Ausmaße annehmen konnte.« (Marx in der *New York Daily Tribune*, 16.9.1857 – zit. nach Achcar, S. 33)

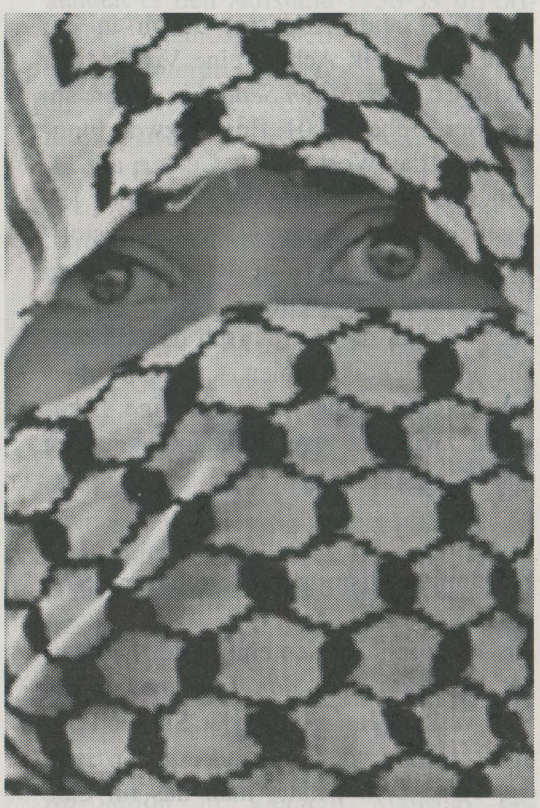
Der Irakkrieg von Bush sen. konnte zwar auf kurze Sicht eine scharfe ökonomische Rezession nicht abwenden, legte aber mittelfristig die Grundlagen für den vielbeschworenen längsten Boom in der Geschichte der USA – Achcar deutet nur sehr knapp die Kehrseiten dieses Booms an, nämlich in Form einer »anderen Wachstumsrate, die noch viel schneller anstieg, nämlich die der Gefängnisinsassen, die im Verlauf der neunziger Jahre im Schnitt jährlich um sechs Prozent zugenommen haben; sie nahmen von 292 Gefangenen pro 100 000 Einwohner am 31. Dezember 1990 auf 478 am 31. Dezember 2000 zu; das waren 1.381.892 Häftlinge.« (S. 111). Er geht aber nicht diesen Fragen (Zusammenhang von sozialer und ökonomischer Krise in den USA mit ihrem Kriegskurs) nach, sein Thema sind zwei andere Zusammenhänge: der Zusammenstoß zweier Fundamentalismen und das besondere Verhältnis USA/Saudi Arabien. Gleich in der Einleitung stellt Achcar eine Verbindung zwischen zwei *Elften Septembern* her: am 11. September 2001 flogen zwei Flugzeuge in das World Trade Center; am 11. September 1990 hatte der Vater des jetzigen Präsidenten der USA eine historische Rede gehalten, in der er die *Neue Weltordnung* vorstellte – vier Tage danach begann der Aufmarsch der US-Soldaten in Saudi Arabien – ein entscheidender Schritt, der die seitherige Eskalation zwischen zwei Fundamentalismen erklärt.

Fundamentalismus auf seiten der USA:

Als Bush am 20. September 2001 in seiner Rede vor dem *Kongreß*, aber an die *Welt* verkündete: »Entweder Sie sind auf unserer Seite oder Sie sind auf der Seite der Terroristen«, hätte man das für eine

unbedachte Äußerung einer in die Enge getriebenen Supermacht halten können. Achcar sieht darin eins von zwei Axiomen des »hegemonialen Unilaterialismus« der USA. Das zweite verkündete Rumsfeld am 23. September 2001 über CBS: »die Mission entscheidet über die Koalition und wir erlauben nicht, daß Bündnisse über die Mission entscheiden.« (beide Zitate auf S. 100). Noch deutlicher wurde Richard Perle, der Spitzenberater des Pentagon Anfang Oktober 2001, als er sinngemäß ausführte: das Bündnis hinter *Desert Storm* war wichtig, um die parlamentarische Zustimmung zum Krieg zu bekommen; heutzutage wäre es eher schädlich, wenn der Eindruck entstünde, die USA brauchen erst ein Bündnis, bevor sie losschlagen (ebenda).

Wie entschlossen die USA ihren Unilateralismus durchsetzen, demonstriert Achcar am Beispiel der Sanktionen gegen den Irak, die sogar die *Foreign Affairs* als »Sanktionen der Massenvernichtung« bezeichnet habe. Bereits 1999 seien zwei amerikanische Professoren, die sich auf Zahlen der UNO stützten, zu dem Ergebnis gekommen, das Embargo gegen den Irak habe zu etwa 400 000 Toten geführt und somit zum Tod von mehr Menschen, »als bisher in der Geschichte der Menschheit durch alle Massenvernichtungswaffen [ABC-Waffen] zusammengenommen ermordet wurden« (unter Ausklammerung des Judenmordes durch die Nazis). (S. 22) Hier wäre anzumerken, daß Achcar *in der Sache* zwar recht hat: die USA haben jedesmal militärisch eskaliert, wenn andere Mächte das Embargo lockern oder beenden wollten (zuletzt 1998 durch massive Bombardierungen), aber *in der Form* ist das Embargo ein UN-Embargo.



Auf mehreren Seiten geht Achcar auf die »symmetrischen Denkstrukturen« von Bush und bin Laden ein, in deren Denken das »Böse« eine zentrale Rolle spielt, Bush, der als Episkopaler erzogen wurde und seit seiner Heirat Methodist ist, wird als »Führer des protestantischen Fundamentalismus in den USA« charakterisiert. Bin Ladens radikale Opposition gegen die saudische Monarchie geht auf die Stationierung der US-Truppen in seinem Heimatland zurück. Gerade »siegreich« aus Afghanistan zurückgekert, mußte er 1991 Saudi Arabien wieder verlassen und organisiert seit 1992 weltweit Anschläge gegen die USA (1992 im Jemen, 1993 in Somalia usw. – Achcar gibt sich keine Mühe, die Zuschreibung dieser Attentate zu hinterfragen). Im Februar 1998 proklamierte Bin Laden eine »Islamische Weltfront für den Dschihad gegen die Juden und Kreuzfahrer«, mit der seither immer wiederholten »dreifachen Verurteilung«: der Anwesenheit von US-Truppen auf heiligem Boden, des mörderischen Embargos gegen die muslimische Bevölkerung des Irak und des Massakers an der muslimischen Bevölkerung Palästinas durch »die Allianz zwischen Kreuzfahrern und Zivilisten« – wobei laut Achcar nur das erste Motiv originär sei, die anderen beiden seien taktische Bemühungen Bin Ladens. (S. 63 ff.) Die »Argumenation gegen die Präsenz von US-Truppen im Königreich ... [sei] grundlegend reaktionär, fanatisch religiös und sexistisch ... ›Sie wollen uns unsere Männlichkeit rauben, und wir glauben, daß wir Männer sind, muslimische Männer, die die wichtigste Stätte im Universum, die verehrungswürdige Kaaba, schützen müssen, dass wir die Ehre haben, sie zu be-

schützen, statt daß jüdische und christliche amerikanische Soldatinnen kommen ... Die Regierungen jener Region haben vielleicht ihre Männlichkeit verloren und meinen, die Leute seien Frauen, und, bei Gott, selbst die würdigsten Frauen der Muslime wehren sich dagegen, von amerikanischen und jüdischen Huren verteidigt zu werden.«« (S. 61)

Das Scharnier: Saudi-Arabien

Hier hakt Achcar direkt ein und weist auf die »doppelt explosive Wirkung« der Anwesenheit von Soldatinnen in Saudi-Arabien hin: sie schürt einerseits die männlich-sexistische Feindschaft, wie es die Ausführungen von Bin Laden belegen – sie führt aber auch z.B. dazu, daß 47 saudische Frauen es »wagten«, am 6. November 1990 eine Fahrt im eigenen Auto zu machen, bevor die Staatsmacht gegen sie einschritt. Die USA können aufgrund von Anti-Diskriminierungsgesetzen nicht nur männliche Soldaten schicken; sie versuchen, die Soldatinnen zu verstecken, bzw. schreiben ihnen vor, eine Art Tschador zu tragen. Dagegen hat u.a. eine Pilotin bereits geklagt und gewonnen. »Dies könnte effektiver zu einem baldigen Abzug der US-Truppen aus Saudi-Arabien beitragen als die Aktionen der Anhänger von Bin Laden«. (Fußnote S. 61)

In den informativsten Teilen des Buchs zeichnet Achcar das Bild einer strategischen Partnerschaft zwischen Saudi Arabien und den USA, die etwa 60 Jahre lang sehr gut funktioniert hat, bei der aber heute die Durchsetzung der Interessen des einen Partners den Untergang des anderen besiegeln: bereits 1990 (vor und während des zweiten Golfkriegs) gingen »größere Teile der sunnitischen fundamentalistischen Bewegung, die von Riad unterstützt worden waren, auf die Seite des Irak über, um sich nicht von ihrer Massenbasis abzuschneiden. Für die saudische Monarchie war dies ein größeres Fiasko.« (S. 56) Eine Spirale nach unten, die sich durch die Stationierung von US-Truppen wesentlich beschleunigt hat. ●

Frieden stiften, Krieg verstaatlichen

Buchkritik

Herfried Münklers: »Die neuen Kriege«

Herfried Münklers Buch *Die neuen Kriege* findet sich in jeder größeren Buchhandlung, schlüssige Antworten auf den drohenden Krieg der USA gegen den Irak findet man in ihm jedoch nicht.

Münklers Kernthese ist, dass der klassische Staatenkrieg ein historisches Auslaufmodell sei, an seine Stelle haben sich die neuen Kriege gesetzt, die von Kriegsunternehmern, »warlord-Figurationen«, geführt werden. Diese Kriege folgen einer eigenen ökonomischen Logik und können aufgrund einer gewandelten Finanzierungsform mit *low budget* über Jahrzehnte geführt werden. Sie zeigten jedoch, dass der Staat als Monopolist des Krieges ausgedient habe. Vielmehr hätten diese neuen Kriege viele Parallelen zur Konstellation des Dreißigjährigen Krieges. Münkler hat die Kriege im subsaharischen Afrika vor Augen, die Zerfallskriege im ehemaligen Jugoslawien und in Afghanistan von den 80er Jahren bis heute. Diese Kriege entwickelten sich an den Rändern und Bruchstellen einstiger Imperien und würden mit dem Scheitern der Staatsbildungsprozesse in der Dritten Welt und den Peripherien der Ersten und Zweiten Welt zusammenhängen. Nach Münkler handelt es sich nicht um Staatsbildungskriege, sondern um Kriege, die in *failed states* eine bestimmte Form der kriegerischen Ökonomie und Einkommensquelle darstellen. Die entstehenden Flüchtlingslager wären für diese Kriege Nachschubzentren, und die »humanitäre Hilfe« internationaler Organisationen

Herfried Münkler, *Die neuen Kriege*, 2003. Reinbek (Rowohlt Verlag), 285 Seiten

dienten teilweise der Fortführung der Kriege – NGOs sind so also direkt an der Kriegsführung beteiligt. Diese Kriege würden nicht auf die Entscheidungsschlacht drängen, sondern köcheln vor sich hin – diesen Tatbestand nennt Münkler kennzeichnend für *low intensity warfare*.

Münkler ignoriert jedoch den Hintergrund dieses Begriffs: die *Kriege niedriger Intensität* wurden hauptsächlich von den USA als Folge des gescheiterten »großen Krieges« gegen Vietnam mit counter-insurgency-Programmen verbunden. Es ging darum, lokale Banden und Gruppen in Lateinamerika zu unterstützen, die wie in Nicaragua oder El Salvador Bestandteil eines umfassenden kapitalistischen Entwicklungs- und Zertrümmerungskrieges gegen die sozialistische und kommunistische Bedrohung von unten waren. Diese Kriege zielten nicht auf ein Territorium, sondern mittels militärischer, para-militärischer, wirtschaftlicher, politischer und psychologischer Aktionen auf die Bevölkerung. Daraus folgte eine eigenständige Kriegsökonomie, in die auch die Gegenseite gewollt oder ungewollt hineingezogen wurde: auch die nicaraguanische FSLN wirkte im Zuge dieses Krieges an der Zerstörung der indigenen Gemeinden durch Zwangsumsiedlungen mit.

Münkler bleibt jedoch sehr allgemein, wenn er die Kriegsökonomie der heutigen »neuen« Kriege beschreiben will: Raub und Plünderung, Sklavenarbeit, Entstehung von Schattenökonomien, Angstmanagement kennzeichnen diese. Dem stellt er die zivilisierende und den Kriegsverlauf einhegende Funktion des Staates entgegen, die es wieder zu installieren gelte. Dabei muss Münkler ignorieren, dass die neuen Kriege *von Staaten* durch Waffenlieferungen, Öl-, Opium- und Edelsteinökonomie am Laufen gehalten werden. Auch bei der besonderen Betonung der Funktion von Vergewaltigungen und organisierter Brutalitäten gegen Frauen, der er anhand der Kriege in Ex-Jugoslawien eine besondere Rolle einräumt, verschweigt Münkler, dass auch die staatlichen Kriege immer von Vergewaltigungen begleitet wurden.

Münkler hat schon Mitte der 80er Jahre in Diskussionen mit Ekkehart Krippendorff die Pazifizierungsfunktion des Staates gegen einen generellen antistaatlichen Antimilitarismus hochgehalten und drängt nun auf die Rückkehr des Staates als Monopolist des Krieges. Der Staat solle statt der Warlords die Märkte schützen, Gründe für die Zunahme von Kindersoldaten sieht er in der Abwesenheit der »Disziplinierungsmechanismen regelmäßiger Arbeit«.

Allgemein ist das Buch ein Handbuch für den europäischen Beitrag im „Kampf gegen den Terrorismus" und die neuen Kriege. Münkler macht eine Unterscheidung auf zwischen dem europäischen Weg, der symmetrische Politikvorstellungen befördere, und den USA (festgemacht an der Ideologie des »gerechten Krieges«, aber auch an der US-Kriegsführung), die sich auf den Spuren eines asymmetrischen Politikverständnisses befänden und einer imperialen Logik folgten (vgl.: Münklers Beitrag in der *Frankfurter Rundschau* vom 12.2.2003)

Aus dem Terrorismus sei ein »Terrorkrieg« geworden, schreibt Münkler, für den die »Zivilbevölkerung und die zivile Infrastruktur zu einer entscheidenden Ressource des Krieges geworden ist«. In eine Fußnote verbannt er dann den Hinweis, dass diese Entwicklung schon in den großen massenindustriellen Kriegen begonnen hat. Doch genau diese Kriegsökonomie des Ersten und dann des Zweiten Weltkrieges, in denen bisherige soziale Strukturen zertrümmert wurden, beschreibt Münkler nicht. Die Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse, die massenhafte Bombardierung von Arbeiterquartieren, die Kriegswirtschaft – das waren gesellschaftliche Umwälzungen, zu denen der aktuelle Terrorismus gar nicht in der Lage ist. Doch Münklers Wunsch nach einer Re-Etatisierung des Krieges muss auch zu einer Kleinzeichnung der staatlichen Kriege führen, die er im Niedergang begriffen sieht.

Aufgrund der »dramatischen Verteuerung des Krieges« würden zwischenstaatliche Kriege immer unwahrscheinlicher werden. Hier blendet Münkler die Tatsache aus, dass sich ab dem Korea-Krieg

1950-53 die USA darauf stützen, mittels eines Militärkeynesianismus die eigene Ökonomie zu lenken. Den Materialismus, den Münkler auf die neuen Kriege anzuwenden versucht, vergisst er, wenn es um die großen geht: Imperialismusanalysen und Marxismus werden mit der Bemerkung abgekanzelt, dass sich besser in Friedenszeiten Handel treiben lässt, und der kriegerische Zugriff auf wichtige Ressourcen wie Öl wird in einer Fußnote nebenbei abgehandelt. Stattdessen meint Münkler, dass aktuelle Kriege, die als Interventionen fungieren, defensiven Charakter hätten, mit Imperialismus nichts zu tun hätten, den er als »Raubökonomie« vereinfacht. Vielmehr ginge es den heutigen Interventionen um die Verhinderung von Raubökonomie.

Bei dem von den USA angestrebten Krieg gegen den Irak handelt es sich nun aber nicht um eine »Intervention«, sondern um einen angedrohten Präventivkrieg. Münkler nutzte die Möglichkeit, in der *Frankfurter Rundschau* vom 29.11.2002, eine Analyse der amerikanischen Motive für einen weiteren Golfkrieg zu liefern. Massenvernichtungswaffen, aber auch Ölinteressen würden als Gründe ausfallen, es ginge um die Etablierung eines Entwicklungsprojekts im Nahen Osten, die USA wollten die notorische Entwicklungsblockade der muslimischen Welt dadurch aufbrechen, dass ein Staat, der ökonomische Prosperität und politische Stabilität verkörpere, aufgebaut wird – ein solches Projekt müsste Parallelen zu den Aufbauplänen für Westeuropa nach 1945 haben. Sollten sich diese Erwartungen als unrealistisch erweisen, so Münklers Politikberatung, solle die deutsche Regierung »mit eigenen Alternativen aufwarten«. Hier liegt Münkler auf der Linie US-amerikanischer *think tanks*, die den Krieg mit der Idee von Fortschritt und Entwicklung für die Region zu legitimieren versuchen (unterstützt hierzulande von den lächerlichen antideutschen Fußtrupps, die für einen US-Krieg trommeln und für eine ihn begleitende »bürgerliche Revolution« schwärmen). Doch der Kapitalismus hat nichts mehr zu versprechen. Auch die idealistische Behauptung, man könne einen Marshallplan für den Irak austüfteln, reflektiert nicht auf die einmalige historische Situation nach 1945: die USA mussten angesichts von Streiks in Frankreich und Hungermärschen in Deutschland Westeuropa davor bewahren, kommunistisch zu werden und wollten Europa als Absatzmarkt gewinnen – deshalb floss das Geld. Heutzutage blockieren aber nicht islamistische Bewegungen oder steckengebliebene Modernisierungsdiktaturen wie der Irak die Entwicklung, sondern die Entwicklung des Kapitalismus allgemein wie auch in den USA als bisherigem Hegemon des kapitalistischen Weltsystems ist in einer Sackgasse.

Gegen die Intention des Autors kann eine radikale Antikriegsbewegung von Münklers Kriegsanalyse folgendes mitnehmen:

- Die »postheroischen Gesellschaften« im Westen halten Kriege nicht lange aus, es lässt sich nicht mehr so leicht ein fahnenschwenkender Patriotismus entfachen, der auch viele eigene Tote in Kauf nimmt.
- NGOs sind Bestandteil des Krieges. Das lässt sich deutlich an den Versuchen erkennen, eine unkontrollierbare Fluchtbewegung aus dem Irak einzudämmen.
- Die Entwicklung eines asymmetrischen Bombenkrieges unter Vermeidung eigener Opfer zieht sich vom Zweiten Weltkrieg über die B-52-Bomber-Einsätze in Vietnam, bis zu den Bombardements während des Kosovo-Krieges 1999 und zum Afghanistankrieg 2001 durch. Das ist ein Faktum, dass diejenigen Linken vergessen wollen, die meinen, man könne sich aus ideologischen Gründen mal negativ und mal positiv auf den Krieg beziehen. ● *H.*

Legionäre und Piraten

Zur Diskussion um den Zusammenbruch der »Zivilisation«, Schurkenstaaten, Staatskollaps und »Neue Kriege«

Glauben wir den Vertretern der »Zivilisation«, so leben wir derzeit in einer historischen Phase, die in ihren Merkmalen die Zeit des Dreißigjährigen Krieges mit der Umkreisung des römischen Imperiums durch Barbaren und Piraten verbindet. Die liberaleren Vertreter der Zivilgesellschaft hoffen, den Kollaps des kapitalistischen Staatensystems durch eine Stärkung der zivilen internationalen Institutionen zu verhindern. Gleichwohl weisen sie darauf hin, dass in der Vergangenheit Entwicklungshilfe und NGO`s keinesfalls geholfen haben, Konflikte zu entschärfen. Eher ist das Gegenteil zutreffend.

Die Falken der »Zivilisation«, wie der CIA`ler Huntington, der amerikanische Kriegsminister Rumsfeld und in Deutschland ihre linken Fußtruppen, arbeiten an einem »Limes« gegen die Wilden. Dieser Limes kann die Gestalt des neuen israelischen Grenzzaunes annehmen oder die Gestalt der Zäune und Soldaten, die die algerischen und angolanischen Ölförderanlagen vom Rest des Landes trennen. Werden die Menschen außerhalb des Imperiums zu unruhig, folgen Polizeiaktionen der globalen Schutztruppe .

Uns kann es natürlich nicht um die Diskussion dieser Positionen gehen; gleichwohl stellt sich die Frage der Krise des Kapitalismus auch als Frage, was sich daraus entwickelt. Und das scheint momentan weltweit nicht der friedliche Übergang zum Kommunismus zu sein, sondern eine chaotische Zeit brutaler Verteilungs- und Überlebenskämpfe. Das bedeutet nicht, dass diese Tendenz unumkehrbar ist. Im Gegenteil – die Reproduktion der Menschen innnerhalb der Kriegsgebiete hängt stärker als jemals zuvor vom Funktionieren der Weltwirtschaft ab. Der Krieg dauert nur solange an, wie in ihn investiert wird, um die Ausbeutung von Rohstoffen abzusichern. Deutlich wird nur, dass er wahrscheinlich vor dem Zusammenbruch des Kapitalismus nicht aufhören wird.

Seit Ende der 80er Jahre haben sich in vielen Regionen der Welt Konflikte gewaltsam zugespitzt. Afrika war der erste »verlorene Kontinent«. Aber auch in Teilen von Asien lösten sich staatliche Strukturen auf. Jugoslawien war das erste Land in Europa, wo die Umwandlung der »sozialistischen« Gesellschaft in einem langandauerndem Bürgerkrieg mündete. Wirklich neu ist die Erscheinung eines »Bürgerkrieges« natürlich nicht – der Guerillakrieg in Kolumbien bspw. fing schon 1948 an. Zunehmend Sorge bereitet den herrschenden Ökonomen und sonstigen Wissenschaftlern allerdings, dass diese Konflikte nur mehr bedingt steuerbar sind und sich tendenziell ausbreiten. Vor einigen Jahren tauchte in ihren Debatten der Begriff der *Failing States* auf. Damit ist der völlige Zusammenbruch des staatlichen Gewaltmonopols gemeint. Symbol für diese »Versagerstaaten« wurde 1995 Somalia, als dort nach dem gescheitertem Interventionsversuch der USA tote GI`s durch die Straßen von Mogadischu geschleift wurden.

Aufgrund solcher Erfahrungen begann sich eine neue Sicht auf diese gesellschaftlichen Entwicklungen durchzusetzen; wurde bis dahin das Bild von politisch begründeten Konflikten gepflegt, so begriff man nun die Mechanismen als ökonomische. Mit dem Zusammenbruch der SU fiel bspw. die Erklärung für den Krieg in Afghanistan als machtpolitischer Stellvertreterkrieg weg. Oder, als anderes Beispiel, Algerien, wo mit den zunehmenden Massakern gerade unter der muslimischen Bevölkerung die Erklärung von Islamismus gegen Moderne nicht mehr haltbar war.

Die »Bürgerkriegsökonomie« hat sich als »Forschungsfeld« offiziell etabliert. Das reicht von der Weltbank, die eine eigene Forschungsgruppe dazu unterhält, bis hin zu liberalen Zivilgesellschaftlern, Entwicklungshelfern und NGO`s. Mittlerweile herrscht ein Erklärungsmuster vor, das von einem Ende der Entwicklungsdiktaturen spricht. Diese Diktaturen sind nicht an ihrer militärisch-polizeilichen Schwäche gescheitert, sondern vor allem am Zusammenbruch ihrer Legitimität. Diese war für die Masse der Menschen in den meisten Ländern sowieso nur beschränkt gegeben; aber die Entwicklungsdiktaturen hatten immerhin einem (wenn auch kleinem) Teil der Bevölkerung trotz politischer Repression eine ökonomische Perspektive bieten können. Doch in dem Maße, wie der zunehmende Schuldendienst und sinkende Rohstoffpreise den Verteilungsspielraum einschränkten, wurde auch der Verteilungskampf innerhalb der Eliten härter. Der normale bürgerliche Weg, sich durch Bildung den Weg nach oben zu ebnen, wurde zunehmend versperrt. Wo vorher schon eine gewisse »Korruption« geherrscht hatte, also ein Herrschaftssystem, das sich in einem bestimmten Maße auf persönlichen Abhängigkeiten gründet, verstärkte sich das mit dem Ergebnis, dass die Gesellschaft zunehmend in unterschiedliche Teile von Klientelsystemen zerfällt, die gewaltsam miteinander konkurrieren. Die Legitimation dieser Klientelsysteme gründet sich auf ethnische und/oder religiöse Unterschiede, die gezielt konstruiert und verstärkt werden.

Somit wird aber auch die Elite zunehmend unfähig, komplexere Formen der Ausbeutung zu organisieren. Allenfalls Formen einer Raubwirtschaft sind möglich. Die Diamantenkriege in Zentralafrika sind dafür das beste Beispiel, ebenso wie die Drogenökonomien Afghanistans und Kolumbiens.

Aber natürlich ist es nicht allein und nicht zuallererst ein Problem der Eliten. In dem Maße, wie sich die Arbeiter gerade in den städtischen Zentren den vom IWF geforderten Umstrukturierungen verweigert haben, wurden sie nach und nach an die Wand gedrückt; der Rückzug internationaler Konzerne und der Abbau der Staatsbeschäftigung (auch bei den staatlichen Armeen) hat zu einem enormen Anstieg der Zahl von Arbeits- und Einkommenslosen geführt. Dieser Prozess der Demobilisierung ergriff auch die von außen finanzierten Rebellen- und Guerillagruppen. In Mozamik und Angola führte z.B. der Entzug der finanziellen Zuwendungen seitens Südafrikas nach der »Wende« zum ANC dazu, dass sich die vorher relativ gut bezahlten Söldner der RENAMO und der UNITA zu vagabundierenden Räuberbanden entwickelten. Die von ihnen betriebene Zerstörung der Subsistenzmöglichkeiten der bäuerlichen Bevölkerung und ihre Vertreibung in die Städte verschärfte die Situation weiter. Für viele männliche Jugendliche ist der Söldnerdienst mittlerweile die einzige Möglichkeit, Geld für sich und ihre Familien zu verdienen. In Mozambik sind heute an die 80 professionelle Söldneragenturen tätig – ihre »Belegschaften« bestehen zum großen Teil aus Jugendlichen, die, wenn sie mal keinen Job haben, auf eigene Faust plündern oder sonstwie ihre Nachbarschaft terrorisieren.

Unter politischen Gesichtspunkten kann man es auch so formulieren, dass die sozialen Aufstandsbewegungen, die in weiten Teilen der Welt seit den 80er Jahren gegen den IWF und die von ihm gestützten Eliten revoltiert hatten, durch einen von außen finanzierten »Bürger«krieg erstickt wurden; stillschweigend wurde hier daran gearbeitet, mit Teilen der alten Eliten wenigstens die Ausbeutung der vorhandenen Rohstoffe sicherzustellen. Allerdings hat sich dadurch auch eine zerstörerische Dynamik in Gang gesetzt, die es fraglich erscheinen lässt, ob in diesen Regionen auf absehbare Zeit überhaupt wieder produktive Formen der Ausbeutung denkbar sind. Und was den Chefökonomen vor allem Angst macht, ist die Tendenz dieser gewaltsamen Auseinandersetzungen, sich auch auf die industriellen Zentren auszubreiten. Je mehr Waffen in eine Gesellschaft gepumpt werden, desto schwieriger wird es auch, diese zu kontrollieren. Jede »Befriedung« einer Region ohne wirtschaftliche Perspektive führt dazu, dass die arbeitslosen Söldner entweder ihre Waffen billig verkaufen und/oder sich gleich mit dazu. Der Frieden in Mozambik führte denn auch ziemlich bald zu zunehmender Gewalt in Südafrika selber.

Die anderen Sorgenkinder der internationalen Staatengemeinschaften sind die sog. »Schurkenstaaten«. Definiert werden sie als Staaten, die mangels Kapital zu einer »asymmetrischen« Kriegsführung greifen könnten. Das heißt, sie fechten keinen offenen Krieg mehr aus, wo sie hoffnungslos unterlegen wären, sondern greifen zu Terroranschlägen.

Letztlich drängt sich jedoch der Eindruck auf, dass diese Schurken gar nicht soweit von dem Zustand eines *failed state* entfernt sind. Die Herrschenden im Irak z.B. konnten sich in den letzten zwanzig Jahren nur durch permanenten Krieg an der Macht halten. Gleichzeitig scheint sich innerhalb der Eliten eine pure, allerdings brüchige, Clanloyalität zu halten – Mafia eben. Alle wichtigen Posten sind mit Verwandten von Saddam Hussein besetzt. Trotzdem muss dann zwischendurch mal der halbe Generalstab erschossen werden, samt Schwiegersohn von Saddam. Das scheint nicht das Klima zu sein, wo sich eine kapitalistisch lohnende Dynamik in Gang setzen lässt, wo es Anreize gibt, als studierter »Fachmann« in entscheidende Posten nachzurücken. Der angestrebte Krieg gegen den Irak muss auch in diesem Zusammenhang gesehen werden: Durchsetzung von »normaler« bürgerlicher Staatlichkeit, um das Öl und die Arbeitskraft ausbeuten zu können.

Alle Instrumente der Steuerung, wie Entwicklungshilfe und Sanktionen in den 90er Jahren, haben die Tendenzen eher verstärkt. Entwicklungshilfeorganisationen diskutieren das als ihr »Versagen«. Auch ehemalige Vertretern einer Sanktionspolitik gestehen mittlerweile ein, dass die Sanktionen immer nur dazu geführt haben, dass sich die Macht einerseits weiter zentralisiert hat und andererseits die Schattenwirtschaft gestärkt wurde. In Ländern wie dem Irak konnte sich die politische Gewalt dadurch halten, dass sie selber die Schattenwirtschaft beherrscht, in anderen Ländern mussten sie ihre Macht komplett an die Mafiosi und Warlords abgeben. In keinem Fall konnte mit dem Instrument der Sanktionen die Rückkehr zu »normalen« Verhältnissen erreicht werden.

Die Frage nach den »Schurken« ist also für die »Internationale Gemeinschaft« keine moralische: dass etwa Saddam Hussein besonders böse und antisemitisch wäre. Im Gegenteil, solange er in der Lage war, die gesellschaftliche Ordnung irgendwie zu garantieren, wurde er gestützt – während der letzten zehn Jahre eben durch das Sanktionsregime. Seine Gefährlichkeit besteht darin, dass er dazu nicht mehr in der Lage ist. Fraglich ist aber, ob ein Kolonialregime oder eine Besatzungsarmee dazu fähig wäre. Auch in den Protektoratsgebieten des ehemaligen Jugoslawiens ist nicht mehr erreicht worden, als die gewaltsame Eindämmung der Gewalt – von einem *nationrebuilding* sind sie weiter entfernt als je zuvor.

Quellen (u.a.):

Papier der *Failed States Conference:*
http://www.ippu.purdue.edu/failed_states/2000/papers

The World Bank Development Research Group, Economy of Civil War, (www.worldbank.org) - zu finden auf der Website von Peter Lock, linksliberaler Konfliktforscher:
http://www.peter-lock.de

Artikelsammlung beim Friedensratschlag Uni Kassel
http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/neuekriege

Texte, die wir nicht in dieses Heft gepackt haben, das neueste Material über den Krieg und die Bewegung gegen ihn findet ihr auf unserer Webseite:

http://www.wildcat-www.de/dossiers/krieg/krieg.htm

Oder ihr stöbert einfach in unserem Archiv, wo ihr die meisten Texte aus den bisher erschienenen Wildcat-Zirkularen findet.

www.Wildcat-www.de